

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION

Du. Mann an der Maschine und
Mann in der Werkstatt. Wenn
sie dir morgen befehlen, du sollst
keine Wasserrohre und keine
Kochtöpfe mehr machen – sondern
Stahlhelme und Maschinen-
gewehre, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!

Wolfgang Borchert

KANONEN STATT
BUTTER?

INHALT

<i>Antimilitarismus</i>	
Krieg und Frieden – Nation und Klassenfrage, Jakob Schäfer, Thies Gleiss	3
Militärausgaben und Sozialabbau, Jürgen Wagner	7
<i>USA</i>	
Tag der Befreiung, Michael Roberts	13
<i>Antimilitarismus</i>	
Keinen Euro für die Kriegstüchtigkeit!, Galia Trépère	18
<i>Neue Weltlage</i>	
Die Karten werden neu gemischt, Jaime Pastor	21
<i>Naher Osten</i>	
Die Revolution im Nahen Osten und die „Achse des Widerstands“, Joseph Daher	25
<i>Dossier Palästina</i>	
Die ethnische Säuberung des Westjordanlands, Qassam Muaddi	35
Das letzte Kapitel des Völkermordes, Chris Hedges	38
Für einen säkularen, demokratischen und revolutionären Staat im historischen Palästina, Groupe communiste révolutionnaire (GCR-Libanon)	40
Israels „Hüterin der Demokratie“, Orly Noy und Amos Brison	42
Ein imperialistischer Angriff auf den gesamten Nahen Osten, 18. Weltkongress der IV. Internationale	45
<i>Syrien</i>	
Nein zu den Massakern an den Alawit:innen in Syrien!	49
Keine Aggression gegen Syrien	50
<i>18. Weltkongress der IV. Internationale</i>	
Das Ausmaß der kapitalistischen Krise erkennen, Penelope Duggan und Antoine Larrache	51
<i>Griechenland</i>	
Die Massenbewegung ist zurück, Manos Skoufoglou	55
<i>Demokratische Republik Kongo</i>	
Demokratische Republik Kongo als Objekt vieler Begierden, Paul Martial	57
<i>Türkei</i>	
Wohin führen die Proteste in der Türkei?, Serdar Kazak	61
<i>Letzte Seite</i>	
Komm mit uns zum Sommercamp der Jugend der IV. Internationale	64

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 35,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

KRIEG UND FRIEDEN – NATION UND KLASSENFRAGE

Nach drei Jahren Krieg ist auch unter Linken – selbst unter solchen, die sich als Marxist:innen verstehen – die Haltung zum Ukrainekrieg immer noch kontrovers.

■ **Jakob Schäfer, Thies Gleiss**

Zum Teil liegt es u. E. daran, dass die Befürworter:innen von Waffenlieferungen die Argumente der Gegner:innen nicht wirklich zur Kenntnis nehmen (wollen). Zum Teil liegt es daran, dass sie die Lehren der Geschichte ausblenden, aber leider auch daran, dass sie sich u. E. von der Propaganda der Herrschenden einfangen lassen. Allein die simple Wiedergabe der durch nichts bewiesenen Behauptungen der Regierung und der herrschenden Medien zeigt, dass so manche Linke dem ideologischen Druck anheimfallen und sich instrumentalisieren lassen, weil sie sich nicht die Mühe machen, eine materialistische Analyse vorzunehmen.

Zu einer solchen materialistischen Analyse gehört vor allem, den Krieg als einen Prozess wahrzunehmen, der aus verschiedenen sozialen und Klasseninteressen angetrieben wird und dessen verschiedene Bestandteile und daraus abgeleitete Kräfteverhältnisse sich ändern. So ist heute in keiner Weise mehr zu leugnen, dass die militärische, politische und soziale Entwicklung des Kriegsgeschehens immer mehr die Rolle eines Stellvertreterkrieges zwischen Russland, der EU und den USA – letztere mit einem verbindenden Komplex NATO – hat in den Vordergrund treten lassen. Die ursprünglichen Interessen einer „ukrainischen nationalen Selbstbestimmung“, ebenso die Kriegswirkungen in Richtung „nation building“ für die Ukraine sind in den Hintergrund getreten. Sie wurde buchstäblich von den Hightech-Waffen des Imperialismus und den geostrategischen Interessen der USA, der EU, Chinas und Russlands

erstickt. Es ist ja geradezu sinnbildlich für die hegemonialen Interessen in diesem Stellvertreterkrieg, dass bei den „Friedensverhandlungen“ in Saudi-Arabien und anderswo die ukrainische Seite noch nicht einmal eingeladen wird.

Die jüngsten Entwicklungen, ausgehend von der Trump-Regierung in den USA, zeigen zudem, dass auch die Allianz zwischen der EU und den USA und ihre gemeinsamen Operationen mittels der NATO einer dynamischen Entwicklung und diversen Interessensgegensätzen unterliegen. Der von der Theorie des Campismus gern betonte „Vasallenstatus“ der EU gegenüber den USA ist längst nicht so stabil wie behauptet. Heute nutzt der US-Imperialismus den Stellvertreterkrieg in der Ukraine auch dazu, die EU („Fuck the EU“ hieß es noch vor kurzem beim US-Personal) zu schwächen und zu blamieren – wie zuletzt im Balkankrieg vor dem Dayton-Abkommen 1995. Und die EU ihrerseits beschleunigt ihre Anstrengungen einer eigenen Militarisierung, notfalls auch außerhalb der NATO.

Es geht – wie Lenin es treffend in seiner Analyse vor dem 1. Weltkrieg ausführte – um einen beständigen Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten. Ist erst einmal das Stadium militärischer Auseinandersetzung erreicht, kann es sehr schnell und wechselnd zu neuen politischen und militärischen Allianzen der Beteiligten kommen. Das gilt natürlich besonders gegenüber dem Eintreten neuer globaler Player wie heute mit China und Russland.

Wir können hier nicht die in den letzten drei Jahren vorgenommenen Analysen und Argumente nochmal vortragen¹, sondern wollen nur in knapper Form zusammenfassen, was gegen das faktische Bündnis mit dem Imperialismus spricht, das die Befürworter von Waffenlieferungen unseres Erachtens eingehen.

Wir gehen grundsätzlich davon aus, dass die Herrschenden äußerst selten ihre wahren Interessen und Motive für ihre Politik nennen, erst recht, wenn es um Krieg und Frieden geht. Im konkreten Fall hat das zwei Konsequenzen:

a. Im Gegensatz zu den Darstellungen der Regierung und der „Leitmedien“ dürfen wir für das Verständnis der Vorgänge in der und um die Ukraine nicht die Entstehungsgeschichte des Konflikts ausblenden. Erst wenn die Zusammenhänge und die involvierten Interessen klargestellt sind, kann man die Motive und die Ziele des Angreifers verstehen. Und erst dann lassen sich die Motive der NATO klären und benennen, was sie denn dazu bewegt, den Konflikt zuzuspitzen (ohne nach Möglichkeit die Gefahren einer ungebändigten Eskalation aus den Augen zu verlieren). Zusammengefasst: Der Kontext ist die NATO-Osterweiterung, die EU-Politik spätestens seit Herbst 2013, der Euromaidan 2014 und die Sabotage von Minsk II. So erklärte der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 7. September 2023 vor einem Ausschuss des Europäischen Parlaments: „President Putin declared in the autumn of 2021, and actually sent a draft treaty that they wanted NATO to sign, to promise no more NATO enlargement. That was what he sent us. And was a pre-condition for not invade Ukraine. Of course we didn't sign that.“

b. Nur wenn die Zusammenhänge klar sind, wird auch einsichtig, was die Ziele des Kremls sind. So verbrecherisch die russische Führung ist, sie ist nicht traumwandlerisch. Für sie gibt es keinen Sinn, nach Berlin marschieren zu wollen, wie uns die Aufrüstungspropagandisten und die Befürworter der Herstellung von „Kriegsfähigkeit“ einreden wollen. Diese Propaganda dient dem Zweck, den EU-Imperialismus und speziell den deutschen Imperialismus zu einem bedeutenden geopolitischen Player zu machen. Damit erhöht sich ganz konkret die Kriegsgefahr (etwa auch mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland, die als Erstschlagswaffen konzipiert sind, siehe dazu SoZ 4/2025). Das Ziel ist mindestens das Totrüsten Russlands, gegebenenfalls aber auch tatsächlich ein neuer Krieg gegen Russland. So oder so ist dies ein Teil des sich verschärfenden Konkurrenzkampfes vor allem mit China. Siehe dazu die Aussage der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas: „If together we are not

able to put enough pressure on Moscow, then how can we claim that we can defeat China?“²

Wir sind keine Pazifisten. So ist es für uns keine Frage, dass wir etwa in Rojava die YPG verteidigen oder etwa im Kampf der Aufständischen in Myanmar auf deren Seite stehen. In diesen Fällen ist es jeweils ein Volkskrieg, auch wenn er nicht von revolutionären Marxist:innen angeführt wird. Pazifismus ist also keine ausreichende Haltung zur Frage Krieg und Frieden. Aber:

Im Ukrainekrieg stehen die Pazifist:innen – zumindest aus Gründen eines unmittelbar einsichtigen Realismus – auf der richtigen Seite, wenn sie Dinge festhalten, die für uns zwar nicht alles beantworten, aber doch unverzichtbar sind: Waffenlieferungen schaffen keinen Frieden, sondern verlängern den Krieg. Waffenlieferungen erhöhen die Eskalationsgefahr. Waffenlieferungen und die damit verbundene Aufrüstung treiben die Militarisierung der hiesigen Gesellschaft voran (noch ganz abgesehen von den sozialen Folgen).

Was geschieht in der Ukraine?

Ende März 2022 stand ein Waffenstillstandsabkommen kurz vor dem Abschluss. Er wurde von Großbritannien und den USA blockiert. Hätten wir uns damals auf die Seite des britischen Premiers Johnson (dem Hauptbetreiber der Blockade) stellen sollen? Wurde nicht spätestens ab diesem Zeitpunkt der Charakter des Stellvertreterkriegs vorherrschend? Würden sich nicht die Menschen in der Ukraine heute die Finger danach lecken, hätten sie heute das, was damals zum Greifen nah war? Und wie viele hunderttausend Menschen wären nicht verreckt, von den Hunderttausenden Verletzten, den Zerstörungen und ökologischen Schäden noch ganz zu schweigen?

Die ukrainische Armee kann nur mit Hilfe massiver nachrichtendienstlicher Mittel (Satellitenaufklärung) seitens der USA überhaupt Krieg führen. Ohne diese Mittel wären sogar die umfangreich gelieferten Waffen kaum bis gar nicht einsetzbar. Und trotz all dieser Hilfen gelingt es der Ukraine nicht, den Vormarsch der russischen Armee zu stoppen. So sehr der Westen diesen Krieg für die Schwächung Russlands nutzt: Die Ukraine kann diesen Krieg nicht gewinnen³, es sei denn der Westen erhöht den Einsatz und damit das Risiko einer nicht mehr kontrollierbaren Eskalation bis hin zum Atomkrieg.

Aufgrund der eingesetzten Waffen (Raketen, weitreichende Artillerie, Drohnen usw.) können die ukrainischen Soldaten (und Soldatinnen) keinen Volkskrieg führen.

Sie führen ihn schließlich auch gar nicht gegen eine herrschende Klasse, sondern sie bluten im Kampf einer angegriffenen Nation gegen einen Aggressor. Subjektiv verteidigen sie eine Nation (nicht die Arbeiterklasse) gegen eine feindliche Armee, faktisch aber sind sie das Kanonenfutter im geopolitischen Kampf der NATO (nicht nur der USA, sondern auch der europäischen imperialistischen Mächte) gegen Russland, das als Teil des Blocks China-Russland mindestens eine schwere militärische, politische und vor allem ökonomische Niederlage erleiden soll.

Nach anderthalb Jahren Krieg, spätestens aber seit Sommer 2024 spürt die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung, dass eine Weiterführung des Kriegs keinen Sinn gibt. Laut Gallup-Umfrage von August und Oktober 2024 sprechen sich 52 Prozent der Befragten für ein schnelles, ausgehandeltes Kriegsende aus. Im Gegensatz dazu möchten 38 Prozent weiterkämpfen, bis ein Sieg errungen ist. (<https://news.gallup.com/poll/653495/half-ukrainians-quick-negotiated-end-war.aspx>). Wer unter diesen Bedingungen den Menschen in der Ukraine sagt „Kämpft weiter, denn ihr kämpft auch für unsere Freiheit!“, der lässt sich vor den Karren der imperialistischen Propaganda des Westens spannen, der schließlich eine Rendite für seinen Einsatz der vergangenen Jahre erwartet.

Nun, da seit geraumer Zeit das Verhältnis von Input und Output deutlich zu ungünstig wird, will der Imperialismus (allen voran die neue US-Administration) dieses ungünstige Verhältnis umdrehen. Deswegen der Versuch, im Rahmen eines Waffenstillstandsabkommens einen Rohstoffdeal mit der Ukraine abzuschließen. Dieser Kurs begann nicht erst seit der neuen Trump-Präsidentschaft.⁴ Der auf dieser Grundlage absehbare Diktatfrieden verdeutlicht erneut, dass die ukrainische Regierung nur ein Spielball imperialistischer Interessen ist. Sollen wir jetzt etwa für die Fortführung des Krieges eintreten?

Warum, so sollte man sich doch mal fragen, wird die wirkliche Stimmung in der Ukraine (siehe die o. g. Gallup-Umfrage) hier im Westen gar nicht ausreichend gewürdigt? Und: Unabhängig von der Kriegsbereitschaft in der ukrainischen Bevölkerung, die inzwischen eher noch weiter gesunken sein dürfte, wollen wir ein paar grundsätzliche Dinge festhalten:

1. Aufgrund der Gesamtkonstellation (also der involvierten geopolitischen Interessen, der Art des militärischen Kampfes und nicht zuletzt der geringen Erfolgsaussichten) war es von vornherein falsch, bei der Abwehr der Aggression auf die militärische Karte zu setzen. Das ist auch dann richtig, wenn die Mehrheit der dortigen Bevölkerung die-

sen Weg (zumindest am Anfang) für richtig erachtet hat. Ein Völkerrecht der militärischen Verteidigung kann man postulieren, ob es klug ist, dazu auf die militärische Karte zu setzen, ist eine ganz andere Frage.

2. Ist aber nicht die Meinung der ukrainischen Linken für uns der Maßstab zur Festlegung unserer eigenen Position? Nein! Der Klassencharakter des Kriegs verbietet unseres Erachtens den fortschrittlichen Kräften in der Ukraine (wie auch jenen im imperialistischen Westen), faktisch gemeinsame Sache mit der eigenen Bourgeoisie zu machen. Eine Nation zu verteidigen bedeutet unter kapitalistischen Bedingungen real die Verteidigung eines bestimmten Territoriums im Interesse der besitzenden Klassen des eigenen Landes. Es gab auch vor dem 1. Weltkrieg im Vorfeld der sozialistisch-internationalistischen Konferenzen von Zimmerwald und Kiental Organisationen der Arbeiter:innenbewegung, die genauso wie heute einige Linke in der Ukraine die Burgfriedenspolitik mit der eigenen Bourgeoisie und den Kampf gegen das angebliche ultimative Böse im Zarenreich den sozialistischen Zielen und der internationalen Solidarität Vorrang gaben.

3. Wer die Interessen der Menschen verteidigen will (auch derjenigen beispielsweise, deren Kinder nach Russland entführt werden), der muss auf die „Verbrüderung“ der zwischen Ukrainer:innen und Russ:innen hinarbeiten. Ein jahrelanger Krieg macht die Sache nur unendlich schwieriger, nicht leichter.

4. Wie kann man konsequent für eine Abrüstung – oder etwa den Austritt aus der NATO und die Abschaffung der Bundeswehr – eintreten, wenn man gleichzeitig für Waffenlieferungen des Imperialismus an die Ukraine eintritt?

Es fällt auf, dass die Befürworter der Waffenlieferungen und damit auch der Fortführung des Kriegs kein Wort über die einzig sinnvolle Alternative zum Krieg verlieren, nämlich den sozialen Widerstand. Seit Anfang des Kriegs haben wir dies mehrfach dargelegt und begründet.⁵ Hierzu müsste endlich mal eine ehrliche Debatte beginnen. Denn mit der neu geschaffenen Weltlage seit dem erneuten Amtsantritt von Trump werden wir ganz gewiss nicht friedlicheren Zeiten entgegengehen. Neue Kriege drohen. Eine breite Antikriegsbewegung aufzubauen gelingt nur, wenn sich die Linken nicht von der Propaganda der Herrschenden einwickeln lassen und einen prinzipiellen Standpunkt in der Frage Krieg und Frieden einnehmen.

Es ist leider einmal mehr traurige Wahrheit: Im Krieg stirbt als erstes die Wahrheit und als zweites zerlegt sich die internationale Linke. Die Vierte Internationale steht mit

der Annahme der Mehrheitsresolution zur Ukraine auf dem letzten Weltkongress in ihrer tiefsten Krise von Programm und Selbstverständnis seit vielen Jahren. Die Frage einer Unterstützung des Imperialismus in seinem Kriegsbemühungen in und mit der Ukraine oder die Verteidigung der Prinzipien einer internationalistischen Solidarität ist von sehr viel grundsätzlicherer Bedeutung als die vielen taktischen Streitfragen, die in den letzten Jahrzehnten immer wieder in der Vierten Internationale auftraten und auch zu Spaltungen und Abspaltungen führten. Es geht um nicht weniger als das Überleben der Internationale. Um das insgesamt wertvolle Erbe der Vierten Internationale nicht zu verspielen, streiten wir gerade in der Frage der Waffenlieferungen für das Selenskyj-Regime für eine Rückbesinnung auf die Prinzipien des revolutionären Marxismus.

11.4.2025

1 Heino Berg, Thies Gleiss, Jakob Schäfer, Matthias Schindler und Winfried Wolf: Wider eine militärische „Lösung“ des Ukraine-Kriegs <https://inprekorr.de/608-ukr-mil.htm>; Noam Chomsky: Bei einer militärischen Eskalation der USA gegen Russland gäbe es keine Sieger <https://inprekorr.de/606-ukr-chom.htm>; Jakob Schäfer: Zur Logik von Putins Ukraine-Krieg und den Folgen <https://inprekorr.de/606-ukr-jak.htm>; Manuel Gari: Ukraine, Was nun? <https://inprekorr.de/632-ukr.htm>; Jakob Schäfer und Thies Gleiss: „Die Waffen nieder!“ ist mehr als ein Waffenexportverbot <https://inprekorr.de/606-ukr-waf.htm>; Alex Callinicos: Die Rolle des Imperialismus im Ukraine-Krieg <https://inprekorr.de/608-ukr-cal.htm>; und Callinicos' Antwort auf Gilbert Achcar: <https://inprekorr.de/608-ukr-cal1.htm>; Charlie Kimber: Alternative zur Intervention der NATO in der Ukraine <https://inprekorr.de/608-ukr-alt.htm>; Jakob Schäfer: Mit dem Ukraine-Krieg werden Kräfteverhältnisse verschoben: <https://inprekorr.de/612-ukr-sch.htm>; Jakob Schäfer: Eskalation oder Verhandlungen? <https://inprekorr.de/630-ukr-js.htm>;

2 <https://www.youtube.com/watch?v=rLvmzIZ0MQo>

3 Siehe dazu etwa die verschiedenen Interviews mit dem höchsten General, den die Bundeswehr je hatte (er war Generalinspekteur der Bundeswehr und danach Vorsitzender des NATO-Planungsstabs) Harald Kujat, beispielsweise hier: <https://www.youtube.com/watch?v=ZDOLcahuF8k>

4 Zur Bedeutung der Rohstoffvorkommen siehe unseren Artikel vom Frühjahr 2024 „Eskalation oder Verhandlungen“ <https://inprekorr.de/630-ukr-js.htm>

5 Wider eine militärische „Lösung“ des Ukraine-Kriegs, <https://inprekorr.de/608-ukr-mil.htm>; Zur Logik von Putins Ukraine-Krieg und den Folgen, <https://inprekorr.de/606-ukr-jak.htm>; Antikriegspolitik ist nur dann konsequent, wenn sie widerspruchsfrei ist: <https://intersoz.org/konsequente-antikriegspolitik/>



Neuerscheinung

Jakob Schäfer: **Konkurrenz – Grundprinzip einer vernünftigen Gesellschaftsordnung?**

Wettbewerb beherrscht unser Leben. Nicht nur Wirtschaftsunternehmen agieren unter der Peitsche der Konkurrenz, auch in vielen anderen Bereichen – Schule, Sport usw. – bestimmt Konkurrenz die Art unseres Zusammenlebens. Begründet wird dies gemeinhin mit dem angeblich naturgegebenen Kampf aller gegen alle und dem „angeborenen Egoismus des Menschen“. Doch stimmen diese vermeintlichen Wahrheiten überhaupt?

Und vor allem: Was ist die Alternative?

Diesen Fragen geht das Buch in fünf Abschnitten nach:

ISBN: 978-3-7003-2323-5 – *Die besondere Bedeutung der Konkurrenz in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*

– *Kooperation statt Konkurrenz*

– *Neuere Forschungsergebnisse zur Kooperation in Natur und Gesellschaft*

– *Die Kooperation nach der Überwindung des Kapitalismus*

Erschienen bei new academic press (Wien), Oktober 2024, 150 S., 12,90 €

ISBN: 978-3-7003-2323-5

MILITÄRAUSGABEN UND SOZIALABBAU

Die Bundesrepublik rüstet massiv auf, nicht erst mit der Zeitenwende. Seit kurzem allerdings gibt es nun keine etatpolitischen Grenzen mehr nach oben.

■ Jürgen Wagner

Der aktuelle Überbietungswettbewerb in Sachen Militärausgaben sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass interessierte Akteure aus Politik, Militär und Industrie schon lange vom selben Blatt singen: Eine angeblich kaputtgesparte Bundeswehr stehe „blank“ (Heeresinspekteur Alfons Mais) da und müsse dringend finanziell aufgepäppelt werden. Mit dieser Botschaft gelang es schon seit Jahren, deutliche Etatsteigerungen durchzusetzen. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine kennen die Forderungen aber nahezu kein Halten mehr, eine Entwicklung, die mit der weitgehend auf Militärausgaben beschränkten Aussetzung der Schuldenbremse im März 2025 ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Parallel dazu werden auch die Plädoyers, zur Finanzierung dieses beispiellosen Rüstungsschubes drastische Kürzungen bei den Sozialausgaben vorzunehmen, immer dreister. Insofern ist Christoph Butterwegge recht zu geben, der bereits vor einiger Zeit warnte: „Hochrüstung macht generell die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Weil dem Wohlfahrtsstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, folgt der militärpolitischen Zeitenwende nun fast zwangsläufig auch eine sozialpolitische Zeitenwende.“¹

Realitätscheck: Kaputtgesparte Bundeswehr?

Im Jahr 2014 rief das Verteidigungsministerium die „Agenda Rüstung“ aus, in deren Folge der Mythos der kaputtgesparten Bundeswehr geboren und überaus erfolgreich in den Köpfen der Bevölkerung verankert wurde – dass dies wenig bis nichts mit den Realitäten zu tun hatte, tat hier augenscheinlich wenig zur Sache.

Tatsächlich stieg der Verteidigungshaushalt von (umgerechnet) rund 24 Mrd. Euro im Jahr 2000 bereits deutlich auf etwa 32,5 Mrd. Euro im Jahr 2014. Er lag damit auch drastisch über dem eigentlich verbindlich vereinbarten Sparziel vom Juni 2010. Damals war festgelegt worden, alle Ressorts müssten bis 2014 insgesamt 81,6 Mrd. Euro einsparen und die Bundeswehr solle dazu 8,3 Mrd. Euro beitragen. Gemäß dem daran angelegten Bundeswehrplan sollte der Rüstungshaushalt bis 2014 auf 27,6 Mrd. Euro reduziert werden – ein Beschluss, der augenscheinlich rasch wieder einkassiert worden war. Doch von da ab schoss der Verteidigungshaushalt mit dem Rückenwind der Agenda Rüstung erst richtig durch die Decke, um unmittelbar vor der Zeitenwende 50,4 Mrd. Euro (2022) zu erreichen, was auch inflationsbereinigt einen kräftigen Anstieg bedeutete.

Dennoch wurde der Mythos der kaputtgesparten Bundeswehr unermüdlich weiter bemüht, was neben dem Schock des russischen Angriffskrieges sicher erheblich dazu beitrug, dass Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 weitgehend kritiklos eine militärische Zeitenwende ausrufen konnte, die zwei Kernelemente beinhaltete: Erstens, dass die Militärausgaben in Zukunft mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) umfassen sollten; und zweitens, dass ein Sondervermögen im Umfang von 100 Mrd. Euro ausgelobt wurde (wofür wegen der Schuldenbremse kurze Zeit später das Grundgesetz geändert werden musste). (siehe Grafik)

Im Jahr 2023 pirschte sich die Bundesregierung mit Militärausgaben von rund 1,6% des BIP (2022: 1,51%)

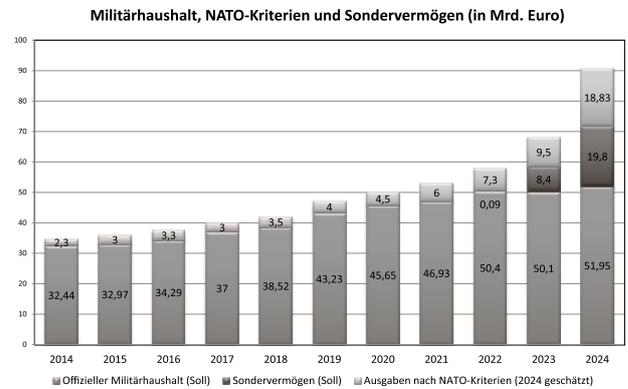
allmählich an das 2%-Ziel heran, das im Folgejahr dann übertroffen wurde. Laut Schätzungen der NATO² beliefen sich die deutschen Militärausgaben im Jahr 2024 auf 90,58 Mrd. Euro (2,12% des BIP). Der Betrag setzt sich zusammen aus dem offiziellen Verteidigungshaushalt von 51,95 Mrd. Euro, hinzu sollten 19,8 Mrd. aus dem Sondervermögen und 18,83 Mrd. Euro nach NATO-Kriterien (militärrelevante Ausgaben aus anderen Haushalten, v.a. für Waffenlieferungen an die Ukraine) kommen (weil ein zeitiger Mittelabruf teils nicht gelang, waren es real wohl rund 4,6 Mrd. Euro weniger).

Ausgabenziele und Nebelkerzen

Trotz dieser rasanten Ausgabensteigerungen scheint das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht. Dies hängt auch damit zusammen, dass bereits letzten Oktober 2024 darüber berichtet³ wurde, die NATO beabsichtige eine deutliche Erhöhung ihrer Kapazitätsziele („Minimum Capability Requirements“, MCR), zu denen Deutschland knapp 10 Prozent beitrage. Gegenüber bisherigen Planungen wolle das Bündnis künftig insgesamt über 15 Armeekorps (Anstieg um 9), 38 Divisionen (+14), 131 Kampfbrigaden (+49), 1467 bodengebundene Flugabwehreinheiten (+1174) und 104 Hubschrauberverbände (+14) verfügen. Für Deutschland bedeute das u.a. „fünf bis sechs weitere Kampftruppenbrigaden“ mit je rund 5 000 Soldat:innen, wurde aus einem Dokument des Verteidigungsministeriums zitiert. Ende Januar 2025 stattete NATO-Generalsekretär Mark Rutte diese Ambitionen dann mit einem konkreten Preisschild aus: hierfür seien 3,6 % oder 3,7 % des BIP erforderlich, womöglich einige Zehntel weniger⁴. Im Februar 2025 versicherte eine DPA-Meldung, die breit in den Medien aufgegriffen⁵ wurde, die NATO habe berechnet, dass eine Umsetzung der neuen Fähigkeitsziele Mindestausgaben im Umfang von 3,6 % des BIP bedürften. Das ist mit 3,5 % des BIP auch in etwa der Wert, den sich die Union in den Koalitionsverhandlungen zu eigen gemacht haben soll, die SPD wollte sich bislang noch nicht eindeutig festlegen – klar ist aber, dass es zu deutlichen Steigerungen kommen wird. (*griephan* Nr. 13/25)

An dieser Stelle ist es wichtig, auf zwei sprachliche Nebelkerzen aufmerksam zu machen: Erstens handelt es sich selbstverständlich nicht um ein „Sondervermögen“ der Bundeswehr, mit dem die aktuellen Ausgabenziele erreicht werden, sondern um Schulden, die mit Zinsen zurückgezahlt werden müssen (was natürlich ebenso für künftige Rüstungsschulden gilt). Und zweitens verschleiert das

GRAFIK: CHRONISCH UNTERFINANZIERT?



Gerede von den 2% des BIP die tatsächlichen Dimensionen, um die es hier geht: Denn bei einem Gesamtbudget⁶ von 476,8 Mrd. Euro im Jahr 2024 sind das (ohne Berücksichtigung des nicht in diesem Betrag enthaltenen Sondervermögens) rund 19% des Haushaltes. Anders ausgedrückt: 2024 erhielten die Ministerien Bildung (21,5), Gesundheit (16,7), Entwicklung (11,2), Wirtschaft & Klima (11,1), Wohnen (6,7), Auswärtiges (6,7) und Umwelt (2,4) alle zusammen immer noch mehr als 13 Mrd. Euro weniger als das Militär!

Militärausgaben: Alle Bremsen gelöst

All die bisherigen Entwicklungen nehmen sich leider sogar noch harmlos gegenüber dem aus, was nun in Sachen Militärausgaben ansteht: Die häufig genannte Zielgröße von 3,5 % des BIP hätten voriges Jahr Militärausgaben in Höhe von ziemlich genau 150 Mrd. Euro oder 32 % des gesamten Haushalts bedeutet (erneut ohne Berücksichtigung eines „Sondervermögens“).

Trotz mannigfaltiger Forderungen, die entsprechenden Ausgaben künftig in voller Höhe ohne Schuldenaufnahme aus dem laufenden Haushalt aufzubringen, wurde relativ schnell klar, dass dies kurzfristig nicht zu realisieren war. Zwischenzeitlich schien es, als werde ein neues Bundeswehr-Sondervermögen ausgelobt, die Rede war zunächst von 200 Mrd. Euro., dann von 400 Mrd. Euro. Schließlich hatten sich Union und SPD auf eine dritte Variante verständigt, die zusammen mit den Stimmen der Grünen am 18. März im Bundestag und am 21. März 2025 im Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet wurde: Militärausgaben oberhalb von 1 Prozent des BIP werden künftig von der Schuldenbremse ausgenommen, wobei es dabei weder eine zeitliche noch eine finanzielle Grenze zu geben scheint. Das

Fachportal Europäische Sicherheit & Technik schreibt dazu: „Die Höhe der zusätzlich verfügbaren Finanzmittel ist, soweit bekannt, nicht begrenzt. Beobachter schätzen, dass bis zu 400 Milliarden Euro bereitgestellt werden könnten.“⁷

Auf Initiative⁸ der Grünen wurden gegenüber dem ursprünglichen Antrag von SPD und Union dann auch noch die Ausgaben in den Bereichen Zivil- und Bevölkerungsschutz, Cybersicherheit, Nachrichtendienste und die Unterstützung für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten (also v.a. die Kosten für die Waffenlieferungen an die Ukraine) von der Schuldenbremse ausgenommen.

Im Hauruckverfahren wurde also noch vom alten Bundestag die heilige Schuldenbremse für Militärausgaben – und nur dafür, (plus diverse andere großteils problematische sicherheitsrelevante Bereiche) – außer Kraft gesetzt. Dabei war deshalb so große Eile geboten, weil Linke und AfD im jetzigen Bundestag angesichts der für diese Änderung erforderlichen 2/3 Mehrheit eine Sperrminorität haben.

Wirtschaftlicher Holzweg

Das beschlossene Infrastruktur-Sondervermögen könnte an sich sinnvoll sein, doch auch hier zeichnet sich jetzt schon ab, dass relevante Teile davon in die Ertüchtigung von Infrastruktur gesteckt werden, die aus rein militärischen Gesichtspunkten für den schnellen Truppen- und Güterverkehr erfolgen, wie bei den *griephan-Briefen* (Nr. 10/2025) nachlesbar ist: „In der Summe soll es ein Sondervermögen Infrastruktur Bund/Länder/Kommunen in Höhe von 500 Mrd. € mit einer Laufzeit von zehn Jahren geben. Wesentliche Teile (wie Verkehrsinfrastruktur, Zivil- und Bevölkerungsschutz) sind verteidigungsrelevant.“

Auffällig ist die immer prominentere Rolle, die arbeitgebernahe Einrichtungen, insbesondere das Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW) und das Ifo Institut für Wirtschaftsforschung München in den Debatten über steigende Militärausgaben, Aufrüstung und Sozialkürzungen spielen. So plädierte das IfW in einer zusammen mit der Denkfabrik Bruegel erstellten Studie⁹ im Februar 2025, europaweit müssten, um US-Fähigkeiten zu kompensieren, 50 zusätzliche Brigaden mit insgesamt 300 000 Soldaten aufgestellt und die Militärausgaben auf 3,5 % bis 4 % des BIP gesteigert werden.

Nahezu zeitgleich bemühte sich das Institut in einer weiteren Studie mit dem Titel „Waffen und Wachstum“ darum, die ökonomische Sinnhaftigkeit derart hoher Militärausgaben zu suggerieren und so eine größere Akzeptanz dafür zu schaffen. Die knappe und äußerst fragwürdige Botschaft: Hohe schuldenfinanzierte Rüstungsausgaben

sind ein Segen für die gesamte Wirtschaft, sofern die diesbezüglichen Gelder primär an die eigene Industrie fließen. Aus der Pressemitteilung¹⁰: „Ein neuer Report des IfW Kiel zeigt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,9 bis 1,5 Prozent im Jahr steigen könnte, wenn die EU-Staaten in dem entsprechenden Jahr ihre Militärausgaben vom NATO-Ziel von 2 Prozent auf 3,5 Prozent des BIP anheben und von überwiegend US-amerikanischen auf heimische Hightech-Waffen umsteigen würden.“

Wie es sich im Übrigen für ein arbeitgebernahes Institut gehört, hat das IfW auch eine klare Position, woher die Gelder kommen sollten – nicht von Unternehmen und Reichen: „Das BIP-Wachstum wird geringer ausfallen, möglicherweise sogar negativ sein, wenn zusätzliche Verteidigungsausgaben von Anfang an durch höhere Steuern finanziert werden. Europas Regierungen sollten daher mehr Schulden aufnehmen, um vorübergehende Mehrausgaben oder den Übergang zu auf Dauer höheren Budgets zu finanzieren, zumal der Kauf von Waffen teurer ist als die Wartung und Instandhaltung.“

Wenn kurzfristig über Schulden riesige Beträge in irgendeinen Bereich der Wirtschaft gekübelt werden, hat dies selbstverständlich Auswirkungen auf das BIP. Langfristig aber wirken sich Rüstungsausgaben gemäß diversen Untersuchungen keineswegs positiv aus. Außerdem stellt sich ja die Frage, welche Wirkungen erhöhte Investitionen im Rüstungssektor im Vergleich zu solchen in anderen Bereichen auf das Wachstum haben. Hier kommt die Studie „The economic impact of arms spending in Germany, Italy, and Spain“¹¹ für diese Länder zu dem Ergebnis, dass „für alle Länder nicht-militärische öffentliche Ausgaben einen positiveren Effekt auf Wirtschaft und Beschäftigung als Ausgaben für Waffenkäufe haben.“

Auch breiter angelegte Untersuchungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen, zum Beispiel dass eine einprozentige Erhöhung der Militärausgaben über 20 Jahre zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums um 9 Prozent führen würde – wohlhabende Länder seien hier überproportional betroffen. Militärausgaben hätten einen „signifikanten und dauerhaften negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum, der robust bei unterschiedlichen Ländergruppen auftritt.“ (d’Agostino, G., Dunne, J. P., & Pieroni, L. (2017). “Does military spending matter for long-run growth?”¹² (*Defence and Peace Economics*, 1–8).

Man könnte aber auch einfach die ansonsten gerade gern zitierten Rüstungshardliner Christian Mölling (Bertelsmann) und Torben Schütz (DGAP) heranziehen. Bei *capital*. de schrieben sie bereits voriges Jahr: „Aufrüstung ist teuer

und unpopulär – daher verfallen einige Politiker auf eine neue Idee: Die Rüstungsmilliarden könnten eine Konjunkturspritze sein. [...] Doch unterm Strich ist die Idee des Rüstungs-Keynesianismus ein gut gemeinter Versuch, sicherheitspolitisch notwendige Investitionen über Wohlstandseffekte zu vermitteln. [...] Rüstung ist bekanntermaßen eine vergleichsweise schlechte Investition, wenn es um die Förderung der Volkswirtschaft geht. Hier bringen Investitionen in Bildung oder Infrastruktur viel höhere Effekte.“¹³

Faktisch argumentieren Mölling und Schütz dafür, sich ehrlich zu machen und offensiv dafür zu werben, sich die Rüstung so richtig etwas kosten zu lassen, auch wenn dadurch die Wirtschaft geschädigt wird. Das Institut für Weltwirtschaft hat sich augenscheinlich für den entgegengesetzten Weg entschieden!

Asoziale Debatte

Mittel- bis langfristig sprechen sich ifo und IfW strikt dafür aus, die Militärausgaben nicht über Schulden (oder über Steuererhöhungen), sondern so weit als möglich über Kürzungen in anderen Bereichen aufzubringen. IfW-Chef Moritz Schularick äußerte sich zum Beispiel: „Ich kann sehr gut mit der vereinbarten Ausnahme der Verteidigungsinvestitionen von der Schuldenbremse leben. Aber klar ist: Langfristig müssen wir die Ausgaben in den regulären Haushalt einbinden. Wir müssen also umschichten aus anderen Ausgabenposten oder neue Einnahmen finden.“¹⁴

Die arbeitgebernahen Institute sind vor allem fürs Umschichten zu haben – und woher wissen sie auch recht genau. So forderte ifo-Chef Clemens Fuest bereits im Februar 2024: „Kanonen und Butter“ das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“¹⁵ Rund einen Monat später bediente sich auch IfW-Präsident Moritz Schularick dieses in die Nazizeit zurückreichenden Spruchs¹⁶. Unter dem bemerkenswerten Titel „Wir müssen aufrüsten für den Wohlstand“ forderte er: „Deutschland und Europa müssen aufrüsten, auch wenn die Konsequenzen für die Staatsfinanzen dramatisch sein werden. [] Wie viel mehr Geld müssten wir dafür ausgeben? Wenn wir uns an anderen Ländern orientieren, scheint eine Erhöhung der Militärausgaben bis zum Ende des Jahrzehnts auf 150 Milliarden Euro jährlich realistisch. [] Wie kann und wie sollte ein solches Paket daher finanziert werden? Mittelfristig wird kein Weg daran vorbeiführen, harte Budgetentscheidungen zwischen »Kanonen und Butter« zu treffen.“¹⁷

Zuletzt machte sich Anfang des Jahres Niklas Potrafke vom ifo Institut mit ähnlichen Forderungen nach Sozi-

alkürzungen bemerkbar: „Kernaufgabe der Politik ist es, Prioritäten zu setzen. Deutschland wird nicht nach Belieben konsumtive und investive Ausgaben erhöhen können. [] Verteidigung ist eine Kernaufgabe des Staates und gehört deshalb in den Kernhaushalt. [] Der größte Posten im Bundeshaushalt sind Zuschüsse in die Rentenversicherung – alsbald 130 Milliarden Euro im Jahr. Das ist eine klassische konsumtive Ausgabe. Wir haben es über Jahre verschlafen, wesentliche Strukturreformen anzugehen. Ein prominentes Beispiel ist der Umgang mit dem demographischen Wandel. Wir sollten nun dringend zusehen, durch entschlossenes Anpassen des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung die Zuschüsse in die Rentenversicherung zu reduzieren.“¹⁸

Es ist bemerkenswert, mit welcher Unverfrorenheit Menschen, die sich um die Butter auf ihrem Brot keine Sorgen zu machen brauchen, hier Sozialkürzungen für „unseren Wohlstand“ einfordern. Und besonders ärgerlich ist es, wenn dies alles auch noch als alternativlos präsentiert wird. Typisch hierfür sind etwa Aussagen des ohnehin stets rüstungsfreundlichen Deutschlandfunk-Kommentators Marcus Pindur: „Allen Experten, einschließlich Verteidigungsminister Pistorius ist klar, dass wir schnell auf 3 oder 3,5 % kommen müssen, um Putin und dessen neokoloniale Aggressionspolitik abzuschrecken. Das muss die erste politische Priorität der nächsten Bundesregierung sein. Doch solange dieses Land mit Verve darüber streitet, ob ein Karenztag bei der Krankmeldung zumutbar ist oder nicht, hat es die Prioritäten nicht richtig sortiert. In den kommenden Jahren kann es nicht mehr um neue soziale Wohltaten gehen, es geht um unsere Sicherheit, das sollte uns der Auftritt Trumps lehren.“¹⁹

Fragwürdige Annahmen

Tatsächlich ist es keineswegs so, dass sich in diesen Fragen „alle“ Experten einig wären: Im Wesentlichen basieren die Forderungen nach höheren Rüstungsausgaben auf drei weitgehend unhinterfragten, aber dennoch mehr als fragwürdigen Annahmen: Da wäre einmal die These von der kaputtgesparten Bundeswehr, auf die in diesem Artikel bereits ausführlich eingegangen wurde. In diesem Zusammenhang boten die jüngsten heftigen Konflikte mit den USA die Möglichkeit, einen weiteren Argumentationsschritt für höhere Rüstungsausgaben auszubreiten. Künftig könnten als Vergleich mit nicht mehr die NATO-Militärausgaben, sondern nur noch die Budgets der EU-Länder herangezogen werden, wobei sich zeige, dass deren Militärausgaben „geringer als die Russlands“ seien, wie zum

Beispiel im März 2025 Weißbuch Verteidigung der Europäischen Union argumentiert wurde²⁰. Tatsächlich weist die *Military Balance*²¹ für 2024 aber Militärausgaben der EU-Staaten von 457 Mrd. Dollar aus, während Russland „nur“ auf 145,9 Mrd. Dollar kommt. Nur über den Klimmzug, kaufkraftbereinigte Militärausgaben anzugeben, kommt Russland 2024 – übrigens auch dann erst zum allerersten Mal – mit 462 Mrd. Dollar auf eine höhere Summe als die EU-Staaten. Kaufkraftbereinigte Zahlen sind aber alles andere als unproblematisch: Die *Military Balance* gibt selber an, sie könne keine für die EU-Staaten zur Verfügung stellen und das renommierte Friedensforschungsinstitut SIPRI erachtet kaufkraftbereinigte Zahlen generell als ungeeignet, weil sich die Berechnungsgrundlage ziviler Güter und Dienstleistungen zu stark von militärischen unterscheiden würden.²² Und selbst wenn man kaufkraftbereinigte Zahlen nimmt, haben die europäischen NATO-Staaten seit 2014 weit über 1 000 Milliarden Dollar mehr als Russland in das Militär gesteckt. Dennoch rief EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Anfang März 2025 eine neue „Ära der Aufrüstung“ aus und legte mit „ReArm Europe“ (inzwischen umbenannt in „Readiness 2030“) einen Plan vor, mit dem über 800 Mrd. Euro zusätzliche Rüstungsgelder mobilisiert werden sollen²³.

Eine ausführliche Beschäftigung mit den beiden weiteren Annahmen würde den Rahmen dieses Beitrags deutlich sprengen, deshalb am Ende hierzu nur einige wenige Bemerkungen: Auch die Aussagen, die Bundeswehr stehe mal wahlweise „blank“ (Alfons Mais, Heeresinspekteur)²⁴ oder gar „blanker als blank“ (André Wüstner, Chef des Bundeswehrverbandes) da²⁵, sind zweifelhaft, wie ein Vergleich mit den militärischen Fähigkeiten Frankreichs und Großbritanniens ergab.²⁶ Doch selbst wenn dies der Fall wäre, wäre dies angesichts der massiven Ausgabensteigerungen der letzten Jahre eher ein Fall für den Rechnungshof und

kein Argument für weitere Budgetsteigerungen. Außerdem würde sich die Frage stellen, inwieweit es sonderlich klug ist, Unsummen in ein Beschaffungswesen zu stecken, das bereits mit den bisherigen, vergleichsweise überschaubaren Geldern heillos überfordert war. (siehe Tabelle)

Und da wäre schließlich drittens noch die Behauptung, Russland habe in wenigen Jahren sowohl die Fähigkeit als auch die Absicht (noch einmal ein großer Unterschied) NATO-Gebiet anzugreifen, was angesichts der scheinbar blank“ dastehenden Armeen Deutschlands und seiner europäischer Verbündeter, akuten Aufrüstungsbedarf nahelege. Interessanterweise ist es genau nicht das, was die Geheimdienste sagen, auch wenn dies von interessierten Kreisen gerne anders dargestellt wird. In der jüngsten Lageeinschätzung von BND und Bundeswehr von Ende März 2025 heißt es, es gäbe keine Hinweise auf eine „unmittelbar bevorstehende russische Konfrontation mit der NATO“.²⁷ Aber selbst wenn der Wille dazu aufseiten Russlands vorhanden wäre, wofür – wie gesagt – die Beweislage bestenfalls dürftig ist, fehlen dazu die Mittel. August Pradetto, einem emeritierten Professor der Bundeswehr-Universität in Hamburg, erklärt dazu: „Die russischen Streitkräfte sind trotz höchster Anstrengung in den letzten drei Jahren gegen die vergleichsweise schwache ukrainische Armee nicht weiter als 100 Kilometer vorgedrungen und dort stecken geblieben. [] Russland hat überhaupt keine Kapazitäten, um ein NATO-Land anzugreifen. [] Der gegenwärtige Panikmodus und der Überbietungswettbewerb in Fragen der Aufrüstung ist völlig verfehlt. [] Das Dümme, das wir machen können, ist, uns selbst totzurüsten.“²⁸

Selbst wenn die USA sich komplett aus der NATO verabschieden würde, was zumindest fraglich ist, wären die europäischen NATO-Staaten Russland dennoch militärisch in allen deutlich überlegen. Für eine „erfolgreiche“ Offensive wird jedoch davon ausgegangen, dass eine Überlegenheit

TABELLE: VERGLEICH DER MILITÄRISCHEN POTENTIALE

	Gep.			Kampfhubschrauber	Hauptkriegsschiffe	U-Boote	Kampfflugzeuge	Strat.	
	Kampfpanzer	Fahrzeuge	Artillerie					Bomber	
NATO gesamt	9.011	45.619	22.145	1.301	274	143	5.406	140	
USA	2.640	15.679	6.463	880	122	66	3.244	140	
Kanada	74	1.118	283	0	12	4	89	0	
europ.									
NATO	6.297	28.822	15.399	421	140	73	2.073	0	
Russland	2.000	11.020	5.399	348	33	50	1.026	129	

Quelle: Wulf, Herbert/Steinmetz, Christopher: Wann ist genug genug? *Greenpeace*, November 2024, S. 16.

von mindestens 1:3 benötigt wird (für die Einnahme von Städten sogar 1:6). Angesichts der drückenden Überlegenheit der NATO käme ein russischer Angriff einem suicidalen Verhalten gleich. Dementsprechend hieß es in einer Greenpeace-Studie im November 2024: „Die Analyse der militärischen Kapazitäten der Nato und Russlands lässt keinen Zweifel an der allgemeinen militärischen Überlegenheit der Nato. [] Die Notwendigkeit, in Deutschland die Militärausgaben weiter und dauerhaft zu erhöhen und dabei – in logischer Konsequenz – andere essenzielle Bereiche wie Soziales, Bildung oder ökologische Transformation nicht ausreichend zu finanzieren, lässt sich daraus nicht ableiten.“²⁹

Jürgen Wagner ist aktiv in der *Informationsstelle Militarisierung (IMI)* e.V.

- 1 <https://rotary.de/gesellschaft/fortschrittskoalition-ohne-fortschritt-a-23036.html>
- 2 https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2024/6/pdf/240617-def-exp-2024-en.pdf
- 3 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article253847236/Absicherung-gegen-Russland-Nato-fordert-49-weitere-Kampftruppen-Brigaden.html>
- 4 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nato-ringtum-hoehere-verteidigungsausgaben-110241619.html>
- 5 <https://www.tagesschau.de/inland/neue-nato-ziele-teuer-deutschland-100.html>
- 6 <https://www.bundshaushalt.de/DE/Bundshaushalt-digital/bundshaushalt-digital.html>
- 7 <https://esut.de/2025/03/meldungen/ruestung2/57882/einigung-ueber-die-finanzierung-der-bundeswehr/>
- 8 <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/einigung-finanzpaket-gruene-union-spd-reform-grundgesetzeaenderung-schuldenbremse-sondervermoeegen-klimaschutz>
- 9 <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/europa-ohne-die-usa-verteidigen-eine-erste-analyse-was-gebraucht-wird-33811/>
- 10 <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aktuelles/waffen-und-wachstum-die-wirtschaftlichen-folgen-steigender-militaerausgaben/>
- 11 https://mpr.aub.uni-muenchen.de/120608/1/MPR_A_paper_120608.pdf
- 12 <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/10242694.2017.1324723>
- 13 <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/ruestung-waffen-sind-gut-fuer-die-verteidigung-nicht-fuer-die-wirtschaft-35047328.html>
- 14 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/verteidigung-moritz-schularick-fordert-drohnen-statt-panzern-und-wirbt-fuer-atomare-auf-ruestung-a-bb66fd65-5d8b-47b8-9d09-6e1a43bd9615>
- 15 <https://www.tagesschau.de/inland/lindner-moratorium-100.html>
- 16 <https://de.wikipedia.org/wiki/Fettl%C3%BCcke>

17 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/verteidigungsausgaben-wir-muessen-auf-ruesten-fuer-den-wohlstand-a-0d456e8d-ae8f-44dc-af56-7443992ead05>

18 <https://www.stern.de/politik/verteidigungshaushalt-wo-das-geld-fuer-die-bundeswehr-herkommen-koennte--35366096.html>

19 <https://www.deutschlandfunk.de/kommentar-zu-donald-trump-wenn-buendnisses-als-buerde-gelten-dlf-021f2a9d-100.html>

20 <https://eda.europa.eu/news-and-events/news/2025/03/19/joint-white-paper-for-european-defence-readiness-2030>

21 <https://www.iiss.org/online-analysis/military-balance/2025/02/global-defence-spending-soars-to-new-high/>

22 <https://www.sipri.org/databases/milex/frequently-asked-questions#PPP>

23 <https://www.imi-online.de/2025/03/25/europe-first/>

24 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-invasion-bundeswehr-steht-laut-heeresinspekteur-mehr-oder-weniger-blank-da-a-e5bdc1f4-e9d3-472f-9ed7-beed5aa02eb0>

25 <https://www.bundestag.de/resource/blob/1034096/390af18bb674571db8df03cf9dccc7df/Stellungnahme-Wuestner-Bundesvorsitzender-DBwV.pdf>

26 https://www.greenpeace.de/publikationen/Greenpeace_BICC_StreitkraefteVergleich_1.pdf

27 <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-bedrohung-nato-100.html>

28 <https://www.freitag.de/autoren/dorian-baganz/die-ukrainer-muessen-donald-trump-dankbar-sein>

29 https://www.greenpeace.de/publikationen/Greenpeace_BICC_StreitkraefteVergleich_1.pdf



Wir haben was gegen Aufrüstung & Sozialabbau. Du auch? Tiefgehende Recherchen, knackige FactSheets, Kontexte & Standpunkte - schon immer ohne Paywall und kostenlos zum Download auf imi-online.de und auf Social Media. Findest Du gut? Werde jetzt Mitglied! Antimilitarismus braucht Analysen! IMI braucht Euch!

TAG DER BEFREIUNG

Wird Trumps Zollpolitik den gewünschten Erfolg haben und wie wird sie sich auf den Welthandel und insgesamt wie Weltwirtschaft auswirken?

■ Michael Roberts

Es ist zwar kein Aprilscherz, aber es könnte genauso gut einer sein, denn im Laufe des heutigen Tages [2. Apr.] kündigt US-Präsident Donald Trump eine weitere Flut von Zöllen auf Importe der USA an, was er als „Tag der Befreiung“ bezeichnet und was Amerikas Stimme des Großkapitals und der Finanzwelt, das *Wall Street Journal*, als „den dümmsten Handelskrieg der Geschichte“¹ bezeichnet hat.

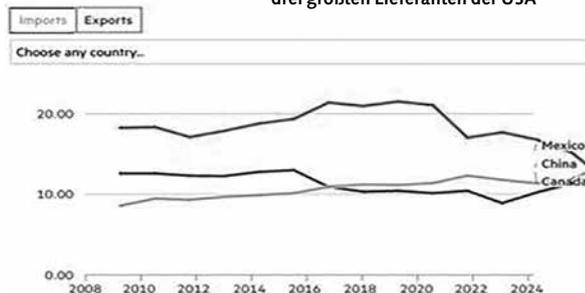
Dieses Mal erhöht Trump die Zölle auf Einfuhren aus Ländern, die höhere Zölle auf US-Exporte erheben, d. h. er reagiert [wie er es ausdrückt] mit „gegenseitigen Zöllen“. Damit will er gegen die seiner Ansicht nach unfairen Steuern, Subventionen und Vorschriften anderer Länder für US-Exporte vorgehen. Parallel dazu prüft das Weiße Haus eine ganze Reihe von Abgaben auf Waren bestimmter Branchen. Und die Zölle in Höhe von 25 Prozent auf alle Einfuhren aus Kanada und Mexiko, die zuvor verschoben worden waren, werden nun wieder angewandt. (Grafik 1)

US-Beamte haben die EU-Mehrwertsteuer wiederholt als Beispiel für unfaire Handelspraktiken angeführt. Auch die Steuern auf digitale Dienstleistungen werden von Beamten der Trump-Administration angegriffen, die behaupten, sie würden US-Unternehmen benachteiligen. Nebenbei: Die Mehrwertsteuer ist kein unfairer Zoll, da sie nicht für den internationalen Handel gilt und ausschließlich eine inländische Steuer ist – die USA sind eines der wenigen Länder, die keine für das ganze Land gleich hohe Mehrwertsteuer erheben; in den USA werden auf bundes- und einzelstaatlicher Ebene unterschiedliche Verkaufssteuern erhoben.

Trump behauptet, dass seine jüngsten Maßnahmen die amerikanische Industrie „befreien“ werden, indem sie die Kosten für die Einfuhr ausländischer Waren für amerikanische Unternehmen und Haushalte erhöhen und so den Absatz dieser Waren und damit das gewaltige Handelsdefizit verringern, das die USA derzeit mit dem Rest der Welt

GRAFIK 1

Trade in goods (% of US total) Mexiko, China und Kanada sind die drei größten Lieferanten der USA



© FT Source: US Census Bureau

GRAFIK 2

US-Handelsbilanz in Milliarden Dollar



Source: tradingeconomics.com | Bureau of Economic Analysis (BEA)

haben. Er will dieses Defizit abbauen und ausländische Unternehmen zwingen, in den USA zu investieren und zu produzieren, anstatt in die USA zu exportieren. (Grafik 2)

Wird das funktionieren? Nein, und zwar aus mehreren Gründen. *Erstens* wird es Vergeltungsmaßnahmen anderer Handelsnationen geben. Die EU hat angekündigt, dass sie die US-Stahl- und Aluminiumzölle mit eigenen Zöllen kontern wird, die verschiedene amerikanische Waren im Wert von bis zu 28 Mrd. \$ betreffen. China hat ebenfalls Zölle auf US-Agrarexporte im Wert von 22 Milliarden Dollar verhängt und zielt mit neuen Zöllen von 10 Prozent auf Sojabohnen, Schweinefleisch, Rindfleisch und Meerfrüchte auf Trumps ländliche Basis. Kanada hat bereits Zölle auf US-Waren im Wert von rund 21 Mrd. \$ erhoben, die – neben anderen Produkten – von Alkohol bis zu Erdnussbutter reichen, sowie auf US-Stahl- und Aluminiumerzeugnisse im Wert von insgesamt rund 21 Mrd. \$.

Zweitens sind die Ein- und Ausfuhren der USA nicht mehr der entscheidende Faktor im Welthandel. Der Anteil des US-Handels am Welthandel ist zwar nicht gering und liegt derzeit bei 10,35 %. Aber das ist ein Rückgang gegenüber den mehr als 14 % im Jahr 1990. Im Gegensatz dazu liegt der Anteil der EU am Welthandel bei 29 % (gegenüber allerdings 34 % im Jahr 1990), während die so genannten BRICS-Länder jetzt einen Anteil von 17,5 % haben, angeführt von China mit fast 12 % (1990 waren es nur 1,8 %).

Das bedeutet, dass der Nicht-US-Handel anderer Länder jeden Rückgang der Ausfuhren in die USA ausgleichen könnte. Im 21. Jahrhundert leistet der US-Handel nicht mehr den größten Beitrag zum Wachstum des Welthandels – China hat eine entscheidende Führungsrolle übernommen. (Grafik 3)

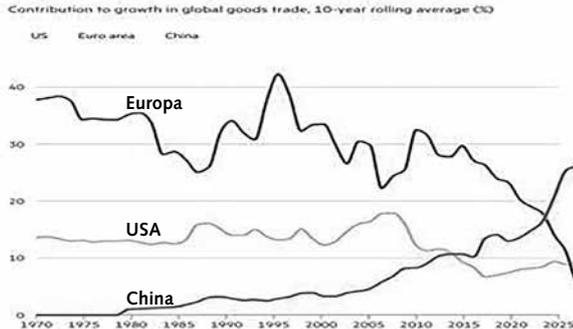
Simon Evenett, Professor an der IMD Business School, kommt bei seinen Berechnungen zu dem Ergebnis, dass selbst wenn die USA alle Warenimporte stoppen würden, 70 Länder ihre Umsatzeinbußen gegenüber den USA innerhalb eines Jahres und 115 innerhalb von fünf Jahren wieder wettmachen würden, wenn sie ihre derzeitigen Wachstumsraten bei Exporten in andere Märkte beibehalten.² Nach Angaben der NYU Stern School of Business könnten die vollständige Umsetzung dieser Zölle und die Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder gegen die USA dazu führen, dass die Zunahme des Welthandels um bis zu 10 Prozent unter dem langfristigen Wachstumstrend liegen wird. Aber selbst in diesem Negativszenario würde der globale Warenhandel im Jahr 2029 immer noch um etwa 5 Prozent höher ausfallen als im Jahr 2024.

Ein Faktor, der für ein anhaltendes Wachstum des Welthandels sorgt, ist die Zunahme des Handels mit Dienstleistungen. Laut dem jüngsten Global Trade Update von UN Trade and Development (UNCTAD) erreichte der Welthandel 2024 ein Rekordvolumen von 33 Billionen \$ und stieg damit um 3,7 % (das sind 1,2 Billionen \$).³ Wachstumstreiber waren die Dienstleistungen, die im Jahresverlauf um 9 % zulegten und 700 Mrd. \$ – das sind fast 60 % des Gesamtwachstums – beisteuerten. Der Warenhandel wuchs um 2 % und trug 500 Mrd. \$ bei. Keine von Trumps Maßnahmen gilt für Dienstleistungen. Tatsächlich verzeichneten die USA den größten Handelsüberschuss im Dienstleistungsverkehr unter den Handelspartnern (das waren 2023 rund 257,5 Mrd. €), während das Vereinigte Königreich den zweitgrößten Überschuss erzielte (176,0 Mrd. €), gefolgt von der EU (163,9 Mrd. €) und Indien (147,2 Mrd. €). (Grafik 4)

Man muss aber dennoch festhalten, dass der Handel mit Dienstleistungen immer noch lediglich 20 % des gesamten

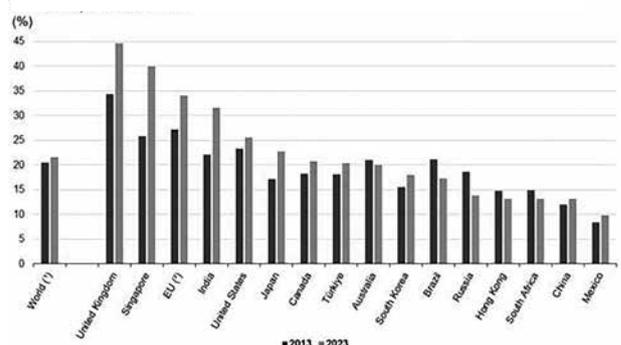
GRAFIK 3

China und Europa, nicht die USA, sind die wichtigen Motoren für das Wachstum des Welthandels



GRAFIK 4

Anteil der Dienstleistungen im Handel ausgesuchter Länder



Welthandels ausmacht. Außerdem ist das Wachstum des Welthandels seit dem Ende der Großen Rezession zurückgegangen, und zwar lange vor Trumps Zollmaßnahmen, die er in seiner ersten Amtszeit 2016 traf, die unter Biden ab 2020 weitergeführt wurden und die Trump nun mit dem „Tag der Befreiung“ noch erhöht. Der Globalisierungsprozess setzt sich nicht weiter fort und damit fehlt auch die Möglichkeit, Wirtschaftskrisen im Inland durch zunehmende Waren- und Kapitalexporte zu überwinden.

Und hier liegt der entscheidende Grund für den absehbaren Fehlschlag von Trumps Zollpolitik für die Wiederbelebung der US-Wirtschaft und die „Wiederherstellung der amerikanischen Größe“: Sie tragen nichts zur Lösung der zugrunde liegenden Stagnation der US-Binnenwirtschaft bei – im Gegenteil, sie verschlimmern sie nur noch.

Trumps Argument für die Zölle ist, dass billige ausländische Importe die Deindustrialisierung der USA verursacht haben. Aus diesem Grund haben einige keynesianische Wirtschaftswissenschaftler wie Michael Pettis Trumps Maßnahmen unterstützt. Pettis schreibt, dass Amerikas „langfristige massive Defizite die Geschichte eines Landes erzählen, das es versäumt hat, seine eigenen Interessen zu schützen“.⁴ Die ausländische Kreditvergabe an die USA „bewirkt Entwicklungen in der US-Wirtschaft, die zu geringeren Ersparnissen in den USA führen, vor allem durch eine Kombination aus höherer Arbeitslosigkeit, höherer Verschuldung der privaten Haushalte, Investitionsblasen und einem höheren Haushaltsdefizit“, während der Produktionssektor ausgehöhlt wird.

Aber Pettis stellt die Sache auf dem Kopf. Der Grund für die enormen Handelsdefizite der USA liegt darin, dass die US-Industrie nicht mit den anderen großen Handelsnationen, insbesondere China, konkurrieren kann. Das verarbeitende Gewerbe in den USA hat seit 17 Jahren keinen nennenswerten Produktivitätszuwachs zu verzeichnen. Das hat es für die USA zunehmend verunmöglicht, in wichtigen Bereichen wettbewerbsfähig zu sein. Das verarbeitende Gewerbe in China ist heute die dominierende Kraft in der Weltproduktion und im Welthandel. Seine Produktion übertrifft die der neun nächstgrößeren Hersteller zusammen. Die USA importieren chinesische Waren, weil sie billiger und von zunehmend guter Qualität sind.

Maurice Obstfeld (Peterson Institute for International Economics) hat die Ansicht von Pettis widerlegt, dass die USA aufgrund merkantilistischer Praktiken des Auslands „gezwungen“ seien, mehr zu importieren. Das ist der erste Mythos, den Trump und Pettis verbreiten. „Der zweite ist, dass der Status des Dollars als wichtigste internationale Reservewährung die Vereinigten Staaten dazu zwingt,

Handelsdefizite zu machen, um ausländische offizielle Stellen mit Dollarguthaben zu versorgen. Der dritte Mythos besagt, dass die US-Defizite ausschließlich durch ausländische Finanzzuflüsse verursacht werden, die eine allgemeine Nachfrage nach US-Vermögenswerten widerspiegeln, die Amerika nur dadurch befriedigen kann, dass es mehr konsumiert als es produziert.“⁵

Obstfeld argumentiert hingegen, dass es die Binnenlage der US-Wirtschaft ist, die zu den Handelsdefiziten geführt hat. Amerikanische Verbraucher, Unternehmen und Regierungen haben mehr eingekauft, als sie im Ausland verkauft haben, und haben dies durch die Aufnahme von ausländischem Kapital (Kredite, Verkauf von Anleihen und ausländische Direktinvestitionen) bezahlt. Dies geschah nicht aufgrund „exzessiven Sparens“ von Ländern wie China und Deutschland, sondern aufgrund „mangelnder Investitionen“ in produktive Anlagen in den USA (und anderen Defizitländern wie dem Vereinigten Königreich). Obstfeld: „Wir erleben vor allem einen Einbruch der Investitionen. Die Antwort muss vom Anstieg des US-Konsums und der Immobilieninvestitionen ausgehen, die heute zu einem großen Teil durch die Blase auf dem Wohnungsmarkt angetrieben werden.“ Angesichts dieser Gründe für das US-Handelsdefizit „werden Importzölle weder die Handelsbilanz verbessern noch zwangsläufig Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe schaffen.“ Stattdessen „werden sie die Preise für die Verbraucher erhöhen und die besonders dynamischen und produktiven Exportunternehmen treffen.“

Wie ich an anderer Stelle erläutert habe⁶, haben die USA ein riesiges Handelsdefizit mit China, weil sie so viele chinesische Waren zu wettbewerbsfähigen Preisen importieren. Bis in die 2000er Jahre war das für den US-Kapitalismus kein Problem, weil das US-Kapital einen Nettotransfer von Mehrwert aus China erhielt, obwohl die USA ein Handelsdefizit hatten. Als sich jedoch Chinas „technologisches Defizit“ gegenüber den USA im 21. Jahrhundert zu verringern begann, verschwanden diese Gewinne zunehmend. Hier liegt der geoökonomische Grund für den Beginn des Handels- und Technologiekriegs gegen China.⁷

Trumps Zölle werden keine Befreiung sein, sondern die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Anstiegs der inländischen Inflation und eines Gangs in die Rezession nur noch erhöhen. Schon vor der Ankündigung der neuen Zölle gab es deutliche Anzeichen dafür, dass sich das Wachstum der US-Wirtschaft verringert. Schon jetzt ziehen die Finanzinvestoren eine Bilanz von Trumps „dümmstem Handelskrieg der Geschichte“ und verkaufen Aktien. Amerikas ehemalige „Magnificent Seven“-Aktien

befinden sich bereits im Abwärtstrend, sie haben seit Weihnachten über 20 % an Wert verloren.

Die Wirtschaftsforscher senken ihre Schätzungen für das US-Wirtschaftswachstum in diesem Jahr. Goldman Sachs hat die Wahrscheinlichkeit einer Rezession in diesem Jahr von 20 % auf 35 % erhöht und erwartet nun, dass das reale BIP-Wachstum in den USA in diesem Jahr nur noch 1 % erreichen wird. Die Atlanta Fed prognostiziert für das erste Quartal dieses Jahres (das gerade zu Ende gegangen ist) einen Rückgang des BIP gegenüber dem Vorquartal um 0,35 % (und aufs Jahr umgerechnet einen Rückgang um 1,4 %). Und die Auswirkungen von Trumps Zöllen kommen erst noch.

Zölle waren noch nie ein wirksames wirtschaftspolitisches Instrument, um die Binnenwirtschaft anzukurbeln. In den 1930er Jahren führte der Versuch der USA, ihre industrielle Basis mit den Smoot-Hawley-Zöllen zu „schützen“, nur zu einem weiteren Rückgang der Produktion im Rahmen der Großen Depression, die Nordamerika, Europa und Japan erfasst hatte. Die Große Depression der 1930er Jahre wurde zwar nicht durch den protektionistischen Handelskrieg verursacht, den die USA 1930 auslösten, aber die Zölle verstärkten die weltweite Kontraktion, da nun „jedes Land für sich selbst handelte“. Zwischen 1929 und 1934 ging der Welthandel um etwa 66 % zurück, da die Länder weltweit Vergeltungsmaßnahmen ergriffen.

Immer mehr Studien kommen zu dem Ergebnis, dass ein Zollkrieg zu einem Rückgang des globalen Wachstums führen und die Inflation in die Höhe treiben wird. Die jüngste Studie⁸ geht davon aus, dass bei einer „selektiven Entkopplung“ zwischen einem (US-zentrierten)

Westblock und einem (chinazentrierten) Ostblock, die sich auf strategischere Produkte beschränkt, das globale BIP im Vergleich zum Wachstumstrend [also dem über längere Zeit durchschnittlichen Wachstum] um etwa 6 % sinken könnte. In einem schwerwiegenderen Szenario, das alle über die Blöcke hinweg gehandelten Produkte betrifft, könnten die Verluste auf 9 % steigen. Demzufolge könnten – je nach Szenario – die BIP-Verluste für die USA zwischen 2 % und 6 % und für die EU zwischen 2,4 % und 9,5 % liegen, während China mit wesentlich höheren Verlusten konfrontiert wäre.

2. April 2025

Übersetzung: Jakob S.

1 <https://www.wsj.com/opinion/donald-trump-tariffs-25-percent-mexico-canada-trade-economy-84476fb2>

2 <https://skynews.icu/top-stories/819107-globalisation-will-triumph-over-donald-trump/>

3 <https://unctad.org/publication/global-trade-update-march-2025>

4 <https://thenextrecession.wordpress.com/2025/02/08/trade-tariffs-as-economic-policy-the-debate/>

5 <https://thenextrecession.wordpress.com/2025/02/08/trade-tariffs-as-economic-policy-the-debate/>

6 <https://thenextrecession.wordpress.com/2024/05/20/tariffs-technology-and-industrial-policy/>

7 <https://thenextrecession.wordpress.com/2025/02/04/trumps-tariff-tantrums/>

8 ebenda

TRUMPS ZÖLLE

1. Mit Trumps Zollerhöhungen steigt der durchschnittliche Zollsatz auf US-Wareneinfuhren auf 26 %. Das ist der höchste Stand seit 130 Jahren (siehe nachfolgend Grafik).

Chart 1: US Effective Tariff Rate (% , 2025 is CE Est.)



2. Die Formel, mit der für jedes Land festgelegt wird, welche Zölle ihre Waren treffen, die sie in die USA exportieren, hat nichts mit unfairen Steuern, Subventionen oder nichttarifären Hemmnissen zu tun, die in diesen Ländern für US-Ausfuhren gelten. Vielmehr folgt sie einer einfachen Formel: Die Höhe des US-Handelsdefizits mit dem betreffenden Land wird durch den Umfang der US-Einfuhren aus diesem Land geteilt und dann durch zwei geteilt. Ein Beispiel: Die USA haben ein Defizit von 123 Mrd. \$ gegenüber Vietnam, aus dem sie 137 Mrd. USD importieren. Man geht also davon aus, dass das Land Handelsbarrieren hat, die einem Einfuhrzoll von 90 % entsprechen. Die Formel der US-Administration sieht einen gegenseitigen Zoll von der Hälfte (45 %) vor, um das Defizit mit diesem

Land um die Hälfte zu reduzieren. Das Problem: Vietnam erhebt keine 90-prozentigen Zölle auf US-Ausfuhren, kann also eine Verringerung der Verkäufe in die USA nicht dadurch vermeiden, dass es sich bereit erklärt, seine „Zölle“ auf US-Ausfuhren zu senken.

3. Die Maßnahmen werden bedeutende Auswirkungen auf die Länder des Globalen Südens haben. Einige der höchsten Zollsätze treffen Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen in Süd- und Südostasien etwa Kambodscha oder Sri Lanka.

4. Trumps Zölle beziehen sich nur auf den Import von Waren, nicht von Dienstleistungen. Die USA verzeichnen ein Defizit bei den Wareneinfuhren aus Ländern der Europäischen Union, deshalb hat Trump einen Zoll von 20 % auf diese Einfuhren festgelegt. Gegen Dienstleistungen (die etwa 20 % des gesamten Welthandels ausmachen) hat er jedoch keine Maßnahmen ergriffen. Die EU hat einen Überschuss beim Warenhandel mit den USA, aber ein erhebliches Defizit beim Handel mit Dienstleistungen (Banken, Versicherungen, freiberufliche Dienstleistungen, Software, digitale Kommunikation usw.) gegenüber den USA. Würde man die Dienstleistungen einbeziehen, würde das Defizit der USA gegenüber der EU praktisch verschwinden.

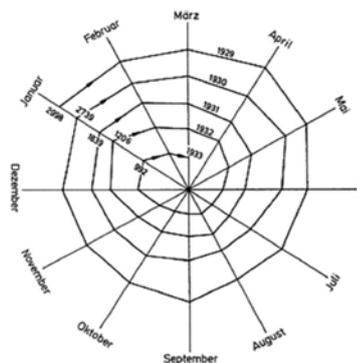
5. Allen Ländern, auch denjenigen, die mit den USA ein Handelsdefizit haben, wird eine Zoll von 10 % auferlegt. Dies gilt auch für Länder, die keinen Handel mit den USA oder mit Menschen treiben (Diego Garcia, Antarktis ...). So beträgt z. B. der Zollsatz für das Vereinigte Königreich 10 %. Obwohl der Warenhandel des Vereinigten Königreichs mit den USA praktisch ausgeglichen ist (58 Mrd. \$ zu 56 Mrd. \$), wird das Land also durch den Rückgang an Warenexporten in die USA, seinen größten Handelspartner, dennoch in Mitleidenschaft gezogen. Würde Trumps Zollformel für Waren auf das Vereinigte Königreich angewandt, dann dürfte es keine Zölle auf Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich geben. Würde dagegen der Dienstleistungshandel einbezogen, lägen die Zölle auf Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich bei 20%! Morgan Stanley geht davon aus, dass die neuen Zölle das Wachstum im Vereinigten Königreich um bis zu 0,6 Prozentpunkte verringern könnten (das ohnehin praktisch bei null liegt).

6. Die Zölle werden die Preise deutlich in die Höhe treiben – die US-Verbraucher werden die Hauptlast tragen, und zwar bei einer Vielzahl von Grundnahrungsmitteln und lebenswichtigen Gütern, die im Land nicht hergestellt werden können, wobei die ärmsten Haushalte am stärksten betroffen sein werden. Die amerikanische Industrie wird mit höheren Kosten für wichtige Zwischenprodukte, Maschinen und Ausrüstungen zu kämpfen haben, die viele größer ausfallen werden als der begrenzte Nutzen, der sich aus der geringeren ausländischen Konkurrenz ergeben wird.

7. Ein weiteres Beispiel: Die 54%-Zölle auf Waren aus China könn-

ten zu einem Rückgang der Einfuhren um 507 Mrd. Dollar führen [im Vergleich dazu: im letzten Jahre betrug der Handelsbilanzüberschuss Chinas gegenüber den USA 525 Mrd. \$]. Trumps China-Zölle würden die amerikanischen Importe um etwa 20 % verringern. Dies würde einen „Angebotsschock“ auslösen, der mit der Zeit während der Pandemie vergleichbar wäre und zu einer Rezession und/oder Inflation in den USA führen würde.

8. Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder werden zu einem Rückgang der US-Exporte führen. In den 1930er Jahren, nachdem in den USA die Smoot-Hawley-Zölle eingeführt worden waren, führten die Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder zu einem Rückgang der US-Ausfuhren um 33 % und zu einer Abwärts Spirale im internationalen Handel, die als „Kindleberger-Spirale“ bezeichnet wird: ein Zyklus, in dem Zölle den Handel verringern, dann Vergeltungsmaßnahmen ihn weiter verringern, dann weitere Vergeltungsmaßnahmen, dann Auswirkungen erster Ordnung auf die Produktion, dann Auswirkungen zweiter Ordnung, dann weitere Zölle und Vergeltungsmaßnahmen, bis der Welthandel von 3 Mrd. \$ im Januar 1929 auf 1 Mrd. \$ im März 1933 zurückging.



Kindleberger-Spirale Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Charles_P._Kindleberger#/media/Datei:Welthandelsspirale.jpg

9. Ein Handelskrieg mit Zöllen würde die US-Wirtschaft härter treffen als Smoot-Hawley, da der Anteil des Handels am BIP heute dreimal so hoch ist wie 1929. Im letzten Jahr lag er bei 15 % des BIP – gegenüber etwa 6 % im Jahr 1929.

10. Das reale BIP der USA könnte in diesem Jahr um anderthalb bis 2 Prozentpunkte sinken und die Inflation könnte auf fast 5 % ansteigen, wenn diese Zölle nicht bald aufgehoben werden (Prognose der UBS).

11. Ein zollbedingter Rückgang des Handelswachstums wird zu einem Rückgang der internationalen Kapitalströme führen und Investitionen sowie das Wirtschaftswachstum weltweit schwächen.

4. April 2025

Übersetzung: Jakob S.

KEINEN EURO FÜR DIE KRIEGSTÜCHTIGKEIT!

Der Kampf gegen den Krieg steht mehr denn je auf der Tagesordnung. Er ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für ein Ende des Kapitalismus.

■ Galia Trépère

■ Mit einer erneuten Kehrtwende handelte Trump nunmehr mit der Ukraine und auf deren Rücken einen Vorschlag für einen 30-tägigen Waffenstillstand aus, auf den Putin jetzt reagieren muss. Der russische Diktator stimmte einer Unterbrechung der Kämpfe zu, die er zynischerweise von Geländegewinnen seiner Truppen in der seit August ukrainisch besetzten russischen Region Kursk abhängig machte. Zudem forderte er Sicherheitsgarantien für einen „dauerhaften Frieden“, insbesondere den Verzicht der Ukraine auf einen NATO-Beitritt. Im Februar hatte Trump Putin versichert, dass die Ukraine weder die Krim noch den Donbass zurückerhalten und niemals der NATO beitreten werde.

Nach drei Jahren Krieg, vermutlich einer Million Toten auf beiden Seiten und unermesslichem Leid und Zerstörung für die Bevölkerung hauptsächlich in der Ukraine, wären wir wieder beim status quo ante, bevor Putin im Februar 22 in die Ukraine einmarschierte. Damals reagierten der russische Kapitalismus und sein in Bedrängnis geratener Diktator in barbarischer Weise auf das explizite Vorhaben der NATO und der EU, die Ukraine aufnehmen zu wollen, und auf die Weigerung der USA, über das russische Ultimatum vom Dezember 2021 zu verhandeln.

Jetzt wollen die USA eine Pause in diesem Krieg einlegen, den sie selbst als Stellvertreterkrieg unter dem Blutzoll des ukrainischen Volkes gewollt haben, um die Ende der 1990er Jahre begonnene Offensive gegen Russland fortzuführen, indem sie das Land mit feindlichen NATO-Staaten einkreisen.

Es geht ihnen und Trump darum, ihre Interessen mithilfe der durch den Krieg neu geschaffenen Kräfteverhältnisse neu zu justieren, die Unterjochung und Ausplünderung der Ukraine durch westliche multinationale Konzerne statt durch russische Oligarchen zu forcieren und gleichzeitig die EU auf Linie zu bringen. Zugleich sollen neue Pläne auf den Weg gebracht werden, die ihren Einfluss- und Zugriffsbereich ausweiten und ihre Rivalen zurückdrängen sollen.

Gegen das Europa im Kriegsieber ...

Seit der Wiederaufnahme der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Russland Mitte Februar und der öffentlichen Demütigung Selenskis im Oval Office des Weißen Hauses durch Trump und seinen Vizepräsidenten Vance am 28. Februar hat sich Macron zum Vorkämpfer für die Interessen der Ukraine und der europäischen Staaten aufgeschwungen. Sie alle fühlen sich von Russland „bedroht“ und von den USA „vernachlässigt“ und waren von den Verhandlungen über die Ukraine ausgeschlossen worden. Während er innenpolitisch immer noch angeschlagen ist, versucht Macron auf der internationalen Bühne zu reüssieren als Verfechter der Freiheit der Ukraine und der Unabhängigkeit Europas und der vorgeblichen Interessen ihrer Völker, die in Wirklichkeit diejenigen der europäischen und französischen multinationalen Konzerne sind, die ihren Anteil an der Zerschlagung und dem Wiederaufbau der Ukraine in klingender Münze sehen wollen.

Der britische Premierminister Starmer und die meisten EU-Staats- und Regierungschefs schlugen in die gleiche Kerbe und erklärten die Kriegsertüchtigung zur nationalen Aufgabe. Von der Leyen und die Europäische Kommission schlugen vor, 800 Milliarden Euro für die europäische Verteidigung aufzubringen und die Militärausgaben der Staaten von der Schuldenbremse auszunehmen, die durch den europäischen Fiskalpakt theoretisch auf 3 % begrenzt ist. Der designierte deutsche Bundeskanzler Merz und seine sozialdemokratischen Koalitionsanwärter beschlossen, in den kommenden Jahren 500 Milliarden für militärische Zwecke bereitzustellen. Macron und seine Regierung haben ihrerseits erklärt, dass die im Militärplanungsgesetz vorgesehene Erhöhung des Rüstungshaushalts auf 67 Milliarden Euro im Jahr 2030 nach oben korrigiert werden soll, nämlich auf 3 oder 3,5 % des BIP, entsprechend 100 Mrd. Euro ab 2029.

Am vergangenen Dienstag versammelte Macron in Paris die Generalstabschefs von 34 NATO-Staaten – außer den USA – und EU-Staaten sowie von Australien, Neuseeland und Japan, um ein Sicherheitskonzept für die Ukraine zu „erstellen“, d. h. ihre Armee weiterhin zu finanzieren, auszurüsten und auszubilden und möglicherweise europäische Truppen dorthin zu entsenden. Initiativen gegen die „russische Bedrohung“, die von Trump und den USA unabhängig sein sollen, aber weder deren Interessen noch offenbar deren Pläne durchkreuzen sollen, wie das G7-Treffen in Kanada am Wochenende gezeigt hat, bei dem alle Teilnehmer ihre volle Solidarität gegen Russland bekundeten.

... ein sozialistisches Europa von unten

Die Rüstungsausgaben, die Beschaffung von Militärgütern und die Aufstockung der Streitkräfte werden sämtlich vom Staat finanziert und mehren die Profite der Rüstungsindustrie, während zugleich die Budgets für öffentliche Dienstleistungen und soziale Ausgaben, die ein Minimum an Absicherung für die Bevölkerung gewährleisten, entsprechend gekürzt werden. Dies wird dazu führen, dass viele Menschen obdachlos werden, auf die Ausgabe von Lebensmitteln angewiesen sind, sich nicht medizinisch versorgen und ihre Kinder nicht zur Schule oder zum Studium schicken können ... Ein beispielloser sozialer Rückschritt.

Aber es wäre eine gefährliche Illusion und Realitätsblindheit gegenüber der Politik der herrschenden Klassen, zu glauben, dass der Krieg nur ein Vorwand wäre, um diese Sparmaßnahmen durchzusetzen. Macron, Merz und die

anderen europäischen Führer wollen die Bevölkerung in Schock versetzen und darauf vorbereiten, die Opfer eines wirtschaftlichen und militärischen Krieges zu akzeptieren, damit sich ihre Staaten und ihre kapitalistischen Konzerne im globalen Wettbewerb behaupten können.

Angesichts der internationalen Krise diskutieren die europäischen Führer heute über die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Verteidigung, aber sie sind außerstande, ihre politische Einheit, einen europäischen Staat, zu begründen, da jede Bourgeoisie auf ihren eigenen Staat und ihre Grenzen besteht, um ihre nationalen Interessen und ihre Privilegien zu schützen. Die Schwergewichte der EU erdrücken die schwächeren Staaten, und Macron für Frankreich und Merz für Deutschland haben unterschiedliche internationale Ambitionen. Sie haben keine andere Wahl, als sich den amerikanischen Plänen zu unterwerfen, um dort ihren Platz und ihre Rolle auszuhandeln.

Aufgrund dieser politischen, wirtschaftlichen und militärischen Widersprüche stecken die europäischen Mächte in einer chronischen Krise, die einerseits die extreme Rechte für sich zu nutzen versucht, die aber zugleich wie schon 2011–2015 soziale und politische Proteste heraufbeschwört, in denen die betroffene Bevölkerung für ihre eigenen Interessen und Vorstellungen eintreten wird. Diese Mobilisierungen und Kämpfe haben bereits begonnen und sind Schritte auf dem Weg zum Aufbau eines Europas der Werktätigen, einer Föderation der sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa, die auf Zusammenarbeit und Solidarität beruht und die allein in der Lage ist, das unverbrüchliche Recht der Völker auf Selbstbestimmung bis hin zur Trennung zu garantieren. Denn die Ausgebeuteten haben keine Privilegien zu verteidigen und scheren sich nicht darum, wo die Grenzen verlaufen.

Keine nationale Allianz mit den Herrschenden!

„An unseren Grenzen gibt es ein hochgerüstetes und aggressives Russland. Es greift zu terroristischen Aktionen und massiven Desinformationskampagnen in ganz Europa“, sagte Macron am 1. März. Wenn niemand den Kremlherrscher aufhalte, werde er „mit Sicherheit nach Moldawien und vielleicht sogar nach Rumänien greifen.“

Damit findet eine Umkehr der Bedrohungslage statt, ungeachtet der Verbrechen Putins. Es geht nicht darum, die Verbrechen der russischen Oligarchen und ihres Diktators moralisch zu bewerten oder sie gegen die Verbrechen des zionistischen Staates, der USA und ihrer Unterstützer aufzuwiegen, die ihren völkermörderischen Krieg wieder

aufgenommen haben und die Palästinenser:innen in Gaza aushungern. Diese Verbrechen sind die Verbrechen einer Klassengesellschaft, die nur ein Gesetz kennt, nämlich das des Stärkeren, auch wenn es um die Beziehungen zwischen den kapitalistischen Räubern geht, die sich die Reichtümer aneignen und aufteilen, die bei der Ausbeutung und Plünderung der Arbeiter:innen und Völker anfallen.

Unser Blick muss sich gemeinsam mit dem Proletariat darauf richten, wie Kriege und Kapitalismus im Kampf überwunden werden können, um zu verstehen, dass wir der Lügenpropaganda des westlichen Lagers nicht nachgeben, sondern sie bekämpfen müssen, weil sie darauf abzielt, dass wir einen Krieg akzeptieren, der nicht der unsere ist und für den sie die Hauptverantwortlichen sind.

Wie kann man dieser Propaganda glauben, die Gefahr und Bedrohung durch Russland, den Iran und China herbeiphantasiert, während Trump dem gesamten Planeten mit einem Handelskrieg droht und mit der NATO eine militärische Offensive gegen alle Rivalen, einschließlich der Verbündeten in der EU, betreibt? Die USA besitzen weltweit 800 Militärbasen – davon 37 in Europa – und mehrere Hunderttausend Soldaten und haben ständig Kriege gegen die Völker geführt, um ihre Weltherrschaft zu sichern, die nun von ihren Rivalen in Frage gestellt wird. [...]

Der Kampf gegen den Krieg steht mehr denn je auf der Tagesordnung, er ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, mit dem Kampf für ein Ende des Kapitalismus, er kann nur in völliger Unabhängigkeit von den Institutionen geführt werden. Unsere Verantwortung besteht darin, den Arbeiter:innen zu helfen, sich von der offiziellen Propaganda der alten imperialistischen Mächte zu lösen, jede Komplizenschaft mit ihrer kriegerischen, militaristischen und nationalistischen Politik, die sie mit Lügen rechtfertigen, zu verweigern.

Aus *Democratie Révolutionnaire* vom 16.3.2025

Übersetzung: MiWe



NEU bei ISP



Arne Andersen
unter Mitarbeit von Johannes Feest/
Sebastian Scheerer

Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?

Hardcover, farbig, 499 Seiten
Subskriptionspreis bis zum
31.12.2024 24,80 €
ISBN 978-3-89900-160-0

Die Autoren legen Grundlagen, um die Auseinandersetzungen in Deutschland um Positionen zum jüdischen Leben, um Israel und Palästina nachvollziehbar zu machen.

Der Palästina-Konflikt wird von seinen Anfängen bis zum aktuellen Gazakrieg facettenreich dargestellt.

Zahlreiche Fotos, Schaubilder und Tabellen erleichtern den Zugang zum Thema.

Das Buch erscheint Anfang September 2024.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

DIE KARTEN WERDEN NEU GEMISCHT

Trumps zweite Amtszeit führt uns vor Augen, dass eine neue Welt(un)ordnung entsteht. Statt der alten Ordnung nachzutruern oder sich hinter ein Lager zu scharen, ist die Linke aufgerufen, eine ökosozialistische Alternative aufzubauen und Solidarität mit den unterdrückten Völkern zu üben.

■ **Jaime Pastor**

■ Etwas mehr als einen Monat nach dem Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident, mit dem Tech-Oligarchen Musk an seiner Seite, ist die Liste der Initiativen und Maßnahmen, die das Tandem an der Spitze der führenden Weltmacht umzusetzen bereit ist, bereits recht umfangreich. Aus ihnen allen ist unschwer die feste Entschlossenheit zu erkennen, einen neuen „gesunden Menschenverstand“ – wie sie ihn verstehen – zu etablieren: ein ultraliberales Paradigma in der Wirtschaft, autoritär in der Politik und reaktionär in der Kultur. Das Leitmotiv dabei ist der MAGA-Plan, also die Absicht, den imperialen Niedergang, den ihr Land seit einiger Zeit erlebt, mit allen Mitteln aufzuhalten.

In diesem Artikel werde ich mich auf die Auswirkungen der angekündigten Schritte vor allem in geopolitischer Hinsicht konzentrieren: angefangen bei den Bestrebungen, Grönland, Kanada und den Panamakanal zu übernehmen, gefolgt von der nunmehr völlig bedingungslosen Unterstützung für Netanjahu und dessen völkermörderische Politik gegen das palästinensische Volk, bis hin zur Entdämonisierung Putins und der Bereitschaft, die von Russland besetzten Gebiete in der Ukraine anzuerkennen (natürlich im Austausch für den Erhalt eines beträchtlichen Teils der Seltenen Erden ...).

Es liegt auf der Hand, dass diese Strategie einem neoimperialen Plan folgt, der darauf abzielt, den eigenen Hinterhof schrittweise zu erweitern, Europa an die Kandare zu nehmen, eine Entspannung mit Russland herbeizuführen

und die Kontrolle über den Nahen Osten zu sichern, um sich auf die indo-asiatische Region und vor allem auf den geostrategischen Wettbewerb mit China zu konzentrieren. Dabei geht es um den technologischen Vorsprung und die Sicherung von globalen Absatzmärkten und Rohstoffquellen, um die Position der US-amerikanischen WASPs [White, Anglo-Saxon and Protestant] und ihres inzwischen in Frage gestellten imperialen Lebensstils gegenüber dem Rest der Welt zu wahren. Ob sich dieser Plan praktisch umsetzen lässt und welche Auswirkungen er auf die US-amerikanische Wirtschaft und Gesellschaft haben wird – auch angesichts des sich abzeichnenden Widerstands an zahlreichen Fronten – bleibt abzuwarten.

Diese radikale Kehrtwende mag zwar auf der internationalen Bühne für Konfusion gesorgt haben, lässt sich aber verstehen vor dem Hintergrund der zunehmend miteinander verknüpften Krisen – an erster Stelle der Umweltkrise – und dem daraus resultierenden Wettkampf um Ressourcen in „einer Welt, in der die Eliten glauben, dass der Kuchen nicht mehr wachsen kann. In Ermangelung eines alternativen Systems ist die einzige Möglichkeit, die Position zu halten oder zu verbessern, der Raubbau. Dies ist die Ära, die vor uns liegt“, so Arnaud Orain.¹

Die Oligarchie orchestriert den Politikwechsel

Wir erleben eine Ära, in der die „Superoligarchie, die das Finanz- und Kommunikationswesen kontrolliert“ (Louça,

2025) darauf abzielt, ihre Marktmacht mit der direkten Kontrolle der Staatsmacht zu verbinden, wobei Elon Musk der ultimative Ausdruck ihres Willens ist, ihre Interessen auf internationaler Ebene durchzusetzen.

Damit soll ein Sprung nach vorn getan werden, gestützt auf ein Bündnis mit den Regierungen und politischen Kräften, die bereits unter dem Einfluss der reaktionären Internationale stehen. So soll – wie J.D. Vance auf dem Münchner Gipfel verlauten ließ – ein echter „Regimewechsel“ in den Ländern herbeigeführt werden, in denen noch Relikte der liberalen Demokratie aus dem antifaschistischen Konsens nach dem Zweiten Weltkrieg überlebt haben.

Noch lässt sich nicht absehen, ob sich diese zentralen Anliegen umsetzen lassen. Zweifellos stehen wir jedoch vor einem Umbruch, in dem die USA eine neue imperiale Ordnung anstreben, in der sie einen völlig neuen Führungs- und politischen Regierungsstil und eine Hegemonie als allgemeinverbindlich durchsetzen wollen: reaktionäre und autoritäre Regime (Urbán, 2024) oder plebiszitäre Autokratien (Forti, 2025), die die bestmöglichen Bedingungen für einen Ausweg aus der säkularen Stagnation des globalen Kapitalismus schaffen sollen. Dieser Ausweg besteht natürlich darin, die Logik der Akkumulation über viele der von unten erreichten sozialen und politischen Errungenschaften und die biophysikalischen Grenzen des Planeten zu stellen.

Trumps Bereitschaft, die geopolitischen Rahmenbedingungen zur Durchsetzung seiner Agenda umzuschreiben, markiert das Ende der „goldenen“ Globalisierungsära – von der China am meisten profitiert hat – und ihre Ersetzung durch einen protektionistischen und oligarchischen Ethno-Nationalismus, der sich seinerseits auch unter den Großmächten aller Seiten durchsetzt. Im Falle der USA führt dies nun dazu, dass sie die seit dem Zusammenbruch des Ostblocks von den aufeinanderfolgenden US-Präsidenten verfolgte Außenpolitik radikal in Frage stellen, insbesondere was die Beziehungen zum alten Feind im Osten betrifft, um ihr Imperium neu aufzustellen.

Denn, wie Romaric Godin (2025) feststellt: „Es geht jetzt darum, ein echtes Imperium zu errichten, mit einem Heer von Vasallen, die seine Produkte bereitwillig konsumieren wollen, insbesondere seine technologischen Produkte, sein Öl oder sein Flüssiggas (...) Was heute für einen Teil des amerikanischen Kapitalismus auf dem Spiel steht, ist die Vermeidung von Konkurrenz, das heißt, nicht ein großer transatlantischer und transpazifischer Markt wie in der neoliberalen Ära, sondern ein Imperium: ein Zentrum

und Peripherien, wo jeder eine Rolle in seiner Beziehung zum Zentrum zu spielen hat.“

In diesem Rahmen ist die Annäherung an ein reaktionäres Russland, das sich nach alter Größe sehnt, der deutlichste Beweis für den radikalen Wandel, den wir erleben und der durch die unlängst erfolgte gemeinsame Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über den „Ukraine-Konflikt“ seinen sichtbarsten Ausdruck findet. Dabei stimmten beide Großmächte darin überein, die Anwendung des alten Rechts des Stärkeren in ihren jeweiligen Einflussbereichen gegenseitig zu respektieren. Dies zeigt sich auch in ihrem gemeinsamen Beitrag zur jüngsten Legitimationskrise der UNO und vieler anderer internationaler Institutionen (wie UNRWA, UNESCO, WHO...), die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden sind; oder, was noch schwerwiegender ist, in der Ablehnung der ohnehin sehr moderaten Pariser Vereinbarungen zum Klimawandel.

Diese traditionelle Architektur der internationalen Strukturen soll durch eine Diplomatie ersetzt werden, die als „transaktional“ bezeichnet wird und in Wahrheit dem „business as usual“ untergeordnet ist und auf bilateralen Verhandlungen mit den verschiedenen Mächten beruht, so wie wir es beim Handelskrieg erleben. Damit einher geht auch die Fortsetzung des globalen Kulturkriegs auf politisch-ideologischer Ebene mit der diskursiven Methode des Trumpismus (Camargo, 2025), die von der reaktionären Internationale übernommen wurde. Diese gilt nun als einziger verlässlicher Verbündeter bei der Verteidigung der sog. „grundlegendensten Werte“ (d. h. weiße und christliche Vorherrschaft, patriarchalische Familie und Islamophobie), die durch „Masseneinwanderung“ und die Komplizenschaft des Progressivismus bedroht sind, wie Vizepräsident Vance in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz anprangerte.

Wo steht die EU ...

Inmitten dieses grundlegenden geopolitischen Umbruchs scheint die Europäische Union als regionaler Block im Niedergang begriffen und zunehmend gespalten. Die einen – wie Orbán in Ungarn – suchen schon den Schulterschluss mit dem Sheriff aus Washington, die anderen sind auf der Suche nach „strategischer Autonomie“ in geo-, energie- und verteidigungspolitischen sowie wirtschaftlichen und technologischen Belangen, wie sie im Draghi-Bericht vorgeschlagen wird. Die Verfechter der letztgenannten Option wollen aus der Not eine Tugend machen und wohl nicht nur dem Militärhaushalt zur Aufrüstung absoluten Vorrang einzuräumen – selbst wenn Macron an-

bietet, seinen nuklearen Schutzschirm zu teilen –, sondern auch einer stärkeren wirtschaftlichen Deregulierung im Namen der Wettbewerbsfähigkeit, was die Tür zu einer libertären Wende auch an der Spitze der EU öffnet.² Auf dem Weg dorthin bleiben natürlich demokratische, soziale und ökologische Aspekte auf der Strecke, was die Verunsicherung der einfachen Bevölkerung verschärft und ihre innere Spaltung vertieft.

Es gibt keine Verpflichtung, die Kriegswirtschaft zu stärken, denn „die EU-Länder haben zusammen mehr aktive Militärs als die USA und Russland, und ihre Militärbudgets sind zusammen höher als in Russland und näher bei China“.³ Hinzu kommt, dass die EU zwar die Ukraine weiterhin gegen die illegitime Invasion Russlands unterstützen will, diese Haltung aber im Gegensatz zu ihrer fortlaufenden Komplizenschaft mit dem Siedlerstaat Israel und dessen Völkermord am palästinensischen Volk und der Ablehnung seines legitimen Rechts auf Selbstbestimmung steht. Es geht also stets um geopolitische Interessen und nicht um die Verteidigung der Demokratie gegen Autoritarismus oder Illiberalismus, was hinter den doppelten Standards steckt, wie der Historiker Ilan Pappé kürzlich zu Recht anprangerte.⁴ Nicht einmal die von Trump und Musk angekündigte irrlichternde Halluzination, Gaza in ein „Touristenparadies“ zu verwandeln, ist bei der EU auf einhellige Ablehnung gestoßen.

Daher dürfen wir nicht dem Trugschluss aufsitzen, dass Europa eine Insel des Wohlstands und der demokratischen Werte sei. Wir erleben ja jeden Tag, wie sich die staatstragenden Parteien in ihrer Sicherheits- und Migrationspolitik an die rechtsextreme Agenda anpassen, und dabei die Grundrechte schreddern.

... und wo die Linke?

In dieser Gemengelage steht die europäische Linke vor enormen Herausforderungen, die sie mehr denn je verpflichten, sich der Restauration der alten imperialen Ordnung entgegenzustellen. Widerstand ist geboten einerseits gegen die Vereinbarungen zwischen zwei imperialistischen Mächten, die Trump und Putin zu schließen versuchen, andererseits gegen eine EU, die nur versucht, ihren Niedergang als imperialistischer Block aufzuhalten, indem sie einen besseren Platz in der neuen kolonialen Aufteilung beansprucht.

Auch wenn wir uns der enormen Schwäche der antikapitalistischen Linken bewusst sind, ist es dringend notwendig, sich neuen Elan aus den Widerstandsbewegungen, die in einzelnen Ländern für die Verteidigung und Auswei-

tung unserer Rechte und Errungenschaften entstehen, zu verschaffen. Unsere Aufgabe ist es, die verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen zusammenzuführen sowohl für einen gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen Bestrebungen als auch als Reaktion auf die reaktionären und autoritären Entwicklungen, die in unseren eigenen Ländern auf dem Vormarsch sind. Auch müssen wir uns strikt dagegen verwahren, dass die verschiedenen Versionen eines „fortschrittlichen“ Neoliberalismus als kleineres Übel angesehen werden, da diese hinreichend bewiesen haben, dass sie die strukturellen Faktoren, die zu der reaktionären Wende geführt haben, nicht beseitigt haben.⁵

Es geht also um die Neuformulierung einer intersektionalen, gegenhegemonialen und ökosozialistischen Strategie, die eng mit dem Kampf für die Auflösung der NATO und der Solidarität mit allen Völkern verbunden ist, deren Recht, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden und sich gegen jede Einmischung oder koloniale Ausbeutung ihrer Ressourcen zu verwahren, infrage gestellt wird – ob in Gaza oder in der Ukraine. In diesem Sinne müssen wir unvermindert gemeinsam mit dem linken Widerstand in der Ukraine und der Anti-Kriegs-Opposition in Russland für den sofortigen Abzug der russischen Streitkräfte aus den besetzten Gebieten, den bedingungslosen Erlass der seit Kriegsbeginn eingegangenen Schulden (Toussaint, 2025) und die Erstellung eines gerechten ökosozialen Wiederaufbauplans eintreten, zumal sich ein zwischen Trump und Putin vereinbarter „Frieden“ in der Ukraine abzeichnet.⁶

Gegen jede Art von Lagerdenken oder Rückbesinnung auf die Nationalstaatlichkeit ist es unsere Aufgabe, für ein entmilitarisiertes Europa vom Atlantik bis zum Ural zu kämpfen, das sich für eine globale und multidimensionale Sicherheitsordnung einsetzt – so wie sie während der vergangenen Pandemiekrise als existenzielle Notwendigkeit angesehen wurde – im Gegensatz zu der heute vorherrschenden, nach außen hin militaristischen und nach innen repressiven Sicherheitsordnung.

Referenzen

- Camargo, Laura (2024) *Discursive Trumpism. Origin and Expansion of the Discourse of the Global Reactionary Wave*. Madrid: Verbum./
- Forti, Steven (2024) *Democracies in Extinction*. Madrid: Akal.
- Godin, Romaric (2025) "A capitalism in crisis, predatory and authoritarian", *viento sur*, 01/03.
- Louça, Francisco (2025) "Who is the enemy? The superoligarchy", *viento sur*, 19/02.

Toussaint, Eric (2025) "Debt: an instrument of pressure and plunder in the hands of creditors", *viento sur*, 15/02.

Urbán, Miguel (2024) *Trumpisms. Neoliberals and authoritarians*. Barcelona: Verso.

Aus: *essf*

Übersetzung: MiWe

1 <https://www.sinpermiso.info/textos/es-evidente-que-el-capitalismo-de-finitud-no-necesita-la-democracia-entrevista-a-arnaud-orain>

2 Was realiter bereits geschieht, siehe <https://legrandcontinent.eu/es/2025/02/16/desregulacion-en-lugar-de-deuda-comun-el-giro-libertario-de-la-comision-von-der-leyen-sobre-el-informe-draghi/> und <https://www.mediapart.fr/journal/international/260225/ue-la-commission-saborde-son-propre-agenda-vert>

3 <https://www.sinpermiso.info/textos/europa-no-se-salvara-cambiando-el-estado-de-bienestar-por-armas>

4 "This is the great European hypocrisy: supporting Ukraine's resistance while branding Palestine's resistance as terrorism", *el diario.es*, 25/02/25.

5 Dies gilt auch für die sozial-liberale Variante, die sich eindeutig im Abstieg befindet, wie wir bei den jüngsten Wahlen in Deutschland gesehen haben, wo eine neue Regierungskoalition mit der Christdemokratie angekündigt wurde, die die Krise weiter verschärfen könnte.

6 <https://elpais.com/clima-y-medio-ambiente/2025-02-24/la-factura-climatica-de-la-invasion-de-ucrania-asciende-hasta-los-250-millones-de-toneladas-de-gases-de-efecto-invernadero.html>



DIE REVOLUTION IM NAHEN OSTEN UND DIE „ACHSE DES WIDERSTANDS“

Joseph Daher beleuchtet den regionalen und multipolaren Imperialismus sowie die Grenzen der iranischen Strategie im Nahen Osten und zeigt internationale Perspektiven zur Befreiung Palästinas auf.

■ **Joseph Daher**

Das Waffenstillstandsabkommen zwischen der Hamas und Israel (das seit über einem Jahr einen völkermörderischen Krieg gegen die Palästinenser:innen in Gaza führt) wirft strategische Fragen für den palästinensischen Befreiungskampf und seine Unterstützer:innen auf. Bisher bestand die bevorzugte Strategie darin, im Bündnis mit der sogenannten „Achse des Widerstands“ unter iranischer Führung militärisch gegen Israel vorzugehen. Angesichts der Übermacht Israels und der USA musste dieses Netzwerk jedoch verheerende Rückschläge hinnehmen.

Israels wiederholte Morde an iranischen Führungspersönlichkeiten und seine direkten Angriffe auf den Iran selbst haben deutlich vor Augen geführt, wo die wunden Punkte für den Iran liegen und mit welchen Problemen er in der Region zu kämpfen hat. Der schonungslose Krieg Israels gegen den Libanon hat die Hisbollah, das Kronjuwel der iranischen Achse, schwer in Mitleidenschaft gezogen und die Menschen im Libanon, insbesondere das Fußvolk der Hisbollah in der schiitischen Bevölkerung des Landes, kollektiv bestraft. Der Sturz von Baschar al-Assad, dem anderen engen Verbündeten des Irans in der Region, hat die Achse weiter geschwächt. Nur die Huthis im Jemen haben die israelische Offensive relativ unbeschadet überstanden.

Dennoch hat Israel seine wichtigsten Ziele in Gaza, nämlich die Zerschlagung der Hamas und die ethnische

Säuberung der Bevölkerung, nicht erreicht, und es wurde weltweit als völkermörderischer, kolonialer Apartheidstaat geächtet. Allerdings war auch der von der Achse getragene militärische Widerstand gegen Israel nur bedingt erfolgreich und hat sich letztendlich als unfähig erwiesen, Palästina zu befreien. Was können wir daraus lernen? Hat die Achse eine Zukunft? Wie verhält sich die Masse der Bevölkerung in der Region? Gibt es eine Alternative zur militärischen Strategie gegen Israel? Und wie sollte sich die internationale Linke in diesen strategischen Debatten positionieren?

Ursprung und Entwicklung der iranischen „Achse des Widerstands“

In den 2000er Jahren konnte das iranische Regime seinen Einfluss im Nahen Osten vor allem mit Hilfe der Islamischen Revolutionsgarden ausdehnen. Dabei profitierte der Iran von der Niederlage, welche die USA und ihre Verbündeten im „Krieg gegen den Terrorismus“ im Nahen Osten und in Zentralasien erlitten hatten. Die Bemühungen von George Bush um einen regionalen Regimewechsel wurden durch den Widerstand gegen die US-amerikanische Besatzung im Irak und in Afghanistan vereitelt. Hingegen hat sich der Iran mit diversen fundamentalistischen Parteien und Milizen schiitisch-islamistischer Ausprägung, die teilweise auch in staatlichen Institutionen verankert sind,

irakische Verbündete geschaffen und ist so zur einflussreichsten Regionalmacht aufgestiegen.

Auch im Libanon konnte der Iran seinen Einfluss ausbauen, vor allem durch sein Bündnis mit der Hisbollah, die aufgrund ihres Widerstands gegen die israelische Offensive im Libanon im Jahr 2006 an Popularität gewonnen hatte. Bereits seit Mitte der 1980er Jahren unterstützt Teheran die Hisbollah nicht nur finanziell, sondern auch mit Waffenlie-

“ Der Iran und seine Achsenverbündeten betrachten nicht nur feindliche Staaten als Gegner, sondern auch die Volksmassen, die für Demokratie und gleiche Rechte eintreten.“

ferungen. In den 2010er Jahren intensivierte das iranische Regime seine Beziehungen zu anderen Akteuren in der Region, etwa zur Huthi-Bewegung im Jemen, und seit dem Krieg Saudi-Arabiens gegen den Jemen im Jahr 2015 gewährt der Iran den Huthis auch militärische Unterstützung. Nicht zuletzt ist Teheran ein enges Bündnis mit der Hamas in den besetzten palästinensischen Gebieten eingegangen.

Die regionale Bündnispolitik des Irans erreichte ihren Höhepunkt in den späten 2010er Jahren, als die Hisbollah die politische Bühne im Libanon beherrschte, die irakischen Milizen ihren Einfluss behaupten konnten, die iranischen Streitkräfte im Verbund mit der Hisbollah Assads Konterrevolution in Syrien unterstützten und die Huthis einen Waffenstillstand mit Saudi-Arabien erwirkten. Der entscheidende Akteur bei der Konsolidierung der Achse waren die Revolutionsgarden. Im Iran selbst sind sie bis zu einem gewissen Grad ein Staat im Staat. Neben ihrer militärischen Schlagkraft und ihrem politischen Einfluss kontrollieren sie auch die wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes. Mehrere bewaffnete Interventionen im Irak, in Syrien und im Libanon gehen auf ihr Konto.

Dem Iran geht es um Einfluss in der Region, nicht um Befreiung

Der Iran war bestrebt, ein regionales Gleichgewicht der Kräfte gegen Israel und die USA herzustellen, während er

gleichzeitig seine eigenen militärischen und wirtschaftlichen Ziele in der Region verfolgte. Das Regime betrachtet jeden Angriff auf seinen Einfluss im Irak, im Libanon, im Jemen und im Gazastreifen – sei es durch Volksaufstände, durch Israel, durch andere Regionalmächte oder durch die USA – als Bedrohung seiner Interessen. Es geht ihm nicht um emanzipatorische Projekte; seine Politik folgt ausschließlich nationalen und kapitalistischen Interessen.

Das iranische Regime verweigert der eigenen werktätigen Bevölkerung das Grundrecht, sich zu organisieren, Kollektivverhandlungen zu führen und zu streiken. Das harte Vorgehen gegen Demonstrant:innen und die massenhafte Inhaftierung von Dissident:innen, die zu Zehntausenden als politische Gefangene in den Gefängnissen des Landes schmachten, sollen jeden Widerstand im Keim ersticken. Die nationalen Bestrebungen der Kurden sowie der Menschen in Sistan und Belutschistan wurden durch das Regime ausnahmslos brutal niedergeschlagen, was immer wieder zu Aufständen führte, zuletzt 2019. Die unerträglichen Lebensbedingungen und die systematische Unterdrückung von Frauen haben 2022 die Massenbewegung „Frau, Leben, Freiheit“ ausgelöst.

Teheran duldet auch keinen Widerstand gegen die Regierungen seiner Achsenverbündeten. So hat es die Massenproteste im Libanon und im Irak im Jahr 2019 verurteilt – unter dem Vorwand, die USA und ihre Verbündeten stünden hinter den Protesten, um „Unsicherheit und Unruhe“ zu verbreiten. Dem syrischen Regime hat der Iran neben seinen eigenen Streitkräften auch Kämpfer aus Afghanistan und Pakistan sowie die Milizen der Hisbollah als Bodentruppen zur Verfügung gestellt, während Russland seine Luftwaffe einsetzte, um Assad bei der konterrevolutionären Niederschlagung des demokratischen Aufstands von 2011 zu unterstützen.

Auch die Achsenverbündeten des Irans griffen gegen Protestbewegungen hart durch. Während der libanesischen Intifada im Oktober 2019 verbündete sich die Hisbollah, ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten, mit den anderen Regierungsparteien gegen die sozialen Bewegungen, die sich gegen die neoliberale und auf ethnischem Proporz beruhende staatliche Ordnung erhoben. Hassan Nasrallah, der Anführer der Hisbollah, erklärte, der Aufstand sei von ausländischen Mächten finanziert worden, und setzte seine Milizen ein, um die Demonstranten zu attackieren.

Im Irak wiederum wurden die Aufstände im Jahr 2019 von mit dem Iran verbündeten Milizen und Parteien, wie den Volksmobilisierungseinheiten, niedergeschlagen.

Im Zuge einer gewaltsamen Operation gegen die Veranstalter von Kundgebungen, zivile Demonstranten und Journalisten wurden mehrere hundert Menschen getötet und mehrere tausend verletzt. Die Hisbollah und die irakischen Milizen rechtfertigten ihr hartes Vorgehen mit der Behauptung, die Unruhen seien von ausländischen Mächten angezettelt worden. In Wahrheit handelte es sich um den Aufschrei eines geknechteten Volks, das berechnete Forderungen nach Reformen erhob, und nicht um die Umsetzung eines wie immer gearteten geheimen Plans einer fremden Macht. Aus gutem Grund skandierten die Aktivisten Slogans wie „Weder Saudi-Arabien noch Iran“ oder „Weder die USA noch der Iran“.

Der Iran ist weit davon entfernt, ein glaubwürdiger oder entschlossener Gegner des US-amerikanischen Imperialismus zu sein. So hat er etwa bei den Operationen der USA in Afghanistan und im Irak mit dem US-amerikanischen Imperialismus kollaboriert. Er ist auch kein zuverlässiger Verbündeter der Palästinenser. Als die Hamas dem Assad-Regime bei der Niederschlagung des syrischen Aufstands im Jahr 2011 die Unterstützung verweigerte, stellte der Iran kurzerhand seine finanzielle Hilfe ein.

Dies änderte sich erst, als Ismail Hanija im Jahr 2017 Chalid Mesch'al an der Spitze der Hamas ablöste und wieder engere Beziehungen zwischen der palästinensischen Bewegung, der Hisbollah und dem Iran aufgenommen wurden. Die Unstimmigkeiten zwischen dem Iran und den Palästinensern, vor allem in der Syrienfrage, waren damit keineswegs aus dem Weg geräumt. Zahlreiche Palästinenser in den besetzten Gebieten und anderswo bejubelten den Sturz des iranischen Verbündeten Assad, der vielen als mörderischer Tyrann und Feind der palästinensischen Sache galt.

Das Bündnis der Hamas mit dem Iran wird von Teilen der Palästinenser in Gaza kritisch betrachtet, selbst von jenen, die der Hamas nahestehen. So zerriss eine Gruppe von Palästinensern im Dezember 2020 in Gaza-Stadt ein Plakat mit einem riesigen Porträt des verstorbenen Generals Qassem Soleimani, dem Befehlshaber der iranischen Quds-Truppe, wenige Tage vor dem ersten Jahrestag seiner Ermordung, obwohl die Hamas den Luftschlag Washingtons, der Soleimani 2020 in Bagdad getötet hatte, verurteilte und Hanija sich sogar nach Teheran begab, um an seiner Beerdigung teilzunehmen.

Für weite Teile der Palästinenser ist Soleimani einfach ein Verbrecher. Mehrere andere Plakate und Transparente mit dem Porträt Soleimanis wurden ebenfalls beschädigt, und in einem Video wurde der iranische General als „Schlächter der Syrer und Iraker“ bezeichnet.

Der Iran und seine Verbündeten haben immer eine konterrevolutionäre Rolle in der Region gespielt und die Massenbewegungen für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und gleiche Rechte im Stich gelassen. Die angebliche Achse des Widerstands war von Anfang an nichts anderes als ein Bündnis, das ausschließlich der Selbsterhaltung seiner Mitglieder und der Durchsetzung regionaler Macht diente.

„Die Achse der Zurückhaltung“

Die verhaltene Reaktion des Irans auf den Angriff der Hamas am 7. Oktober und auf den völkermörderischen Krieg Israels in Gaza ist dafür ein Beispiel. Trotz wiederholter Unterstützungserklärungen für die Hamas und die Palästinenser achtete das iranische Regime aus Sorge um seinen eigenen Machterhalt stets darauf, eine Eskalation des Kriegs mit Israel und den USA zu vermeiden. Aus diesem Grund hat der Iran auf Israels wiederholte Schläge gegen iranische Ziele und gegen die Hisbollah in Syrien sowie auf die Ermordung hochrangiger iranischer Vertreter, auch im Iran selbst, immer äußerst zurückhaltend reagiert.

Zunächst hatte Teheran versucht, Druck auf die USA auszuüben, indem es den pro-iranischen Milizen im Irak und in Syrien grünes Licht gab, US-amerikanische Stützpunkte in Syrien, dem Irak und in geringerem Maß auch in Jordanien anzugreifen. Nach den Luftschlägen der USA im Februar 2024 reduzierte der Iran diese Angriffe jedoch auf ein Minimum. Lediglich die Huthis im Jemen nahmen weiterhin Handelsschiffe im Roten Meer ins Visier und feuerten einige Raketen auf Israel ab.

Zum ersten Mal seit der Gründung der Islamischen Republik im Jahr 1979 führte der Iran direkte Militäroperationen gegen Israel durch, wobei er stets darauf bedacht war, eine Eskalation zu vermeiden. Das lässt sich durch den regelmäßigen Kontakt zwischen den beiden Staaten belegen. Den israelischen Raketenangriff auf die iranische Botschaft in Damaskus am 1. April, bei dem 16 Menschen getötet wurden, darunter sieben Mitglieder der Revolutionsgarden und der Kommandeur der Quds-Truppe in der Levante, Mohammad Reza Zahedi, beantwortete der Iran mit der Operation True Promise.

Allerdings gab der Iran, bevor er zurückschlug, seinen Verbündeten und Nachbarn eine Frist von 72 Stunden zum Schutz ihres Luftraums. Aufgrund dieser Warnung hatten Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate Zeit genug, um Informationen mit Israel und den USA auszutauschen und so den Angriff zu entschärfen. Saudi-Arabien und der Irak genehmigten Tankflugzeugen der US-Luftwaffe, ihren Luftraum zu benützen, um die

Patrouillen der USA und ihrer Verbündeten während der Operation zu unterstützen.

Erst danach feuerte der Iran 300 Drohnen und Raketen auf Israel ab, wobei auch dieser Angriff weitgehend symbolisch und bewusst darauf angelegt war, keinen größeren Schaden anzurichten. Die Drohnen erreichten erst nach mehreren Stunden ihr Ziel und konnten daher leicht identifiziert und abgeschossen werden. Der Iran verzichtete ausdrücklich darauf, seine Verbündeten, etwa die Hisbollah, dazu aufzurufen, sich dem Angriff anzuschließen. Nach der Operation erklärte der Oberste Nationale Sicherheitsrat des Irans, dass keine weiteren Militäraktionen geplant seien und dass er die „Angelegenheit“ als „abgeschlossen“ betrachte.

Mit anderen Worten: Der Iran hat den Schlag in erster Linie durchgeführt, um sein Gesicht zu wahren und Israel davon abzuhalten, seine Angriffe auf das iranische Konsulat in Damaskus fortzusetzen. Damit machte das iranische Regime deutlich, dass es einen regionalen Krieg mit Israel und vor allem eine direkte Konfrontation mit den USA vermeiden wollte. Es ging ihm also primär darum, den Schaden für sich und sein Netzwerk aus regionalen Verbündeten gering zu halten.

Am 1. Oktober griff Teheran mit fast 200 Raketen Israel erneut an, um die Morde an Hassan Nasrallah im Libanon und an Ismail Hanija, dem Anführer der Hamas, in Teheran zu „rächen“. Zweifellos nahm der Iran mit diesem Angriff eine weitere Eskalation in Kauf, wobei es ihm auch diesmal in erster Linie darum ging, seine Glaubwürdigkeit bei seinen libanesischen Verbündeten und den Anhängern der Hisbollah nicht zu verlieren. Auch dieser Angriff war begrenzt und darauf angelegt, die Gefahr einer Konfrontation mit Israel und den USA auf ein Minimum zu reduzieren.

Diese Abschreckung war so wenig überzeugend, dass Israel am 26. Oktober drei neue Angriffswellen gegen iranische Luftabwehrsysteme im Umkreis von Energieanlagen und Raketenfertigungsanlagen startete. Tel Aviv hatte ursprünglich sogar vor, iranische Atom- und Ölanlagen zu bombardieren, wurde aber von den USA zurückgehalten. Desgleichen weigerten sich mehrere arabische Länder, mit denen Israel direkte oder indirekte Beziehungen unterhält, israelische Bomber und Raketen über ihr Territorium fliegen zu lassen. Dennoch zeigten diese Angriffe einmal mehr die Verwundbarkeit des Irans.

Aufgrund ihrer Schwäche und ihrer abwartenden Haltung zu Israels völkermörderischem Krieg machten sich die regionalen Verbündeten des Irans ähnlich an-

greifbar. Daher waren auch die Vorstöße der Hisbollah im Norden Israels begrenzt und weitgehend symbolisch. Aber dann überraschte Israel seine Gegner mit einem brutalen staatsterroristischen Anschlag: Es brachte sogenannte Pager [Geräte, die von den Kadern der Hisbollah zur Kommunikation benutzt werden, Anm. d. Red.] gezielt zur Explosion und tötete dabei unzählige Zivilisten. Danach entfesselte es einen gnadenlosen Krieg im Südlibanon, der die militärische Schlagkraft der Hisbollah dezimierte, ihre Anhänger unter der schiitischen Bevölkerung kollektiv bestrafte und schließlich die Hisbollah erheblich schwächte.

Zudem verlor der Iran seinen wichtigsten Verbündeten, das Assad-Regime in Syrien, nachdem bewaffnete Kräfte das Regime nahezu kampflos gestürzt hatten. Assad war übrigens nie ein Partner im palästinensischen Befreiungskampf. Unter seinem Regime wurde der Frieden an den Grenzen zu Israel aufrechterhalten, und im Zuge seiner konterrevolutionären Offensive in Syrien wurden Palästinenser im Flüchtlingslager Jarmuk [einem Stadtteil von Damaskus, Anm. d. Red.] und anderswo angegriffen. Kein Wunder, dass eine Mehrheit der Palästinenser den Sturz des syrischen Regimes begrüßte.

Mit Assads Sturz hat der Iran seinen syrischen Stützpunkt für logistische Koordination sowie für die Produktion und Lieferung von Waffen verloren, was insbesondere die Hisbollah zu spüren bekam. Das alles hat Teheran sowohl intern als auch auf regionaler Ebene erheblich geschwächt. Folglich hat der Iran ein Interesse daran, Syrien nach dem Sturz des Assad-Regimes zu destabilisieren, indem er über seine verbliebenen Netzwerke ethnische Spannungen im Land schürt. Ein stabiles Syrien, das unter Umständen sogar mit den regionalen Rivalen des Irans ein Bündnis eingehen könnte, liegt nicht in seinem Interesse.

Der einzige Bündnispartner des Irans, der einigermaßen verschont blieb, sind die Huthis im Jemen. Vor dem Waffenstillstand bombardierte Israel wiederholt die Streitkräfte der Huthis, um die iranische Achse zu schwächen. Im Dezember 2024 verstärkte Tel Aviv seine Angriffe auf die von den Huthis kontrollierten Häfen von Hodeidah, As-Salif und Ras Isa, um ihnen ihre von Hafensteuern, Zöllen und Öllieferungen abhängige wirtschaftliche Basis zu entziehen, ihre militärische Schlagkraft zu schwächen und Waffenlieferungen aus dem Iran zu behindern.

Es war Israel auch wichtig, die Angriffe der Huthis auf Handelsschiffe zu minimieren. Die Huthis hatten regelmäßig die Schifffahrt in der Meerenge von Bab el-Mandeb zwischen dem Roten Meer und dem Golf von Aden,

durch die bis zu 15 % des Weltseehandels verlaufen, behindert, um die Hamas und die Palästinenser zu unterstützen.

Das hatte unmittelbar zur Folge, dass Ägypten beträchtliche Einnahmen entgingen, da die internationale Schifffahrt vom Suezkanal auf andere Routen umgeleitet wurde. Desgleichen wurde der Hafen Eilat im Süden Israels lahmgelegt. Die USA, Großbritannien und Israel reagierten auf diese Bedrohung des globalen Kapitalismus mit Raketen- und Bombenangriffen auf Ziele der Huthis.

Obwohl der Iran geschworen hatte, sich an Israel zu rächen, hielt er sich auch diesmal zurück, um einem direkten Krieg mit Israel und den USA aus dem Weg zu gehen. Das unterstreicht einmal mehr, dass die Befreiung der Palästinenser nicht im geopolitischen Interesse des Irans liegt, sondern dass er sie – vor allem in seinen Beziehungen zu den USA – bloß als Mittel zum Zweck benutzt.

Die halbherzige Reaktion des Irans auf Israels Krieg gegen den Libanon und auf die Ermordung führender politischer und militärischer Köpfe der Hisbollah durch Israel hat weiters gezeigt, dass es dem Iran vorrangig um die Wahrung seiner geopolitischen Interessen und um den Fortbestand des eigenen Regimes geht. Dazu gehört auch eine Art Modus Vivendi mit den USA. Daher streben Präsident Massoud Peseschkian und der Oberste Führer Ali Khamenei eine Vereinbarung mit Washington an, um eine Aufhebung der drückenden Wirtschaftssanktionen zu erreichen und die Beziehungen zu den USA zu normalisieren.

Der Iran, Russland und das Streben nach Multipolarität

Aufgrund seiner geschwächten Position und in der Hoffnung, sein Regime zu erhalten, wurde der Iran immer enger in die Arme Russlands getrieben. Erst kürzlich unterzeichnete er ein 20-jähriges „Umfassendes strategisches Partnerschaftsabkommen“ mit Moskau, das eine Zusammenarbeit im Handel, bei militärischen Projekten und in den Bereichen Wissenschaft, Bildung, Kultur usw. vorsieht. Das Abkommen enthält zudem eine Klausel, die beide Partner dazu verpflichtet, weder Operationen, die die Sicherheit des anderen bedrohen würden, auf dem eigenen Hoheitsgebiet zuzulassen noch allfälligen Angriffen auf das jeweils andere Land Hilfe zu leisten.

Weiters enthält das Abkommen Passagen zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Ukraine, zur Umgehung westlicher Sanktionen und zur Zusammenarbeit auf dem Nord-Süd-Korridor, der Moskauer Initiative zur Förderung des Handels zwischen Russland und Asien. Bereits vor dem Abkommen hatte der Iran Drohnen an Russland

für dessen Angriffskrieg in der Ukraine verkauft, während Russland dem Iran technologisch hoch entwickelte SU-35-Kampfflugzeuge zur Verfügung stellte.

Zweifellos haben der Sturz Assads und Trumps Rückkehr als Präsident der USA den Abschluss dieses Abkommens beschleunigt, aber im Grunde war es die logische Konsequenz aus den zunehmenden Schwierigkeiten beider Länder im Lauf der letzten Jahre. Teheran hatte einen herben Rückschlag im Nahen Osten erlitten, während Moskaus geopolitische Position durch seine Unfähigkeit, im imperialistischen Krieg gegen die Ukraine einen endgültigen Sieg zu erringen, erheblich geschwächt wurde. Und beide Staaten leiden unter den Folgen beispielloser westlicher Sanktionen.

Nun suchen sie verzweifelt nach einem Ausweg aus ihrer misslichen Lage. Das Partnerschaftsabkommen ist Teil dieser Bestrebungen. Es soll „in einem objektiven Prozess zur Schaffung einer neuen, gerechten und nachhaltigen multipolaren Weltordnung“ beitragen. Die beharrliche Verwendung des Begriffs „Multipolarität“ ist ein Eckpfeiler der geopolitischen Strategie von Russland, China und dem Iran zur Rechtfertigung ihres eigenen kapitalistischen Wirtschaftsmodells, ihrer imperialistischen oder subimperialistischen Politik und ihrer reaktionären Sozialprogramme.

Leider haben einige linke Wortführer und Strömungen diese Rhetorik übernommen, um die Vision eines multipolaren Systems als Gegenentwurf zu einer in ihren Augen von den USA dominierten unipolaren Welt zu propagieren. Aber de facto handelt es sich beim Auftauchen neuer Großmächte und regionaler Akteure in einer multipolaren Welt kapitalistischer Staaten nicht um eine Alternative zur Unipolarität, sondern um ein neues und – offen gestanden – noch gefährlicheres Entwicklungsstadium des globalen Imperialismus. Während Washingtons konkurrenzlose Dominanz ein Horror war, trägt der sich zuspitzende Konflikt zwischen den imperialistischen Mächten (USA, China, Russland) und verschiedenen regionalen Kräften wie dem Iran das Risiko eines globalen Kriegs in sich. Es sei daran erinnert, dass die vorerst letzte multipolare Weltordnung einen Wettstreit rivalisierender imperialistischer Staaten um die Hegemonie über den globalen Kapitalismus und zwei Weltkriege ausgelöst hat.

Großmächte wie China und Russland, die von Multipolarität schwärmen, können weder dem globalen Süden noch den arbeitenden Klassen und den unterdrückten Völkern auf der ganzen Welt eine Alternative anbieten. Ihre kapitalistische Wirtschaftspolitik reproduziert überholte

Muster der Unterentwicklung, verhindert die Industrialisierung von Entwicklungsländern, legt sie auf die Produktion von Rohstoffen fest, die vorwiegend für den Export nach China bestimmt sind, und zwingt sie im Gegenzug, chinesische Fertigprodukte zu kaufen. Während die herrschenden Klassen in den Entwicklungsländern von diesem Modell durchaus profitieren können, leidet die Masse der Bevölkerung unter prekären Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung.

“**Unsere Solidarität gehört nicht dem einen oder anderen Lager kapitalistischer Staaten, sondern den arbeitenden und unterdrückten Massen.**“

Im Allgemeinen stellen die Länder der sogenannten BRICS-Allianz (Russland, China, Brasilien, Indien, Südafrika und andere) die Hegemonie des globalen Nordens über Institutionen wie den IWF und die Weltbank und deren neoliberale Spielregeln nicht in Frage. Sie möchten lediglich den aus ihrer Sicht rechtmäßigen Platz am Tisch des globalen Kapitalismus einnehmen.

Nicht einmal die Erweiterung der BRICS um neue Staaten lässt sich als Alternative [zur unipolaren Weltordnung, Anm. d. Red.] interpretieren. Im Januar 2024 wurden Argentinien, Ägypten, Äthiopien, der Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate als neue Mitglieder aufgenommen. Aber niemand, der einigermaßen bei Verstand ist, würde etwa Argentinien unter Javier Milei (einem Anhänger Donald Trumps und der verwirrten Autorin Ayn Rand) zutrauen, eine Lösung für die arbeitende und unterdrückte Bevölkerung des globalen Südens zu haben. Anstatt die kapitalistische Weltwirtschaft in Frage zu stellen, konkurrieren die BRICS-Staaten im Rahmen des Systems um ihren Anteil am Kuchen.

Daher wäre es ein verhängnisvoller Fehler für die Linke, gleich welcher Schattierung, sich mit dem einem Lager kapitalistisch-imperialistischer Staaten gegen das andere zu verbünden. Damit wäre dem Antiimperialismus nicht gedient, ganz zu schweigen von den arbeitenden und unterdrückten Menschen, die – in welchem Staat auch immer – für ihre Rechte eintreten. Eine linke

Politik sollte sich nicht an der vermeintlichen Alternative zwischen Unipolarität und Multipolarität orientieren. Vielmehr müssen wir uns in jedem einzelnen Fall an die Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten stellen und ihnen im Kampf gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker beistehen.

Wenn Vertreter der Linken den Drang von Russland, China und dem Iran nach einer multipolaren Weltordnung kritiklos akzeptieren, verbünden sie sich mit den herrschenden Klassen und autoritären Regimes kapitalistischer Staaten und fallen den Kämpfen der arbeitenden Klassen in diesen Ländern in den Rücken. Andererseits bedeutet die Solidarität mit diesen Kämpfen keineswegs eine Parteinahme für den US-amerikanischen Imperialismus und seine Verbündeten. Unsere Solidarität gehört nicht dem einen oder anderen Lager kapitalistischer Staaten, sondern den arbeitenden und unterdrückten Massen. Zweifellos wird jedes Lager versuchen, Volkserhebungen im anderen Lager zu seinem eigenen Vorteil zu nutzen. Aber dieses Risiko darf nicht als Vorwand dienen, auf die Solidarität mit berechtigten Befreiungskämpfen zu verzichten.

Sollte eine internationalistische Politik – das Markenzeichen der Linken – auch heute noch von Relevanz sein, muss die Solidarität mit den arbeitenden Klassen in allen Ländern, unabhängig vom jeweiligen Lager, absolute Priorität haben. Nur Protestbewegungen von unten können einer repressiven und autoritären Politik trotzen und sie letztlich ersetzen. Das gilt für die USA ebenso wie für China und für jedes andere Land.

Wenn sich gewisse Regimes durch die berechtigten Protestbewegungen in ihrer Souveränität bedroht fühlen und ihnen zynischerweise unterstellen, vom Ausland gelenkt zu sein, müssen wir widersprechen, denn eine solche Position ist typisch für einen Rechtsnationalismus, aber hat mit sozialistischem Internationalismus nichts zu tun.

Gegen Imperialismus und Subimperialismus, für eine Emanzipation von unten

Ein internationalistischer Ansatz ist unerlässlich, gerade angesichts der Neuordnung der regionalen Kräfteverhältnisse im Nahen Osten und der Rückkehr von Trump an die Macht. Der Iran und seine Achse haben einen dramatischen Rückschlag erlitten, während die USA, Israel und ihre Verbündeten aus den Auseinandersetzungen gestärkt hervorgehen. Was künftige Verhandlungen mit Trump betrifft, befindet sich der Iran also in einer ungünstigen Position, zumal es mit seiner Wirtschaft unter dem Druck

von Sanktionen und infolge seiner eigenen kapitalistischen Krise weiter bergab geht.

Angesichts dieses Problems wird Teheran seine regionale Strategie wahrscheinlich überdenken. Es könnte zum Schluss kommen, dass es am besten wäre, verstärkt auf Atomwaffen zu setzen, um sein Abschreckungspotenzial zu erhöhen und seine Position in künftigen Verhandlungen mit den USA zu verbessern.

Die Linke, insbesondere in den USA und in Europa, muss jeder weiteren Aggression Israels und der Vereinigten Staaten gegen den Iran oder andere regionale Akteure eine Absage erteilen. Auch ein Wirtschaftskrieg gegen den Iran ist zu verurteilen, da Sanktionen die arbeitende Bevölkerung des Landes unverhältnismäßig stark treffen würden. Keine linke Strömung sollte sich auf die Seite der USA und ihrer westlichen Verbündeten schlagen, die nach wie vor der größte Gegner eines weltweiten sozialen Fortschritts sind.

Gleichzeitig dürfen wir uns nicht von der Logik „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ täuschen lassen und Washingtons größten imperialistischen Rivalen, nämlich China, oder andere gegnerische Staaten der USA, etwa Russland, unterstützen. Deren unersättliche imperialistische Ambitionen stehen den USA um nichts nach, wie sich an Pekings Vorgehen in Xinjiang und Hongkong sowie an Moskaus verheerender Bilanz in Syrien und in der Ukraine ablesen lässt. Und niemand, der sich als links versteht, sollte das autoritäre, neoliberale, patriarchalische Regime des Irans und seine reaktionäre und repressive Politik gegen die eigene Bevölkerung und die Menschen in anderen Ländern, etwa in Syrien, gutheißen.

Die Islamische Republik Iran ist ein Feind der arbeitenden Klassen im eigenen Land wie in der ganzen Region und weit davon entfernt, sich für emanzipatorische Bestrebungen einzusetzen. Das gilt auch für die iranischen Verbündeten in der Region, wie die Hisbollah, die in ihren jeweiligen Ländern allesamt eine konterrevolutionäre Rolle spielen.

Israels völkermörderischer Krieg in Gaza hat deutlich gemacht, dass weder der Iran noch eine andere Kraft der sogenannten „Achse des Widerstands“ ein ehrliches Interesse an der Befreiung Palästinas hat. Gerade für den Iran war die palästinensische Frage bloß ein Vorwand für die Verfolgung seiner eigenen Ziele in der Region.

Vermutlich wird der US-amerikanische Imperialismus in der aktuellen Situation kurzfristig von der Schwächung des Irans und seines regionalen Netzwerks profitieren. Gleichzeitig fehlt es an echten Lösungen für die Krise

des Kapitalismus in der Region: Die soziale Ungleichheit nimmt zu, und das Elend der arbeitenden Bevölkerung und der einfachen Leute wird von Tag zu Tag unerträglicher. Damit sind brandgefährliche Auseinandersetzungen wie in den letzten anderthalb Jahrzehnten praktisch unvermeidlich. Während wir also den US-amerikanischen Imperialismus und die imperialistischen Bestrebungen anderer Mächte, auch diverser regionaler Akteure, verurteilen, solidarisieren wir uns mit den sozialen Bewegungen in der Region, damit sie ihren demokratischen Handlungsspielraum und ihre Fähigkeit, sich selbst zu organisieren, erweitern und eine Gegenmacht zu ihren eigenen herrschenden Klassen und deren imperialistischen Hintermännern aufbauen können.

Wie lässt sich Palästina befreien?

Nur durch die Mobilisierung der Massen besteht Aussicht auf eine schrittweise demokratische Umgestaltung der bestehenden regionalen Ordnung. Im Fall von Palästina ist das auch der Eckpfeiler einer alternativen Strategie zur gescheiterten iranischen Achse.

Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass Israel bei der Verteidigung seiner Kolonialherrschaft nicht nur auf die USA, seinen wichtigsten imperialistischen Verbündeten, angewiesen ist, sondern auch auf die umliegenden Staaten, die allesamt entweder ihre Beziehungen zu Israel normalisiert, De-facto-Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung geschlossen oder bestenfalls einen von Eigeninteressen geleiteten, halbherzigen und wenig glaubwürdigen Widerstand geleistet haben.

Washingtons Rivalen, China und Russland, haben sich ebenfalls als unzuverlässig erwiesen. Sie investieren in Israel, üben lediglich symbolische Kritik und haben der vom US-amerikanischen Imperialismus favorisierten, aber nie realisierten Zwei-Staaten-Lösung nichts entgegenzusetzen. Sollte diese Scheinlösung jemals angenommen werden, würde sie allenfalls die israelische Eroberungs- und Apartheidpolitik legitimieren. Daher können sich die Palästinenser weder auf die Nachbarstaaten noch auf eine imperialistische Macht als ernsthafte Verbündete verlassen.

Andererseits können sie sich auch nicht ohne Hilfe von außen befreien. Israel ist als wirtschaftliche und militärische Großmacht den Palästinensern weit überlegen. Und im Gegensatz zum Apartheidregime in Südafrika, das auf der Ausbeutung von schwarzen Arbeitskräften beruhte, ist Israel nicht auf palästinensische Arbeitskräfte angewiesen, die in seinem Prozess der Kapitalakkumulation nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Israels koloniales Siedlungsprojekt war von Beginn an darauf angelegt, palästinensische durch jüdische Arbeitskräfte zu ersetzen. Somit sind die palästinensischen Werktätigen – anders als die schwarzen Arbeiter in Südafrika – allein nicht in der Lage, das israelische Apartheidregime zu stürzen.

Wer sind also die logischen und zuverlässigen Verbündeten im palästinensischen Befreiungskampf? Es ist die einfache Bevölkerung in der Region. Angesichts ihrer ei-

“ Als sich die Palästinenser erhoben, entfesselten ihre Kämpfe regionale Aufstände, die wiederum den Kampf im besetzten Palästina beflügelten.“

genen Erfahrungen mit kolonialer Herrschaft identifiziert sich eine überwältigende Mehrheit mit den Anliegen der Palästinenser. Zudem haben die ethnischen Säuberungen palästinensische Flüchtlinge in alle umliegenden Staaten zerstreut, was den Zusammenhalt zwischen den Menschen in der Region gestärkt hat. Und generell stehen die Massen im Nahen Osten und in Nordafrika ihren eigenen Regierungen, die mit Israel kollaborieren oder nur zögerlichen Widerstand leisten, ablehnend gegenüber.

Die Masse der Bevölkerung in der Region leidet samt und sonders unter repressiven Regimes und hat ein gemeinsames Interesse, diese loszuwerden. Es liegt in ihren Händen, die regionalen Volkswirtschaften, einschließlich der Ölindustrie, lahmzulegen und die gesamte Weltwirtschaft empfindlich zu treffen. Das verleiht der Solidarität einen enormen Auftrieb und könnte die Menschen in die Lage versetzen, sich von ihren jeweiligen Herrschern zu befreien. Das ist mehr als eine theoretische Denkmöglichkeit.

Die dialektische Beziehung zwischen der palästinensischen Befreiungsbewegung und den Volksaufständen in anderen Ländern der Region war im letzten Jahrhundert durchgängig zu beobachten. Als sich die Palästinenser erhoben, entfesselten ihre Kämpfe regionale Aufstände, die wiederum den Kampf im besetzten Palästina beflügelten. Das Potenzial einer solchen regionalen Strategie wurde mehrfach unter Beweis gestellt. In den 1960er und 1970er

Jahren löste die palästinensische Bewegung eine Zunahme von Klassenkämpfen in der gesamten Region aus, und im Jahr 2000 leitete die Zweite Intifada eine neue Welle des organisierten Widerstands ein, die schließlich 2011 mit den Revolutionen in Tunesien, Syrien und Ägypten ihren Höhepunkt erreichte.

Ermutigt von diesen revolutionären Aufständen demonstrierten Zehntausende Flüchtlinge im Mai 2011 an Grenzzonen im Libanon, in Syrien, in Jordanien, im Westjordanland und im Gazastreifen, um der Nakba zu gedenken und das Recht auf Rückkehr zu fordern. Hunderte in Syrien lebende palästinensische Flüchtlinge konnten die Barrieren auf den Golanhöhen durchbrechen und Palästina betreten, wobei sie palästinensische Flaggen und Schlüssel zu ihren Häusern [in den von Israel besetzten Gebieten, Anm. d. Red.] schwenkten. Wenig überraschend gingen die israelischen Streitkräfte mit äußerster Brutalität gegen diese Proteste vor, wobei zehn Menschen in der Nähe der syrischen Grenze, zehn weitere im Südlibanon und einer in Gaza getötet wurden.

Im Sommer 2019 organisierten Palästinenser in den libanesischen Flüchtlingslagern wochenlang Massendemonstrationen gegen die Entscheidung des Arbeitsministeriums, sie als Ausländer zu behandeln, was in ihren Augen nichts anderes als ein Akt rassistischer Diskriminierung war. Diese Proteste trugen nicht unwesentlich zum Ausbruch des libanesischen Aufstands im Oktober 2019 bei.

All diese Ereignisse zeugen von der enormen Sprengkraft einer revolutionären Regionalstrategie. Der gemeinsame Widerstand ist in der Lage, den gesamten Nahen Osten und Nordafrika zu verändern, Regimes zu stürzen, imperialistische Mächte zu vertreiben und Israel zu schwächen. Der rechtsextreme [israelische, Anm. d. Red.] Minister Avigdor Lieberman erkannte die Gefahr der regionalen Massenaufstände für Israel, als er im Jahr 2011 einräumte, dass die ägyptische Revolution, die Hosni Mubarak stürzte und das Tor zu einer Periode demokratischer Öffnung im Land auftrat, eine größere Bedrohung für Israel darstellt als der Iran.

Die revolutionäre Regionalstrategie muss in den kapitalistischen Metropolen durch die Solidarität der arbeitenden Klassen gegen ihre eigenen imperialistischen Herrscher ergänzt werden. Das ist kein Akt der Nächstenliebe, sondern liegt im ureigensten Interesse der Menschen, deren Steuergelder von dringend benötigten Sozial- und Wirtschaftsprogrammen nach Israel umgeleitet werden und deren Leben in imperialistischen Kriegen und bewaffneten Interventionen zur Unterstützung Israels

und zur Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung in der Region immer wieder aufs Spiel gesetzt wird.

Aber Solidarität entsteht nicht von selbst; die Linke muss sich politisch darum kümmern und in der Praxis dafür agitieren. Aktuell ist es die wichtigste Aufgabe der Linken, Gewerkschaften sowie fortschrittliche Gruppen und Bewegungen für die Kampagne für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) gegen Israel zu gewinnen, um die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung des Imperialismus für Tel Aviv zu beenden. Die antiimperialistische Solidarität könnte die imperialistischen Mächte, Israel und alle anderen despotischen Regimes in der Region schwächen und Spielräume für einen massiven Widerstand von unten eröffnen.

Die einzige Alternative zur gescheiterten „Widerstandssache“ des Irans liegt also in einer revolutionären Strategie auf regionaler und internationaler Ebene. Es gilt, eine echte Achse des Widerstands von unten aufzubauen: mit den Massen in Palästina und in der Region, unterstützt von den Menschen in den kapitalistischen Zentren, die ihre antiimperialistische Solidarität in sozialen Bewegungen und Arbeitskämpfen zum Ausdruck bringen. Nur mit einer solchen Strategie lässt sich eine Gegenmacht aufbauen, um Palästina, die Region und unsere Welt aus den Klauen des Imperialismus und des ihm zugrunde liegenden kapitalistischen Weltsystems zu befreien.

Aus: <https://europe-solidaire.org/spip.php?article73852>

Übersetzung: E. F.



Faschismusanalysen bei ISP



Enzo Traverso

Die neuen Gesichter des Faschismus

Postfaschismus, Identitätspolitik, Antisemitismus und Islamophobie

136 Seiten , 14,80 Euro
2019

ISBN 978-3-89900-153-2



Enzo Traverso

Nach Auschwitz

Die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermords

220 Seiten , 15,00 Euro

2000

ISBN 978-3-929008-22-7



Wolfgang Alles

Für Einheitsfront gegen Faschismus

Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930

1930
Wissenschaft & Forschung 1
erweiterte und aktualisierte
Neuausgabe

305 Seiten , 29,80 Euro
2022

ISBN 978-3-89900-001-6

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de



ISRAELS POLITIK DER ETHNISCHEN SÄUBERUNG ..

... hat mit dem aktuellen Gazakrieg einen neuen Höhepunkt erreicht. Was sich insgesamt im Gazastreifen und im Westjordanland abspielt, stellt alles in den Schatten, was die Palästinenser:innen bisher schon erleiden mussten.

Ein Dossier mit 5 Beiträgen

Die ethnische
Säuberung des
Westjordanlands
SEITE 35

Das letzte Kapitel
des Völkermor-
des
SEITE 38

Für einen säku-
laren, demo-
kratischen und
revolutionären
Staat im histori-
schen Palästina
SEITE 40

Israels „Hüterin
der Demokratie
SEITE 42

Ein imperialis-
tischer Angriff
auf den gesam-
ten Nahen
Osten
SEITE 45

DIE ETHNISCHE SÄUBERUNG DES WESTJORDAN- LANDS

Israels ethnische Säuberungsaktion im Westjordanland wird von der internationalen Gemeinschaft akzeptiert, weil sie bereits den Völkermord im Gazastreifen und die Zwangsvertreibungen der Palästinenser:innen seit 1948 hingenommen hat. Aber es gibt Hoffnung, dass eine neue Welt entsteht. **Qassam Muaddi**

Als die israelischen Kampfflugzeuge Anfang dieser Woche ihre Flächenbombardements im Gazastreifen wieder aufnahmen, weitete Israel auch seine Offensive im Westjordanland aus und traf diesmal das Flüchtlingslager al-Ain westlich von Nablus. Israelische Streitkräfte drangen in den frühen Morgenstunden in das Lager ein, als eine verdeckte israelische Einheit das Feuer auf ein Fahrzeug eröffnete, dessen Fahrer Odai Qatouni tötete und seine Leiche beschlagnahmte.

Die israelischen Streitkräfte besetzten mehrere Häuser, nutzten sie 14 Stunden lang als militärische Stellungen und zwangen dadurch 10 palästinensische Familien, ihre Häuser zu verlassen. Amir Said, 32, ein Bewohner des Lagers al-Ain, sagte der palästinensischen Tageszeitung *al-Ayyam*, israelische Soldaten seien in das dreistöckige Gebäude eingedrungen, in dem er lebt, und hätten alle zwanzig Bewohner gezwungen, es zu verlassen. Laut Said ließen die israelischen Soldaten ihm, seiner Familie und seinen Nachbarn keine Zeit, ihre Habseligkeiten mitzunehmen.

Der Direktor des Palästinensischen Roten Halbmonds in Nablus, Amid Ahmad, sagte, seine Mitarbeiter:innen hätten mehrere kranke Palästinenser evakuiert, darunter mehrere Dialysepatient:innen und ein Neugeborenes, die während der Razzia in der Moschee des Lagers Schutz gesucht hätten. Schließlich zogen sich die israelischen Streitkräfte aus al-Ain zurück, nachdem sie dreißig Palästinenser:innen festgenommen und Flugblätter

abgeworfen hatten, in denen den Bewohnern das gleiche Schicksal wie in den Flüchtlingslagern von Dschenin und Tulkarem angedroht wurde, falls sie militante Palästinenser in dem Lager operieren „lassen“. Nach Berichten palästinensischer Medien kehrten die vertriebenen Familien nach dem Rückzug der israelischen Armee in ihre Häuser zurück. Im Gegensatz zu Dschenin und Tulkarem gibt es im Flüchtlingslager al-Ain keine bekannte palästinensische Widerstandsgruppe wie die Dschenin-Brigade oder die Tulkarem-Brigade.

In Dschenin veröffentlichte die israelische Armee unterdessen eine Karte, auf der bis zu 100 Häuser im Flüchtlingslager verzeichnet waren, die abgerissen werden sollten. Die vertriebenen Palästinenser begannen, über das Volkshilfekomitee des Lagers Dschenin Anträge an die israelische Armee zu stellen, um ein letztes Mal in ihre Häuser zurückkehren zu dürfen und so viel wie möglich von ihrem Hab und Gut zu retten. Etwa 95 % der Bewohner wurden aus dem Lager vertrieben. Nach Angaben der Bezirksverwaltung Dschenin sind rund 18 000 Palästinenser aus dem Lager in verschiedenen Unterkünften und Privatwohnungen in der Stadt Dschenin untergebracht.

Noch vor drei Monaten, als Israel die letzten Details des Waffenstillstandsabkommens in Gaza verhandelte, konnte niemand ahnen, dass bald 40 000 Palästinenser:innen ohne Aussicht auf Rückkehr aus ihren Häusern im Westjordanland vertrieben werden würden. Noch weniger erwartet wurde die andauernde Ausweitung der israelischen Offensive auf immer neue Gebiete des Westjordanlands, verbunden mit der Drohung, die gesamte Region zu okkupieren. Was jedoch am meisten überraschte, war die Tatsache, dass es kaum oder gar keine Reaktionen geben würde – weder auf lokaler noch auf regionaler oder internationaler Ebene.

Als US-Präsident Donald Trump erklärte, die USA wollten den Gazastreifen „besitzen“, die Bevölkerung vertreiben und auf den zerstörten Häusern eine „Riviera des Nahen Ostens“ errichten, war der Aufschrei groß. Die arabischen Staaten, in die die Bewohner des Gazastreifens nach Trumps Plänen abgeschoben werden sollen, lehnten den Vorschlag rundweg ab. Ebenso die europäischen Staaten, darunter auch Deutschland, die während des 15-monatigen Völkermords Israels Vorgehen stets unterstützt hatten.

Doch als Israel begann, im Westjordanland genau dasselbe zu tun, war und ist die Reaktion erschreckend bescheiden. Der Effekt ist, dass man sich an die israelische Gewalt gegen Palästinenser im Westjordanland so sehr gewöhnt hat, dass sie nun als normal empfunden wird.

Aber diese Gewöhnung an eine ethnische Säuberungsaktion, die einem Drehbuch aus dem 18. Jahrhundert entnommen wurde, ist durchaus erklärbar – und zwar aus den folgenden Gründen:

I. Die Welt hat die anhaltende Nakba bereits akzeptiert

Die Welt hat sich an den andauernden Zustand der Vertreibung, den das palästinensische Volk seit 1948 erlebt, bereits gewöhnt – andauernd deshalb, weil den Palästinensern, die vor 76 Jahren aus ihren Häusern vertrieben wurden, die Rückkehr nach wie vor verwehrt wird, und zwar bloß, weil sie nicht in Israels Schema ethnischer Überlegenheit passen. Dennoch hat die Welt sich mit dieser Tatsache abgefunden und akzeptiert sie als Ausnahme von der globalen Nachkriegsordnung, die angeblich auf den Menschenrechten und dem Völkerrecht beruht. Daher war kaum zu erwarten, dass eben diese Welt im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gegen ethnische Säuberungen aufsteht.

II. Die Welt hat die ethnische Säuberung im Zeitlupentempo bereits akzeptiert

Die ethnischen Säuberungen im Westjordanland sind nicht über Nacht neu ausgebrochen, sondern es handelt sich lediglich um eine Intensivierung des Prozesses, der seit 1967 andauert. Das allererste, was Israel nach der Besetzung Ost-Jeruselems in jenem Jahr tat, war, allen Palästinensern im Ostteil der Stadt und vor der Ankunft der ersten israelischen Siedler den Status „ständiger Einwohner“ zu geben. Mit einem Federstrich machte Israel unter einer „linken“ Arbeitsregierung Tausende von Familien, die seit Jahrhunderten in Jerusalem gelebt hatten, zu Ausländern nach israelischem Recht. In den 57 Jahren der Besetzung entzog Israel 14 000 Jerusalemern das Aufenthaltsrecht und schnitt sie und ihre Nachkommen damit von der Gegenwart und Zukunft Jeruselems ab.

Im Jahr 1979 traf der damalige israelische Landwirtschaftsminister Ariel Scharon mit dem Siedlungsausschuss der Zionistischen Weltorganisation zusammen. Laut den geheimen Sitzungsprotokollen, die von *+972 Magazine* 2022 veröffentlicht wurden, erklärte Scharon den Vertretern des Siedlungsausschusses, dass der Zweck der Schaffung von „Schießzonen“ im Westjordanland darin bestehe, „Reservegebiete“ für den Siedlungsausbau zu schaffen. Im darauffolgenden Jahr erklärte Israel die südlichen Hebron-Hügel, einschließlich der palästinensischen Gemeinde Masafer Yatta, zu einer „Schießzone“.

Masafer Yatta war eine von vielen Schießzonen, die Israel in den vergangenen fünf Jahrzehnten im Westjordanland eingerichtet hat, sowie „Naturschutzgebiete“. Alle diese Gebiete wurden im Rahmen des Osloer Abkommens in die Kategorie C aufgenommen, das 62 % des Westjordanlandes umfasst. Die Palästinenser dürfen in diesen Gebieten nicht bauen, keine Dienstleistungen in Anspruch nehmen und genießen keinerlei Autonomie. In diesen Gebieten haben sich auch die Siedlungen ausgebreitet und palästinensisches Land und städtische Gebiete in isolierte Ghettos zerschnitten.

All dies geschah, während die internationale Gemeinschaft untätig zusah. Israel wurde als Demokratie, als Start-up-Nation, als Eurovisionsstar und als Wunderkind der westlichen Moderne inmitten eines zurückgebliebenen Nahen Ostens gefeiert. Die ganze Zeit über führte Israel peu à peu seine ethnischen Säuberungen durch.

III. Völkermord ist die neue Normalität

Die Vertreibung der Palästinenser wurde in Gaza nach dem 7. Oktober bereits zum Normalzustand. Alles, was im Westjordanland geschah, verblasste im Vergleich dazu. Im Dezember 2023 organisierten israelische Siedlergruppen eine Konferenz in Jerusalem, um die Besiedlung des Gazastreifens durch Israelis zu fordern. An der Konferenz nahm Itamar Ben-Gvir teil, Israels Minister für nationale Sicherheit und ein wichtiger Verbündeter von Premierminister Benjamin Netanjahu. Auch hier blieb die internationale Reaktion verhalten.

In den letzten zwei Monaten vor Abschluss des Waffenstillstandsabkommens in Gaza setzte die israelische Armee alles auf einen von pensionierten israelischen Generälen ausgearbeiteten Plan, um den Norden Gazas durch Belagerung, Aushungern, Zerstörung der zivilen Infrastruktur und Bombardierung frei von Palästinensern zu machen. Dies ist der sogenannte „Plan der Generäle“.

Gleichzeitig demonstrierten Siedlergruppen am Grenzzaun zu Gaza und verlangten, das Gebiet betreten und besiedeln zu dürfen. Israel wurde nicht unter Druck gesetzt, den Plan der Generäle zu stoppen, und die Regierung Biden unterstützte Israel uneingeschränkt. Bisher scheiterte der Plan lediglich daran, dass die Palästinenser, die aus dem Norden des Gazastreifens vertrieben worden waren, nach dem Waffenstillstand in einem historischen Marsch zurückkehrten und darauf bestanden, inmitten der Trümmer ihrer zerstörten Häuser zu bleiben. Sie sandten eine spontane und kraftvolle Botschaft an die Welt,

dass nichts an der israelischen Vision der „freiwilligen Auswanderung“ tatsächlich freiwillig ist.

Als der US-Präsident die Massenvertreibung der Palästinenser aus Gaza absegnete, konnte man sich nicht mehr darauf berufen, dass die Vertreibung eine Folge von „Kollateralschäden“ oder ein Nebenprodukt des Krieges sei, wie Israel es noch bei der ethnischen Säuberung von 1948 behauptete. Das Ziel der ethnischen Säuberung wurde offiziell zu einem Ziel der USA und damit des Westens. Die arabischen Staaten, insbesondere Ägypten und Jordanien, wollten nichts mit einem solchen Verbrechen zu tun haben und wussten nur zu gut, dass ein neuer Zustrom palästinensischer Flüchtlinge in ihre Länder diese in einer Weise destabilisieren würde, die sie nicht kontrollieren könnten.

IV. Die PLO hat auf Sand gebaut

Die palästinensische Führung – die PLO und die Palästinensische Autonomiebehörde – setzte ihr ganzes Vertrauen in die internationale Gemeinschaft, das internationale Rechtssystem und den guten Willen des Westens, die Zwei-Staaten-Lösung umzusetzen. Sie hofften, dass die Welt dem israelischen Vorgehen irgendwann einmal eine Grenze setzen würde. Die palästinensischen Führer haben all ihre Druckmittel aufgegeben, um für internationale Geldgeber akzeptabel zu sein, wovon nun ihre gesamte politische Existenz abhängt. Das Einzige, was ihnen jetzt noch bleibt, sind verzweifelte Warnungen, Verurteilungen und Mahnungen an die Gültigkeit von Abkommen, verbunden mit halbherzigen Appellen an die Universalität der Menschenrechtsprinzipien.

Die freie Welt bleibt gleichgültig, aber eine andere Welt ist im Entstehen

Die liberale Ordnung der Nachkriegszeit hat gezeigt, dass sie nicht in der Lage ist, Völkermord und ethnische Säuberungen zu verhindern, vor allem dann nicht, wenn sie vom Westen oder seinen Schützlingen ausgeübt werden. Aber in dem Maße, in dem die Menschen erkennen, wie sehr diese Welt von Gleichgültigkeit regiert wird, entsteht auch eine neue.

Lange Zeit wusste diese Welt nicht Bescheid über das israelische Siedlerprojekt, da die internationale Öffentlichkeit von der Realität abgeschirmt wurde, die dem palästinensischen Volk aufgezwungen wurde. Eine ganze Generation wuchs in dieser Welt nach der Nakba auf, wusste aber nur sehr wenig über sie oder über Palästina. Auch sie war von der universellen Gültigkeit der liberalen Werte überzeugt.

Doch der Völkermord im Gazastreifen hat alles verändert, die Nebel der Verschleierung zerrissen und Israel als Pariastaat entlarvt.

Die meisten der oben beschriebenen Realitäten mögen den Leser:innen heute bekannt sein. Vor zwanzig Jahren waren sie es noch nicht. So unvorstellbar die Massenvertreibung von Dschenin und Tulkarem und Dschabalia und Beit Hanoun vor dem Oktober 2023 war, so beispiellos war auch die Reaktion der Durchschnittsmenschen weltweit. Globale Unkenntnis war einer der Schlüssel für Israels Straffreiheit, und diese Straffreiheit wird nun in Frage gestellt.

Deshalb sind die Reaktionen auf die Palästina-Solidarität so drakonisch und brutal. Von der Ausweisungsverfügung gegen Mahmoud Khalil bis hin zu den Angriffen der US-Bundesbehörden auf die Hochschulen, die bereits vor der Trump-Regierung klein beigegeben.

Aber dies wird nichts nützen, denn wenn das Wissen sich verbreitet hat, kann es nicht mehr eingefangen werden. Die Welt weiß jetzt schon zu viel, und keine repressive Politik kann das ändern. Das bedeutet nicht, dass dies der neuen Welt zum Sieg verhelfen wird, die jedoch unter der Führung von Menschen mit einem Gewissen im Entstehen begriffen ist, aber wir müssen unsere Hoffnung auf sie setzen. Ihnen muss die Zukunft gehören.

Aus *Mondoweiss* vom 21. März 2025

Übersetzung: MiWe



DAS LETZTE KAPITEL DES VÖLKERMORDES

Israel hat die letzte Phase seines Völkermordes eingeleitet. Die Palästinenser:innen werden gezwungen, zwischen Tod oder Deportation zu wählen. Was wir hier erleben, stellt alle historischen Angriffe auf die Palästinenser:innen in den Schatten. **Chris Hedges**

Dies ist das letzte Kapitel des Völkermordes. Es ist die blutige Schlussoffensive, um die Palästinenser aus Gaza zu vertreiben. Kein Essen. Keine Medizin. Keine Unterkunft. Kein sauberes Wasser. Kein Strom. Israel verwandelt den Gazastreifen in Windeseile in ein danteskes Inferno menschlichen Elends, in dem Palästinenser zu Hunderten und bald wieder zu Tausenden und Zehntausenden getötet werden, oder sie werden gewaltsam für Immer vertrieben.

Dieses Schlusskapitel markiert zugleich das Ende der israelischen Lügen. Die Lüge von der Zweistaatenlösung. Die Lüge, dass Israel das Kriegsrecht respektiert, das Zivilisten schützt. Die Lüge, dass Israel Krankenhäuser und Schulen nur deshalb bombardiert, weil sie von der Hamas als Stützpunkt genutzt werden. Die Lüge, dass die Hamas Zivilisten als menschliche Schutzschilde benutzt, während Israel gefangene Palästinenser regelmäßig dazu zwingt, vor den israelischen Truppen in potenziell verminten Tunnel und Gebäude zu gehen. Die Lüge, dass die Hamas oder der palästinensische Islamische Dschihad (PIJ) für die Zerstörung von Krankenhäusern, UN-Gebäuden oder für die massenhaften palästinensischen Opfer verantwortlich sind – wobei der Vorwurf häufig lautet, dass palästinensische Raketen fehlgeleitet wurden. Die Lüge, dass die humanitäre Hilfe für Gaza blockiert wird, weil die Hamas die Lastwagen entführt oder Waffen und Kriegsmaterial einschmuggelt. Die Lüge, dass israelische Babys geköpft wurden oder Palästinenser Massenvergewaltigungen an israelischen Frauen begingen. Die Lüge, dass 75 Prozent der Zehntausende von Opfern in Gaza „Terroristen“ der Hamas waren. Die Lüge, dass die Hamas für den Bruch des Waffenstillstandsabkommens verantwortlich ist, weil sie angeblich aufrüstet und neue Kämpfer rekrutiert.

Israel stellt seine nackte Völkermörderfratze zur Schau. Es hat die Evakuierung des nördlichen Gazastreifens angeordnet, wo verzweifelte Palästinenser:innen inmitten der Trümmer ihrer Häuser kampieren. Was jetzt kommt, ist der massenhafte Tod durch Verhungern – das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) erklärte am 21. März, dass es nur noch Mehlvorräte für sechs Tage hat –, durch Krankheiten, die durch verseuchtes Wasser und verdorbene Lebensmittel verursacht werden, und Dutzende von Toten und Verwundeten jeden Tag unter dem unerbittlichen Beschuss mit Bomben, Raketen, Granaten und Kugeln. Nichts funktioniert mehr, weder Bäckereien, Wasseraufbereitungs- und Kläranlagen, Krankenhäuser – Israel sprengte am 21. März das ohnehin beschädigte türkisch-palästinensische Krankenhaus – noch Schulen, Verteilzentren für Hilfslieferungen oder Ambulanzen. Weniger als die Hälfte der dreiundfünfzig Rettungsfahrzeuge des palästinensischen Roten Halbmonds sind aufgrund des Treibstoffmangels einsatzbereit. Bald wird es gar keine mehr geben.

Israels unmissverständliche Botschaft: Verschwindet aus Gaza oder stirbt!

Seit Dienstag, als Israel den Waffenstillstand mit schweren Bombardements brach, wurden über 700 Palästinenser:innen getötet, darunter 200 Kinder. Allein in den ersten 24 Stunden wurden 400 Palästinenser getötet. Dies ist erst der Anfang. Keine westliche Macht, auch nicht die Vereinigten Staaten, die die Waffen für den Völkermord liefern, hat die Absicht, ihn zu stoppen. Die Bilder aus Gaza während der fast sechzehn Monate andauernden Angriffe waren schrecklich. Aber was jetzt kommt, wird noch schlimmer sein. Es wird mit den grausamsten Kriegsverbrechen des zwanzigsten Jahrhunderts konkurrieren, einschließlich des massenhaften Aushungerns, des Massentods und der Plünderung des Warschauer Ghettos 1943 durch die Nazis.

Der 7. Oktober markiert die Trennlinie zwischen einer israelischen Politik, die für die Entmenschlichung und Unterjochung der Palästinenser steht, und einer Politik, die ihre Ausrottung und Vertreibung aus dem historischen Palästina fordert. Was wir hier erleben, ist das historische Äquivalent zu den Folgen der Vernichtung von etwa 200 Soldaten unter der Führung von George Armstrong Custer im Juni 1876 in der Schlacht am Little Bighorn. Nach dieser demütigenden Niederlage sollten die amerikanischen Ureinwohner getötet und die Überlebenden

in Kriegsgefangenenlager, die später Reservate genannt wurden, gezwungen werden, wo Tausende an Krankheiten starben, von den bewaffneten Besatzern schikaniert wurden und ein elendes und verzweifertes Dasein führten. Erwarten Sie dasselbe für die Palästinenser im Gazastreifen, die, wie ich vermute, in eines der Höllenlöcher der Welt verbannt und vergessen werden.

„Bewohner des Gazastreifens, dies ist eure letzte Warnung“, drohte der israelische Verteidigungsminister Israel Katz: „Der erste Sinwar hat Gaza zerstört und der zweite Sinwar wird es vollständig zerstören. Die Angriffe der Luftwaffe auf die Hamas-Terroristen waren nur der erste Schritt. Es wird noch viel härter werden und Ihr werdet den vollen Preis dafür zahlen. Die Evakuierung der Bevölkerung aus den Kampfgebieten wird bald wieder beginnen... Gebt die Geiseln frei und verjagt die Hamas, und es werden sich andere Möglichkeiten für Euch eröffnen, einschließlich der Ausreise an andere Orte in der Welt für diejenigen, die das wollen. Die Alternative ist die absolute Zerstörung.“

Das Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und der Hamas sollte in drei Phasen umgesetzt werden. In der ersten Phase von 42 Tagen sollten die Feindseligkeiten eingestellt werden. Die Hamas würde 33 israelische Geiseln freilassen, die am 7. Oktober 2023 gefangen genommen worden waren – darunter Frauen, über 50-Jährige und Kranke – und Israel im Gegenzug mehr als 2000 palästinensische Männer, Frauen und Kinder, die von Israel inhaftiert worden waren (bis zum 18. März wurden rund 1900 palästinensische Gefangene von Israel freigelassen). Die Hamas hat insgesamt 147 Geiseln freigelassen, darunter acht tote. Nach israelischen Angaben werden noch 59 Israelis von der Hamas festgehalten, von denen 35 nach israelischer Auffassung nicht mehr am Leben sind.

Die israelische Armee sollte sich am ersten Tag des Waffenstillstands aus den bewohnten Gebieten des Gazastreifens zurückziehen. Am siebten Tag würden die vertriebenen Palästinenser:innen in den nördlichen Gazastreifen zurückkehren dürfen. Israel würde täglich 600 Hilfstransporte mit Lebensmitteln und medizinischen Hilfsgütern nach Gaza passieren lassen.

In der zweiten Phase, die am sechzehnten Tag der Waffenruhe ausgehandelt werden sollte, würden die restlichen israelischen Geiseln freigelassen. Israel würde seinen Rückzug aus dem Gazastreifen abschließen und in einigen Teilen des Philadelphi-Korridors, der sich entlang der acht Meilen langen Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten erstreckt, weiterhin präsent sein. Aber es

würde die Kontrolle über den Grenzübergang Rafah nach Ägypten aufgeben.

In der dritten Phase sollten Verhandlungen über eine dauerhafte Beendigung des Krieges und den Wiederaufbau des Gazastreifens geführt.

Israel unterzeichnet gewöhnlich Abkommen, einschließlich der Abkommen von Camp David und Oslo, die Zeitpläne und Phasen beinhalten. Nachdem es in der ersten Phase bekommen hat, was es will – in diesem Fall die Freilassung der Geiseln – verstößt es anschließend gegen die Folgevereinbarungen. Dieses Muster ist nie durchbrochen worden.

Israel weigerte sich, die zweite Phase des Abkommens einzuhalten. Vor zwei Wochen blockierte es humanitäre Hilfe für den Gazastreifen und verstieß damit gegen die Vereinbarung. Außerdem tötete Israel während der ersten Phase des Waffenstillstands mindestens 137 Palästinenser, darunter neun Menschen am 15. März – davon drei Journalisten – als israelische Drohnen eine Rettungsmannschaft in Beit Lahiya im nördlichen Gazastreifen angriffen.

Israels massive Bombardements und der Beschuss des Gazastreifens wurden am 18. März wieder aufgenommen, während die meisten Palästinenser schliefen oder ihr Sahur vorbereiteten, die Mahlzeit, die während des heiligen Monats Ramadan vor dem Morgengrauen eingenommen wird. Israel wird seine Angriffe auch jetzt nicht einstellen, selbst wenn die verbleibenden Geiseln freigelassen werden – der angebliche Grund für die Wiederaufnahme der Bombardierung und Abriegelung des Gazastreifens.

Das Weiße Haus unter Trump bejubelt das Gemetzel und bezeichnet Kritiker des Völkermords als „Antisemiten“, die zum Schweigen gebracht, kriminalisiert oder deportiert werden sollten, während zugleich Waffen in Milliardenhöhe nach Israel geliefert werden.

Israels völkermörderischer Angriff auf Gaza ist die logische Konsequenz aus seinem Selbstverständnis als kolonialer Siedlerstaat und seiner Apartheidpolitik. Die Annexion des gesamten historischen Palästinas – mit dem Westjordanland, das voraussichtlich bald von Israel annektiert wird – und die Vertreibung aller Palästinenser waren schon immer das Ziel der Zionisten.

Die schlimmsten Exzesse Israels fanden in den Kriegen von 1948 und 1967 statt, als große Teile des historischen Palästina beschlagnahmt, Tausende von Palästinensern getötet und Hunderttausende im Zuge der ethnischen Säuberung vertrieben wurden. Zwischen diesen beiden Kriegen wurden fortgesetzt Landraub, Morde und eth-

nische Säuberungen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, in Zeitlupe verübt.

Dieses abgestufte Vorgehen ist für immer vorbei. Was wir gerade erleben, stellt alle historischen Angriffe gegen die Palästinenser in den Schatten. Israels wahnsinniger völkermörderischer Traum – ein Albtraum für Palästina – steht kurz vor seiner Verwirklichung. Dies wird für immer den Mythos zerstören, dass wir (die USA) oder irgendeine westliche Nation die Rechtsstaatlichkeit respektieren oder als Beschützer der Menschenrechte, der Demokratie und der sogenannten „Tugenden“ der westlichen Zivilisation agieren. Die Barbarei Israels ist unsere eigene. Wir mögen das nicht verstehen, aber der Rest der Welt schon.

Aus *mondoweiss* vom 23.3.2025

Übersetzung: MiWe

FÜR EINEN SÄKULAREN, DEMOKRATISCHEN UND REVOLUTIONÄREN STAAT IM HISTORISCHEN PALÄSTINA

Resolution der Groupe communiste révolutionnaire (GCR-Libanon)* vom Februar 2025

Politische Beobachter sind sich einig, dass der jüngste israelische Krieg gegen den Gazastreifen der grausamste, kriminellste und tödlichste Krieg ist, den die Welt im 21. Jahrhundert erlebt hat. Am Samstag, den 15. Februar gab das Gesundheitsministerium von Gaza bekannt, dass

die Bilanz dieses Krieges in dem verwüsteten Streifen 48 264 Tote und 111 688 Verletzte umfasst, von denen mehr als 40 % Frauen, Kinder und ältere Menschen sind.

Man geht davon aus, dass unter den Trümmern der zerstörten Gebäude – und damit der großen Mehrheit der Gebäude in Gaza – noch weit über 14 000 Opfer liegen. Die tatsächliche Kriegsbilanz könnte die oben genannten Zahlen bei weitem übersteigen, wenn man die Zahl der Leichen unter den Trümmern, die Unmenge von Verletzten, die aufgrund der Zerstörung der Krankenhäuser und Ambulanzen durch die Israelis nicht versorgt wurden, und die rigorose Abriegelung des Gazastreifens mit der Blockade von Hilfslieferungen, besonders Medikamenten und medizinischen Geräten sowie Nahrungsmitteln, berücksichtigt. Dies veranlasste den Internationalen Gerichtshof, die Klage der südafrikanischen Regierung gegen den zionistischen Staat wegen Völkermords anzunehmen, und den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), sowohl den israelischen Premierminister Netanjahu als auch seinen ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Galant wegen Kriegsverbrechen und ethnischer Säuberung anzuklagen.

Die imperialistischen Komplizen

Diese Verbrechen wurden mit dem Segen vieler kapitalistischer Regierungen der Welt, insbesondere im kolonialen Westen, unter intensiver und maßgeblicher Beteiligung der USA auf die schamloseste und zynischste Weise begangen, sei es unter der demokratischen Regierung vor dem 20. Januar 2025 oder unter der derzeitigen republikanischen Regierung Trump. Zuletzt hatte die Trump-Regierung ein Abkommen zu umfassenden Waffenlieferungen mit Israel umgesetzt, das zuvor von Präsident Biden eingefroren worden war und eine große Anzahl von Bomben mit einem Gewicht von jeweils einer Tonne Sprengstoff sowie eine umfangreiche finanzielle Unterstützung in Höhe von angeblich zig Milliarden Dollar umfasste. Hinzu kam ein erneutes Veto im Sicherheitsrat, um die Beendigung eines Krieges zu verhindern, der über ein Jahr und drei Monate dauerte – der längste Krieg, den Israel seit seiner Gründung 1948 geführt hat.

Noch gefährlicher ist, dass Präsident Trump die Umsiedlungspläne für die Gaza-Bewohner:innen nach Ägypten und Jordanien unterstützt hat und damit der Politik der extremen israelischen Rechten zustimmt. Diese lehnt sogar die „Zwei-Staaten-Lösung“ und jegliche Wiederherstellung eines der historischen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes ab, indem sie den Siedlungsbau

im Westjordanland forciert, ganze Städte abreißt und deren Bewohner evakuiert, immer mehr willkürliche Tötungen und Inhaftierungen durchführt und mit der Wiederaufnahme des Vernichtungskriegs in Gaza droht.

Trotz dieser kriminellen Praktiken war bisher unter den arabischen Regimen nicht einmal ein Mindestmaß an Solidarität mit dem palästinensischen Volk zu spüren und keinerlei ernsthafte Kritik an diesen Praktiken und ihren Urhebern, namentlich dem zionistischen Staat, zu vernehmen. Keinerlei ernsthafte Maßnahmen gegen Israel wurden ergriffen, etwa ein Abbruch der Beziehungen, ganz zu schweigen davon, den Ländern, die Israels kriminelles Vorgehen unterstützen, den Öl- und Gashahn zuzudrehen.

Ein Krieg ohne Schranken

Damit zeigt sich erneut die Realität des zionistischen Staates als eines kolonialen Siedlungsstaats, der in erster Linie die Interessen insbesondere des imperialistischen Westens vertritt und im Gegenzug alle Mittel erhält, um zu überleben. Wie immer geht dies auf Kosten eines anderen Volkes, dessen Wurzeln im historischen Palästina Tausende von Jahren zurückreichen.

Es versteht sich, dass dieser Staat, der auf Kolonisierung, Expansion, Vertreibung und der Missachtung aller internationalen Gesetze beruht, der Ansicht ist, dass sein Überleben nur durch Kriege gesichert werden kann. Diese Kriege dauern seit seiner Gründung an und führen zu unzähligen Opfern, Zerstörung, Leid und Elend. Immer kam es dabei zu schändlichen Verletzungen der Menschenwürde, angefangen beim Krieg von 1948, der unter anderem zur Vertreibung der meisten ursprünglichen Bewohner:innen Palästinas führte, über den Krieg von 1956 gegen Ägypten und den Gazastreifen, den Krieg von 1967 gegen Ägypten, Syrien und Jordanien bis hin zur Invasion des Libanon im Jahr 1982 und dem erneuten Krieg im Libanon im Jahr 2006. Ganz zu schweigen von den zahlreichen Kriegen gegen Gaza seit 2008 bis hin zum jetzigen Krieg gegen Gaza und den Libanon und der damit einhergehenden massiven Zerstörung von Dörfern und Städten sowie der Weigerung Israels, die Besatzung zu beenden, sei es in Gaza oder an vielen Orten innerhalb des Südlibanons, zusätzlich zur Besetzung von mehr als 500 Quadratkilometern syrischen Territoriums!

Dazu kommen natürlich die Luftangriffe gegen den Iran und die Kriegsdrohungen gegen ihn unter dem Vorwand, ihn am Erwerb von Atomwaffen zu hindern. Welche Bedrohung davon ausgeht, zeigt sich, wenn man Israels Besitz von über 200 Atomsprengköpfen sowie

anderen Massenvernichtungswaffen und seine durch diese Kriege dokumentierte Bereitschaft zu einem Maximum an Zerstörung und Vernichtung bedenkt – natürlich bloß der „Verteidigung“ halber! Dies weist auf eine reale Gefahr hin, dass Israel bei seinen künftigen kriminellen expansionistischen Bestrebungen und Kriegsfantasien auch Atomwaffen verwenden und die ganze Welt an den Rand einer apokalyptischen Katastrophe bringen könnte!

Für eine Gegenoffensive

Daher bringen wir gemeinsam mit der Vierten Internationale unsere Sorge um das Recht der Völker auf Freiheit, Würde, Gleichheit und Souveränität und das Recht derjenigen, die unter anhaltender Ungerechtigkeit infolge von Zwangsumsiedlungen, Ausrottung und verschiedenen Formen von Unterdrückung und Repression leiden, auf freie Selbstbestimmung zum Ausdruck. Zugleich stellen wir fest, dass die arabischen Regime – die ihrerseits eine extreme Tyrannei und Ausbeutung gegen ihre eigenen Völker praktizieren, sich voller Demut und Willfährigkeit vor den imperialistischen Regierungen und den kapitalistischen Weltkonzernen verneigen und keine Skrupel haben, die Augen vor dem verbrecherischen Vorgehen des zionistischen Aggressors zu verschließen und eilfertige Normalisierungsabkommen mit ihm zu schließen – früher oder später vor ihren Völkern Rechenschaft ablegen müssen. Dies haben die Aufstände der dortigen Bevölkerung in den letzten beiden Jahrzehnten im Namen ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit gezeigt.

Vielleicht werden wir bald wieder solche Aufstände erleben, aber diesmal kombiniert mit dem Kampf um nationale Würde. Wir erinnern uns voller Bewunderung und Stolz der eindeutigen Position der IV. Internationale gegen den Teilungsplan von 1947, die von Großherzigkeit und humanitären Gefühle gegenüber Israel einerseits und der Solidarität mit dem palästinensischen Volk andererseits geprägt war.. Daher rufen wir zu einer engen Zusammenarbeit und Mobilisierung aller einigungsbereiten Kräfte, Organisationen und Einzelpersonen in unseren Ländern und auf der ganzen Welt auf, um gemeinsam für die folgenden Forderungen zu kämpfen:

■ Für eine rasche Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs, den israelischen Krieg gegen Gaza als Völkermord einzustufen.

■ Für eine UN-Resolution im Namen einer „Union für die Erhaltung des Friedens“ verbunden mit den notwendigen Sanktionen gegen den zionistischen Staat, einschließlich des Abbruchs aller diplomatischen oder wirtschaftli-

chen Beziehungen zu ihm auf globaler Ebene, des Entzugs der UN-Anerkennung und der Betrachtung jeglicher Waffenlieferungen an diesen Staat als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

■ Außerdem sollte der Internationale Strafgerichtshof beschließen, alle Minister in Netanjahus Regierung und alle hohen Offiziere seiner Armee, die an der Entscheidung oder Durchführung dieses Krieges beteiligt waren, als Kriegsverbrecher anzusehen, die in jedem Land, durch das sie reisen oder das sie besuchen, strafrechtlich verfolgt werden müssen.

Wir müssen Druck ausüben, damit die UN-Vollversammlung, ebenfalls auf der Grundlage der Resolution „Union für die Erhaltung des Friedens“, die mehrfach insbesondere während des Koreakriegs 1950 und des Suezkriegs 1956 verabschiedet wurde, beschließt, die Atomwaffen, über die der zionistische Staat verfügt, sowie all seine Massenvernichtungswaffen einzuziehen.

Wir fordern, den zionistischen Staat als „Staat für die Juden“ abschaffen und an seiner Stelle einen demokratischen, säkularen und revolutionären Staat errichten, der es allen Palästinenser:innen, die aus ihrer ursprünglichen Heimat vertrieben wurden, ermöglicht, dorthin zurückzukehren, wenn sie dies wünschen. Zugleich sollen sie mit allen derzeitigen Bewohnern des historischen Palästina, seien sie Juden oder Araber, gleiche Rechte auf der Grundlage der vollen Staatsbürgerschaft genießen. „Dies erfordert, dass die Juden im derzeitigen Staat Israel den Zionismus ablehnen und sich an einer arabischen Revolution beteiligen, die eine demokratische, säkulare und sozialistische Dynamik mit sich bringt.“

*Die GCR ist die sympathisierende Organisation der IV. Internationale im Libanon

Übersetzung: MiWe



ISRAELS „HÜTERIN DER DEMOKRATIE“

Natürlich dürfen wir die geplante Absetzung der Generalstaatsanwältin durch Netanjahu nicht einfach hinnehmen. Aber dabei dürfen wir nicht übersehen, dass sie nach ihrem eigenen Eingeständnis Israels Verbrechen gegen die Palästinenser:innen mit Stolz abgesegnet hat. **Orly Noy und Amos Brison**

„Die Generalstaatsanwältin kämpft wie eine Löwin für die ‚jüdische Demokratie‘, aber wenn es um die Beziehungen [des Staates] zu den Arabern geht, verwandelt sie sich in [den Minister für nationale Sicherheit Itamar] Ben Gvir.“ So beschrieb Dr. Hassan Jabarin, Direktor der palästinensischen Bürgerrechtsgruppe Adalah, Gali Baharav-Miara, die Rechtsberaterin der israelischen Regierung, in einem Interview mit *Local Call* im vergangenen Jahr. Jetzt, da die Regierung ihre Entlassung aus dem Amt betreibt, macht Baharav-Miara dieses Argument im Grunde selbst geltend, um ihre Loyalität unter Beweis zu stellen.

Das israelische Kabinett hat am vergangenen Sonntag einstimmig einen Misstrauensantrag gegen die Generalstaatsanwältin angenommen. Dies ist der erste Schritt in einem langwierigen juristischen Verfahren zur Absetzung der Generalstaatsanwältin und vielleicht der bisher gewagteste Schritt in den zweijährigen Bemühungen der Regierung, die gerichtliche Kontrolle abzuschaffen. In einem 84-seitigen Antrag beschuldigte Justizminister Yariv Levin, treibende Kraft der „Justizreform“, Baharav-Miara, „als verlängerter Arm der Regierungsgegner“ zu agieren; Premierminister Netanjahu wettete unterdessen gegen „den linken tiefen Staat, der das Justizsystem als Waffe einsetzt, um den Willen des Volkes zu vereiteln“.

Die Generalstaatsanwältin ist nicht die einzige hochrangige Beamtin, die im Fadenkreuz der Regierung steht. Auch Ronen Bar, der Leiter des Inlandgeheimdienstes Schin Bet, steht unter schwerem Beschuss, und nur eine einstweilige Verfügung des Obersten Gerichtshofs hält ihn vorläufig im Amt, nachdem die Regierung für seine Entlassung gestimmt hat.

Bar wurde von Netanjahu schon zu Beginn des Krieges als Schlüsselfigur eines Sicherheitsapparats herausgestellt, der sich von der Verantwortung für das Versagen am 7. Oktober freisprechen wollte – obwohl er die Rolle des Geheimdienstes offen zugab. Später zog er sich weiteren Zorn zu, weil er wie Baharav-Miara für die Einsetzung einer staatlichen Untersuchungskommission zu diesen Versäumnissen eintrat, was Netanjahu vehement ablehnt, weil er befürchtet, dass auch er zur Verantwortung gezogen werden könnte.

Doch der Schritt, der Bars Schicksal zu besiegeln schien, kam Anfang März, als er eine Untersuchung der Verbindungen zwischen zwei der engsten Mitarbeiter des Premierministers und der Regierung von Katar – offiziell ein Feind Israels – in einem Skandal, der als „Qatar-gate“ bekannt wurde, anstieß. Jahrelang hatte Netanjahu persönlich Finanztransfers aus Katar an die Hamas im Gazastreifen unterstützt, weil er so die Palästinensische Autonomiebehörde schwächen und die internen palästinensischen Spaltungen vertiefen wollte. Jetzt, wo gegen sein engstes Umfeld wegen geheimer Geschäfte mit Doha ermittelt wird, wächst die Gefahr, dass Netanjahus eigene Beziehungen zu dem Golfstaat genauer untersucht werden könnten.

Parallel mit der Wiederaufnahme des Krieges im Gazastreifen, wo noch 59 israelische Geiseln gefangen gehalten werden, lösten diese Entwicklungen eine neue Welle von Massenprotesten in ganz Israel aus, wobei Zehntausende in Tel Aviv, Jerusalem und anderen Städten auf die Straße gingen. Sie schwenkten dabei israelische Flaggen und skandierten Parolen gegen die Diktatur – ein Szenario, vergleichbar mit den Demonstrationen, die das Land fast das ganze Jahre 2023 erschütterten –, blockierten Autobahnen und riefen sich mit der Polizei, die mit Blendgranaten und Wasserwerfern reagierte.

Die geplanten Entlassungen von Baharav-Miara und Bar sowie die wieder gewachsene Selbstherrlichkeit der Regierung, die auch ein neues Gesetz für eine schärfere Kontrolle der Regierung über die Auswahl von Richter:innen verabschiedete, werden von der Opposition in der Knesset und auf der Straße als Angriff auf die angeblichen „Hüter des Gesetzes“ empfunden. Doch diese Reaktion offenbart einen tieferen Widerspruch, der die Grenzen der so genannten Demokratie in Israel aufzeigt.

Grünes Licht für Kriegsverbrechen

Als Reaktion auf das Vorhaben der Regierung, sie zu entlassen, veröffentlichte Baharav-Miara eine Verteidigungs-

schrift, in der sie die Entscheidungen der Regierung auflistet, die sie in den letzten anderthalb Jahren unterstützt hat. Einige davon stellen eklatante Rechtsverdrehungen dar, andere zeugen von tiefsitzender Rassendiskriminierung und wieder andere sind regelrechte Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Hinter fast jedem Beispiel, das sie in ihrem Brief als Beweis für ihre Loyalität gegenüber der Regierung anführt, verbergen sich grauenhafte Verbrechen, die sie gebilligt hat. Der so genannte „operative Ansatz für Gaza“ etwa ist ein Euphemismus für Israels Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser im Gazastreifen, der vor dem Internationalen Gerichtshof zur Anklage wegen Völkermordes geführt hat. Zu diesem „Ansatz“ gehört auch die wahllose Tötung von Zivilisten, die in einem von künstlicher Intelligenz durchgeführten Zielauswahlverfahren als „Kollateralschäden“ gelten.

Der „Krieg gegen den Terror und die Aufstachelung zum Terror“, mit dem sich die Generalstaatsanwältin in dem Brief ebenfalls brüstete, bedeutete nach dem 7. Oktober Massenverhaftungen palästinensischer Bürger:innen Israels wegen der geringsten Solidaritätsbekundungen mit ihrem Volk, das in Gaza massakriert wird – während zugleich die hebräischsprachigen sozialen Medien mit unverhohlener Aufstachelung zum Völkermord überschwemmt wurden, ohne dass dies Konsequenzen für die Autor:innen hatte. In den Monaten nach dem 7. Oktober unterstützte Baharav-Miara die Polizeikräfte von Ben Gvir, palästinensische Bürger:innen systematisch daran zu hindern, gegen den Krieg zu protestieren, während zugleich in den Straßen von Gaza das Blut in Strömen floss.

In ihrem Schreiben erinnerte Baharav-Miara die Minister auch daran, dass sie mit der Regierung bei der „Ausweitung und Unterstützung der Siedlungen“ voll und ganz zusammengearbeitet hat – eine Politik, die erst vor wenigen Tagen in einem neuen UN-Bericht als Kriegsverbrechen bezeichnet wurde. Welcher Rechtsexperte brüstet sich damit, eine so eklatante Verletzung des Völkerrechts zu unterstützen? Was ist das für eine Generalstaatsanwältin, die stolz darauf ist, Kriegsverbrechen zu legitimieren?

Und das ist noch nicht alles: Stolz zählte sie eine schwindelerregende Reihe weiterer Verbrechen auf, die sie absegnet hat: Verwaltungshaft, ein drakonisches Instrument, das Israel einsetzt, um Palästinenser:innen ohne Anklage oder Gerichtsverfahren festzuhalten; strafbarer Abriss von Häusern, die von Israel so genannten „Terroristen“ gehörten, von denen viele noch nicht einmal angeklagt, geschweige denn wegen eines Verbrechens verurteilt

worden sind; das Zurückhalten palästinensischer Leichen als Verhandlungsmasse, eine Praxis, die zu den untersten kriminellen Organisationen passt; und die Verteidigung der „Regierungspolitik in Bezug auf humanitäre Hilfe für Gaza“, ein ekelregender Euphemismus für das systematische Aushungern von mehr als zwei Millionen Menschen. So sieht das glorreiche Erbe von Israels sogenannter Hüterin der Demokratie aus.

In Wahrheit ist Baharav-Miara ihrer elementaren Pflicht, die Regierung von eklatanten Rechtsverstößen abzuhalten und die Verantwortlichen für diese Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen, in keiner Weise nachgekommen. Das Schreiben, das sie den Ministern zur Verteidigung ihrer Position vorgelegt hat, ist in Wirklichkeit ein Eingeständnis, wie wenig sie für diese Aufgabe taugt. Während sie jammert, dass es bei dem „Vorschlag [sie zu entlassen] nicht darum geht, Vertrauen zu schaffen, sondern politische Loyalität einzufordern“, ist die erste Hälfte ihres Schreibens ein Zeugnis für die kriminelle Loyalität, die sie der illegalen und mörderischen Politik der Regierung während des gesamten Krieges entgegenbrachte. Man könnte fast zum Lachen geneigt sein, wenn sich hinter diesen Worten nicht das Grauen verbärge.

Und trotz alledem ist es richtig, dass die Israelis auf die Straße gehen und gegen die Entlassung Baharav-Miaras protestieren, denn die Kräfte, die sie absetzen wollen, sind moralisch noch korrupter und gefährlicher als sie selbst. Mit jedem Tag, den diese blutbefleckte Regierung im Amt bleibt, gefährdet sie das Leben von Millionen von Palästinenser:innen, und wir müssen auf jede erdenkliche Weise Widerstand leisten, bis sie zu Fall kommt.

Dies ist auch der Grund für den Aufruf von Aiman Odeh, Knesset-Abgeordneter für die [arabische] Chadasch, an die palästinensischen Bürger:innen, sich an den Protesten zu beteiligen. Odeh versteht besser als jeder andere die Rolle, die Baharav-Miara und Bar in diesem elenden System der Unterdrückung spielen (der Schin Bet ist bekannt dafür, LGBTQ+ Palästinenser:innen durch Erpressungen zu zwingen, Informanten zu werden); sein Aufruf an die palästinensischen Bürger, auf die Straße zu gehen, ist keine Unterstützung für die beiden, sondern zeigt, wie zutiefst verdreht und verzweifelt die Realität in Israel geworden ist.

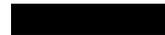
Es ist wichtig, dieser Regierung und ihrem unerbittlichen Bestreben, sich jeder Kontrolle und Rechenschaftspflicht zu entziehen, Widerstand zu leisten. Aber die Generalstaatsanwältin –die nach eigenem Eingeständnis fast alle Verbrechen Israels in seinem völkermörderischen

Krieg gegen den Gazastreifen und die Verfolgung der palästinensischen Bürger:innen entschuldigt hat – als Verfechterin der Demokratie darzustellen, ist eine tragische Farce.

Baharav-Miara verkörpert die ethnokratische oder rassistische Logik einer Demokratie, die nur für Juden gilt. Wenn diese bitteren Tage etwas deutlich machen, dann dies, dass die Idee einer selektiven Demokratie nicht nur unmoralisch ist, sondern dass sie eine absurde, wirklichkeitsfremde und letztlich gefährliche Illusion für Palästinenser und Juden gleichermaßen darstellt.

Aus +972 Magazine vom 28.3.2025

Übersetzung: MiWe



EIN IMPERIALIS- TISCHER ANGRIFF AUF DEN GESAM- TEN NAHEN OSTEN

Vom 23. bis 28. Februar fand in Belgien der **18. Weltkongress der IV. Internationale** statt. In einer breit angelegten Diskussion befasste er sich mit den verschiedenen Aspekten der internationalen Lage, von der strukturellen multiplen Krise in ihren ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Dimensionen über die Widerstandsbewegungen bis hin zur Notwendigkeit, unsere eigene Internationale aufzubauen und zu stärken. Die nachfolgende Resolution befasst sich speziell mit dem Thema Palästina. Sie wurde vom Kongress mit 116 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Nichtteilnahmen verabschiedet.

Der Krieg gegen Palästina leitet ein neues Kapitel der Geschichte ein. Es geht um nichts Geringeres als Völkermord, der von Israel mit der aktiven Unterstützung der USA und der aktiven Unterstützung oder Komplizenschaft vieler anderer Staaten durchgeführt wird.

Von den 2,4 Millionen Palästinenser:innen im Gazastreifen wurden 1,9 Millionen, d. h. 86 % der Bevölkerung, innerhalb des Landes vertrieben. Von den mehr als 47 000 identifizierten Toten sind 40 % Frauen und Kinder. Die tatsächliche Zahl der Toten liegt zwischen 200 000 und 300 000, das sind 15 % der Bevölkerung des Gazastreifens. Mit der Belagerung der Bevölkerung des Gebiets ohne Nahrung und Unterstützung sowie zahlreichen anderen Verstößen gegen das Völkerrecht, der Ermordung von Hunderten von Journalist:innen und Ärzt:innen und

der Blockade humanitärer Hilfe macht Israel deutlich, dass es die vollständige Kontrolle über den Gazastreifen übernehmen will. Zur gleichen Zeit wurden 16 palästinensische Gemeinden aus dem Westjordanland zwangsumgesiedelt, bis Juli 2024 waren 1285 Palästinenser:innen umgesiedelt worden.

Dies ist ein Angriff und eine Bedrohung nicht nur für alle Palästinenser:innen, sondern für die Mehrheit der Menschen im Nahen Osten, was erhebliche Auswirkungen für die Region als Ganzes und für die geopolitischen Verhältnisse in der Welt hat.

Ein völkermörderischer Krieg von langer Dauer

Die israelischen Angriffe auf den Libanon seit September 2024 stellen eine neue Phase des Krieges dar: Mehrere Tausend Menschen wurden durch wahllose Angriffe und massive Bombardements getötet, Zehntausende flohen aus dem Süden des Landes. Die Ermordung des Generalsekretärs der Hisbollah, Hassan Nasrallah, und mehrerer ihrer Führer am 27. September war Teil der systematischen Enthauptung der Organisation, die mit der todbringenden Sabotage ihres Kommunikationsnetzes eingesetzt hatte.

In der Folge wurden die militärischen und politischen Angriffsziele Israels von Gaza auf den Südlibanon ausgedehnt – d. h. auf die Gebiete des Landes, in denen sich das Rückzugsgebiet der Hisbollah befindet – ebenso wie die Neuausrichtung der Propaganda, die den Iran als Hauptbedrohung für die angeblich zivilisierte Welt darstellt. Seit November 2023 ordnet Netanjahu „begrenzte militärische Übergriffe“ in dieser Region an.

Bidens Handlungen offenbarten seine abgrundtiefe Heuchelei: Dem Appell der USA und anderer Länder vom 26. September für einen dreiwöchigen Waffenstillstand zwischen dem zionistischen Staat und der Hisbollah folgte schnell eine Erklärung Bidens, in der er Nasrallahs Verschwinden begrüßte. Damit machte er deutlich, dass seine Regierung sowohl die israelische Offensive im Südlibanon als auch in Gaza unterstützt. Die Positionierung von „Völkermörder“-Joe war einer der Gründe für Harris' Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen, denn die Demokraten verloren damit die Unterstützung eines beträchtlichen Teils der rassifzierten Bevölkerung. Zum Zeitpunkt von Trumps Amtsantritt zeigte sich eine Abnutzung der israelischen Armee und der Macht Netanjahus, dem im Rahmen des Waffenstillstands vom 15. Januar 2025 ein Gefangenenaustausch im Verhältnis 1 israelischer Gefangener für 30 Palästinenser:innen auferlegt wurde.

Auch wenn der Waffenstillstand eine Pause im Horror darstellt, so hat er doch die Bereitschaft zum Völkermord seitens der USA und Israels in keiner Weise gebremst: Trump erklärte, er wolle Gaza in Besitz nehmen und das Gebiet mittels Abschiebungen nach Ägypten und Jordanien entfernen, während gleichzeitig Israel seine Angriffe auf das Westjordanland intensiviert hat. Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz erklärte: „Wir haben dem palästinensischen Terrorismus im Westjordanland den Krieg erklärt“. „Nach Abschluss der Operation wird die israelische Armee [IDF] im Flüchtlingslager von Dschenin bleiben, um sicherzustellen, dass der Terror nicht zurückkehrt“.

Ein totaler Krieg

Israel setzt also im Rahmen eines asymmetrischen Krieges Massenterror ein, um jeglichen politischen, zivilen oder militärischen Widerstand zu brechen. Dieser Krieg ist nicht einfach nur die Fortsetzung des seit 75 Jahren andauernden Apartheid- und Siedlungskrieges und der ethnischen Säuberung derjenigen, die Palästina vor der erzwungenen Gründung des Staates Israel bewohnten, sondern ein qualitativer Sprung in dem Bemühen, das palästinensische Volk durch Entmenschlichung und in einer Logik der Vorherrschaft auszurotten, in einem totalen Verrat an dem Gedenken an den Holocaust.

Das derzeitige Gemetzel steht im Zusammenhang mit dem neofaschistischen Charakter der Netanjahu-Regierung. Die monatelangen Proteste der Bevölkerung gegen seine Arroganz gegenüber der Justiz und die eindeutigen Beweise für seine Korruption haben Netanyahu stark geschwächt, doch er nutzte die extreme Schwäche der antizionistischen Linken und die Gelegenheit des blutigen Angriffs vom 7. Oktober 2023, um die Kontrolle über die innenpolitische Lage wiederzuerlangen. Die Regierung setzt die Nakba fort, gestern mit Massakern und Vertreibungen im Gazastreifen, heute mit Angriffen im Westjordanland. Das Ziel, ein Groß-Israel zu errichten – das den Südlibanon bis zum Fluss Litani einschließen könnte –, die internen Ziele der israelischen Politik und die Flucht in den Krieg sind Teil des von den westlichen Mächten vorangetriebenen Diskurses vom „Kampf der Kulturen“, eines Diskurses, der – vor dem Hintergrund der globalen Krise des imperialistischen Herrschaftssystems – ganz und gar ihren Bedürfnissen entspricht.

Netanjahu ist heute die Avantgarde der weltweiten extremen Rechten, die ihren traditionellen Antisemitismus zugunsten einer globalen rassistischen und islamophoben

Offensive in den Hintergrund gedrängt hat. Wir erleben die Entstehung einer neuen Weltordnung, deren historische Agenda darin besteht, Massenmorde zur Sicherung der Weltherrschaft der imperialistischen Großmächte zu ermöglichen. Trumps Amtsantritt ermöglicht eine gigantische Beschleunigung dieser Ausrichtung.

Die Unterdrückung der Palästinenser:innen ist nicht Ausdruck der Launen eines einzelnen Mannes, sondern folgt der Logik der herrschenden Klassen im israelischen Staat auf Kosten des palästinensischen Volkes.

Imperialistische Interessen und arabische Regierungen

Dennoch handelt Israel nicht allein. Es ist das erste Mal seit der Offensive gegen den Irak im Jahr 2003, dass die USA so direkt eingreifen. Ihre millionenfache Unterstützung Israels mit Waffen und Geld ist entscheidend für die Durchführung eines Massakers an Zivilisten historischen Ausmaßes. Es vollzieht sich mit dem komplizenhaften Schweigen oder den heuchlerischen Protesten der westlichen Großmächte, den späten Protesten Chinas oder dem Seiltanz von Putins Russland. Die imperialistischen Mächte ignorieren die entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen oder die Erklärungen des Internationalen Strafgerichtshofs, die keinerlei Einfluss auf die Ereignisse haben.

Für die meisten Regierungen in der arabischen Welt gilt, dass ihr Bestreben nach „Normalisierung“ der Beziehungen zu Israel bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber der palästinensischen Sache, das bis zum 7. Oktober maßgeblich war, ihre jetzigen kritischen Äußerungen zur Bombardierung des Gazastreifens, die bloß auf Druck der Bevölkerung erfolgt sind, erbärmlich und unglaublich unwürdig erscheinen lässt. Für Millionen von Menschen in den arabischsprachigen und muslimischen Ländern der Region gelten die arabischen Regime als offene Kollaborateure von Israel und der Imperialisten. Daher sind sie gezwungen, den Druck auf die eigene Bevölkerung noch zu verschärfen, wie in Algerien, Marokko, Ägypten und Jordanien geschehen, weil sie wissen, dass jede Solidaritätsbewegung mit Palästina unweigerlich auch die eigenen Regierungen zur Zielscheibe der Proteste machen würde. Dass sie Trumps Plan, Gaza zur „Riviera des Nahen Ostens“ zu machen, verurteilt haben, rührt aus der Sorge um ihre eigenen Interessen, nicht aus ihrer Unterstützung für das palästinensische Volk.

Die Komplizenschaft der Palästinensischen Autonomiebehörde mit dem israelischen Staat ist für weite Teile

der palästinensischen Bevölkerung immer offensichtlicher geworden.

Die Assad-freundlichen Bataillone in Syrien, die Hisbollah im Libanon und die Huthis im Jemen, die sich gegen eine von Saudi-Arabien kontrollierte Regierung auflehnen, die alle mit dem theokratischen und zutiefst repressiven iranischen Regime liiert sind, geben zwar vor, die Interessen des palästinensischen Volkes zu vertreten, handeln in Wirklichkeit aber auf eigene Rechnung. Der Zusammenbruch des verhassten Regimes von Baschar al-Assad in Syrien ist für Millionen von Syrer:innen eine Erleichterung, aber es gibt auch ernsthafte Zweifel betreffs der künftigen Entwicklung des neuen Regimes, insbesondere seitens der verschiedenen ethnischen und religiösen Minderheiten.

Israel verfolgt mit seiner kolonialen und imperialistischen Offensive verschiedene Ziele: die gewaltsame Schaffung neuer Siedlungen im Westjordanland; die Vertreibung oder Massenflicht der Palästinenser:innen; militärische Angriffe im Südwesten von Syrien; Bombenangriffe auf die Huthis im Jemen, die versuchen, Manöver der US-Marine und Handelsschiffe am Eingang zum Roten Meer zu blockieren.

Israel betreibt keine Selbstverteidigung, sondern eines der schändlichsten Massaker der jüngeren Geschichte, das von Südafrika vor dem Haager Tribunal zu Recht als Völkermord angezeigt worden ist. Die anhaltende Tragödie führt zu politischen und ideologischen Umwälzungen auf der ganzen Welt. Für ihre Verbündeten wird es immer schwieriger, sich hinter die USA oder Israel zu stellen.

Eine nahezu einmalige Solidaritätsbewegung

Das Gemetzel in Gaza beeinflusst besonders Jugendliche auf der ganzen Welt. Dabei stößt die Solidaritätsbewegung auf weit verbreitete Repressionen: Demonstrationen werden verboten, Teilnehmer:innen verfolgt und sogar inhaftiert. Hunderttausende Menschen haben demonstriert, Waffenfabriken blockiert und Druck ausgeübt, damit Abkommen zwischen ihren Ländern und Israel aufgekündigt werden. Die Bewegung umfasst auch kulturelle Ebenen und die Boykottbewegung (BDS) hat sich ausgeweitet. Millionen von jungen Menschen, die die beiden Intifadas nicht erlebt hatten, haben diesen Kampf neu für sich entdeckt und rassistisch diskriminierte Jugendliche aus den Vororten, die aufgrund ihrer Herkunft Opfer der zunehmenden Islamophobie werden, haben sich mit der palästinensischen Sache identifiziert.

Obwohl die Proteste von denen, die Israels Vorgehen verteidigen, rasch als antisemitisch diskreditiert werden, ist im Westen unter den jungen Juden ein Bewusstsein entstanden, das gegen den Strom der pro-israelischen Reaktionen auf den 7. Oktober eine nicht- oder antizionistische Orientierung vertritt. Dabei ist eine historische Mobilisierung entstanden, von der sich die Mächtigen in den USA bedroht fühlen. Diese Bewegung hat auch eine wichtige Rolle bei der Ablösung des Völkermörders Biden durch Kamala Harris gespielt.

Die Mobilisierung hat mehrere Phasen durchlaufen. In den ersten Monaten nach dem 7. Oktober war es sehr schwierig, dem politischen Druck entgegenzutreten, mit dem das Pseudo-„Recht Israels auf Selbstverteidigung“ unterstützt wurde. Dann kam es zu breiten Mobilisierungen mit einer bemerkenswerten Beteiligung der Universitäten. Inzwischen stehen wir mit der Ausweitung des Kriegs auf den Libanon im Gefolge gezielter Angriffe auf den Iran vor einer neuen Situation. Die Gefahr eines regionalen Krieges ist mehr denn je gegeben, und die Flucht nach vorn in einen Krieg, den wir befürchten und vorhergesagt haben, scheint im Gange zu sein.

Auch in Israel gibt es eine Opposition gegen Völkermord und Kolonisierung: Ein Aufruf, der von 3600 Persönlichkeiten unterzeichnet wurde, fordert Sanktionen gegen Israel; Soldaten verweigern den Militärdienst; jüdische und arabische Abgeordnete der Kommunistischen Partei Israels wurden vom Parlament suspendiert, weil sie den Aufruf Südafrikas gegen den Völkermord in Gaza unterstützt haben; Journalist:innen der Tageszeitung *Haaretz* prangern die israelischen Verbrechen in Gaza und die Kolonisierung im Westjordanland an; NGOs wie B'Tselem setzen sich für palästinensische politische Gefangene ein usw. Auch wenn sie nur eine schwache Minderheit sind, müssen wir ihren Kampf, der unter der Kriegspropaganda unsichtbar gemacht werden soll, bekannt machen.

Unsere Aktivitäten für Palästina

Mehr denn je liegt es in unserer Verantwortung, eine weltweite Solidaritätsbewegung mit Palästina aufzubauen. Diese Bewegung muss breit und geeint sein und folgende Forderungen vertreten:

- Beendigung der Massaker und Abzug der Truppen,
- Wiederaufbau von Gaza durch und für die Bewohner:innen von Gaza, bezahlt von den imperialistischen Mächten, sowohl der direkt beteiligten als auch der Komplizen,

- unbehinderte humanitäre Hilfe für die Bevölkerung,
- die Freilassung der Gefangenen,
- vollständiger Stopp der Vertreibung und die Gewährleistung des Rückkehrrechts für alle Palästinenser:innen,
- BDS (Boykott, Desinvestition, Sanktionen).

Diese humanitären Forderungen sind allesamt von grundlegender Bedeutung. Um sie durchzusetzen, müssen wir Demonstrationen, Besetzungen und Boykotte intensivieren, die Beschlagnahmung von Unternehmen fordern, die am Völkermord mitwirken, Waffenverkäufe blockieren und Regierungen auffordern, alle Verbindungen, insbesondere kommerzielle, mit dem völkermörderischen Staat und jegliche für ihn einzustellen. Wir brauchen die Unterstützung der Gewerkschaften und der Straße. Wir unterstützen die Bildung sichtbarer jüdischer Blöcke in Solidarität mit Palästina. Unser Ziel ist es, innerhalb der Bewegung möglichst viel Raum für eine demokratische Debatte zu schaffen.

Uns ist bewusst, dass diese Bewegung im Grunde auch antiimperialistisch, antikolonialistisch und antimilitaristisch zugleich ist und dass sie auf die Bedrohung durch eine chaotische Welt reagiert, in der die Beziehungen zwischen den Großmächten durch Waffen geregelt werden. Als Teil dieser Bewegung setzen wir uns dafür ein, dass sich die Völker der Welt, die Arbeiterklasse und die rassifzierten Menschen erheben, um den Verbrechern die Macht zu entreißen. Wir unterstützen den Widerstand der Völker, ob bewaffnet oder unbewaffnet. Nur eine massive Mobilisierung, insbesondere im Nahen Osten, kann das derzeit völlig unausgewogene Kräfteverhältnis ändern und Staaten und Organisationen dazu zwingen, gegen diesen Völkermord aktiv zu werden.

Mit Hamas oder Hisbollah teilen wir weder politische Ziele noch ihre repressiven und reaktionären gesellschaftlichen Visionen. Angesichts des Rückgangs der Linken in der Region und des Fehlens anderer Widerstandskräfte gegen den Kolonialismus haben diese Organisationen jedoch eine große Unterstützung in der Bevölkerung und bei Wahlen, sodass sie de facto anerkannte Instrumente des Widerstands sind, sei es in der Region selbst oder mitunter auch in den Solidaritätsbewegungen. Wir verurteilen die Rhetorik der herrschenden Klassen des Westens, die das palästinensische Volk und seine Organisationen als „terroristisch“ bezeichnet. Für Israel und seine Verbündeten ist der bloße Akt des Widerstands eine terroristische Handlung. Für uns ist die Gewalt der Opfer eine Folge der Gewalt der Unterdrücker. Wir unterstützen die Hamas

zwar nicht politisch, aber wir unterstützen ihr demokratisches Existenzrecht und fordern, dass PFLP, Hamas und Hisbollah von den Listen terroristischer Organisationen gestrichen werden, die insbesondere von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union aufgestellt wurden.

Mehr als anderswo kann der siegreiche Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Palästina der Weg zu einer gerechteren Welt sein. Daher setzen wir uns weiterhin dafür ein, den zionistischen Staat als „Staat für die Juden“ zu zerschlagen, und verfechten, dass nur ein freies, demokratisches, säkulares und egalitäres Palästina, in das alle vertriebenen Palästinenser:innen zurückkehren können und in dem jeder und jede unabhängig von seiner/ihrer Religion leben kann, solange er/sie diesen dekolonialen Rahmen akzeptiert, der den Völkern der Region eine gerechte und friedliche Lösung bringen kann. Wir brauchen eine globale und regionale Mobilisierung, um die Imperialisten, insbesondere die Vereinigten Staaten, abzuwehren und ein entsprechendes Kräfteverhältnis für eine solche Lösung zu schaffen, die weit entfernt von dem heutigen auf Bantustans beschränkten Palästina ist.

Israel und die Vereinigten Staaten sind auf der internationalen Bühne isoliert. Palästina wird von der Mehrheit der arbeitenden Klassen unterstützt. Es liegt bei uns, diese Unterstützung in Massenaktionen umzuwandeln!

27. Februar 2025

Aus: <https://fourth.international/fr/congres-mondiaux/874/asia/674>

Übersetzung: J.S. und MiWe



NEIN ZU DEN MASSAKERN AN DEN ALAWIT:INNEN IN SYRIEN!

Für ein demokratisches, soziales, pluralistisches und säkulares Syrien! **Büro der IV. Internationale**

Seit dem 6. März haben die Angriffe auf die alawitische Bevölkerung in Syrien in Form von regelrechten Massakern, bei denen mehrere hundert Zivilisten getötet wurden, zugenommen. Nach einem blutigen bewaffneten Aufstand von Pro-Assad-Milizen haben verschiedene bewaffnete Gruppierungen im Umfeld von Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS), dschihadistische und andere bewaffnete Gruppen, die mit der Syrischen Nationalarmee (SNA) verbunden und in direktem Kontakt zu den türkischen Behörden stehen, die jetzt zusammen die neue syrische Armee der Regierung in Damaskus bilden, Massenhinrichtungen gegen die alawitische Bevölkerungsgruppe in den Küstenregionen des Landes durchgeführt. Unter dem Vorwand, gegen die „Überreste des Assad-Regimes“ zu kämpfen, werden die Massaker vor allem von einer Logik des konfessionellen Hasses und einem Gefühl der „Rache“ beherrscht, indem die Alawit:innen fälschlich mit dem ehemaligen Regime gleichgesetzt werden. Bestimmte dschihadistische Gruppen ihrerseits argumentieren eher fundamentalistisch und bezeichnen Alawit:innen als „Schurken“, um ihre Morde zu rechtfertigen. Was heute in Syrien geschieht, ist nicht nur ein Krieg zwischen verschiedenen bewaffneten Gruppen, sondern vor allem ein konfessionell-religiöses Massaker.

Der Konfessionalismus ist eine Waffe in den Händen der herrschenden Klassen und reaktionären Organisationen, die dazu dient, die Ausgebeuteten zu kontrollieren und zu spalten und den Volkszorn von den eigentlichen Problemen abzulenken: Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit. Seit seiner Machtübernahme hat das neue syrische Regime unter der Führung von Ahmed al-Scharaa (früher bekannt unter dem Namen Abu Muhammad Dscholani) keine Bereitschaft gezeigt, eine demokratische, soziale und niemanden ausschließende Gesellschaft aufzubauen und die Gleichstellung der verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen zu

gewährleisten. Weit davon entfernt, mit der autoritären Logik der Vergangenheit zu brechen, hat der ehemalige Gründer der Dschihadistengruppe al-Nusra-Front, al-Scharaa, eine Politik der Ausgrenzung aufrechterhalten, die Spaltungen und konfessionelle Spannungen schürt, den Interessen reaktionärer Kräfte dient und gleichzeitig die Tür für die Instrumentalisierung durch ausländische Mächte von Israel über den Iran bis zur Türkei öffnet.

Die Massaker an der alawitischen Bevölkerung in den Küstenregionen gehen auf das Konto der neuen syrischen Machthaber. Sie haben diesen Ausbruch von Gewalt und konfessionell motiviertem Hass zu keinem Zeitpunkt verhindert und im Gegenteil dazu beigetragen, sowohl direkt als auch durch die Schaffung der politischen Bedingungen, die zu diesen Massakern geführt haben. Ebenso hat das neue Regime keinen Mechanismus zur Förderung eines umfassenden und langfristigen Prozesses der Übergangsgerechtigkeit eingerichtet, der darauf abzielt, alle an Kriegsverbrechen beteiligten Personen und Gruppen zu bestrafen. Dies hätte eine entscheidende Rolle bei der Verhinderung von Racheakten und der Zunahme sektiererischer Spannungen spielen können. Aber natürlich haben Ahmed al-Scharaa und seine Verbündeten an der Macht kein Interesse daran, dass ein solcher Mechanismus der Übergangsgerechtigkeit zustande kommt, aus Angst, selbst für ihre eigenen Verbrechen und Misshandlungen gegen das syrische Volk zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Die jüngste Absichtserklärung zwischen der Regierung in Damaskus und der autonomen Verwaltung im Nordosten Syriens, die von den kurdischen Kräften der PYD dominiert wird, sowie die Versuche einer Annäherung an bestimmte Teile der drusischen Bevölkerung in der Region Suweida sind ein Beweis dafür, dass das neue Regime seine durch die Massenhinrichtungen stark erschütterte Legitimität auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene stärken muss. Diese Schritte sind jedoch angesichts der Größenordnung der Probleme weitgehend unzureichend, fragil und begrenzt. Die Selbstbestimmung der Völker Syriens, die Freiheit der Frauen und das brüderliche Zusammenleben der verschiedenen Glaubensrichtungen und ethnischen Gruppen

erfordern heute ein politisches Instrument, einen demokratischen und fortschrittlichen Block, der in der Lage ist, eine Gegenmacht aufzubauen und jeder Art von Herrschaft zu widerstehen. Wir wissen, dass nur die Selbstorganisation der arbeitenden Klassen, die für demokratische und fortschrittliche Forderungen kämpfen, den Weg zu einer echten Emanzipation ebnet. Nur die Eigeninitiative von Arbeiter:innen, Frauen und Jugendlichen aus allen Teilen der Bevölkerung wird die Ketten der

Unterdrückung sprengen und ein freies, demokratisches, pluralistisches und säkulares Syrien aufbauen können.

18.03.2025

Quelle: <https://fourth.international/en/566/asia/681>

Übersetzung: Björn Mertens



KEINE AGGRESSION GEGEN SYRIEN

Auf dem Weltkongress der Vierten Internationale im Februar 2025 wurde dieser Antrag mit überwältigender Mehrheit (114 dafür bei 1 Gegenstimme) gebilligt.

1. Die Vierte Internationale begrüßt das syrische Volk und beglückwünscht es zum Sturz der Assad-Diktatur. Dieses epochale Ereignis wurde dank der Beharrlichkeit des syrischen Volkes und seinem Beharren auf Gerechtigkeit unter enormen Opfern erreicht.
2. Wir verurteilen aufs Schärfste die unablässigen israelischen Angriffe auf Syrien und die expansionistische Politik, die darauf abzielt, noch größere Teile Syriens zu besetzen und die unklare Situation auszunutzen, um seinen Bewohnern das Land zu stehlen. Wir lehnen es ab, dass Israel irgendwelche Forderungen an Syrien und zur Frage, wie es seine eigene Sicherheit organisiert, stellen kann.
3. Nur durch die ständige Unterstützung der Vereinigten Staaten, die unter Trump viel umfassender und sehr gefährlich geworden ist, ist es Israel möglich, seine Aggression gegen seine Nachbarn fortzusetzen.
4. Der Angriff – der ganz bewusst während der Konferenz des Nationalen Dialogs verübt wurde – zielt offensichtlich darauf ab, jegliche Hoffnung auf die Einheit Syriens zu untergraben; auf diese Weise ist er auch ein Angriff auf alle Perspektiven der demokratischen Entwicklung.

5. Wir stehen der Regierung von al-Scharaa weiterhin kritisch gegenüber, die die politische Macht in ihren eigenen Händen konzentriert hat, eine Aktion, die ihrerseits ein pluralistisches und multikulturelles Syrien gefährdet.

6. Nur das vereinte syrische Volk, durch eigene Machtorgane demokratisch organisiert – wie man es bei den Lokalen Koordinationskomitees gesehen hat –, kann eine Verteidigung gegen das imperialistische Banditentum garantieren.

7. Alle nationalen Minderheiten verdienen volle Anerkennung und demokratische Rechte. Die imperialistischen Geier werden versuchen, die Spaltung zu fördern, und sie werden jede nur erdenkliche Ausrede nutzen, um weitere Teile Syriens zu erobern.

8. Die Vierte Internationale steht fest an der Seite des syrischen Volkes und seiner Bestrebungen nach Demokratie und Gerechtigkeit. Die feigen Angriffe Israels zeigen, dass die Aussicht auf Demokratie in der arabischen Region weiterhin die größte Bedrohung für den Zionismus darstellt.

28. Februar 2025

Quelle: <https://fourth.international/en/world-congresses/874/asia/675>

Übersetzung: Björn Mertens

DAS AUSMASS DER KAPITALISTISCHEN KRISE ERKENNEN

Ende Februar fand in Belgien der 18. Weltkongress der Vierten Internationale statt.

■ **Penelope Duggan und Antoine Larrache**

Der Kongress bot Gelegenheit für die ausführliche Diskussion der globalen und facettenreichen Krise des Kapitalismus, insbesondere die Zunahme von Spannungen und Militarismus, sowie der Frage wie wir darauf reagieren können. Eine besondere Rolle dabei spielte die Verabschiedung eines ökosozialistischen Manifests.¹

Zu Beginn des Kongresses erinnerte eine Rednerin der ausgehenden Leitung daran, dass die Welt seit dem letzten Kongress (2018) große Umwälzungen erlebt hat – die Covid-Pandemie, Kriege, Aufstände, Aufstieg der extremen Rechten sowie die Verschärfung der ökologischen Krise, sodass wir heute mit neuen und schwierigen Herausforderungen konfrontiert sind. Die durch die Covid-Pandemie erzwungene Unterbrechung vieler Aktivitäten, insbesondere auf internationaler Ebene, hat die Vorbereitung dieses Kongresses erheblich erschwert, denn der lange internationale Diskussions- und Austauschprozess, der für eine kollektive und mehrsprachige Diskussion erforderlich ist, begann bereits, als wir uns nur online treffen konnten.

Zu Beginn wurde aller Genoss:innen gedacht, die der Pandemie erlegen waren oder – insbesondere auf den Philippinen und in Brasilien – Opfer von rechtsextremer Gewalt oder Kriegen wurden (vor allem in der Ukraine).

Erinnert wurde auch an die Genossinnen und Genossen, die ins Exil gezwungenen wurden, insbesondere in Hongkong und Russland.

Der Kongress gedachte auch derjenigen, die eng mit der Leitung der Vierten Internationale verbunden waren und die seit 2018 verstorben sind: Helena Lopes da Silva (Portugal), eine ehemalige Präsidentschaftskandidatin und antikoloniale Aktivistin; Tito Prado (Peru), ein Leitungsmitglied von Súmate; Alain Krivine, der bekannteste Aktivist der Vierten Internationale in Frankreich; Rosario Ibarra (Mexiko), Präsidentschaftskandidatin und Menschenrechtsaktivistin; Marijke Colle, eine führende Umweltaktivistin und Feministin in unseren Reihen in Belgien; Hugo Blanco, eine Legende der Bauernbewegung in den Anden; Neil Wijethilaka, Gewerkschafter und Leitungsmitglied der Sektion in Sri Lanka; Ahlem Belhadj, eine national bekannte und führende Feministin aus Tunesien und Stálin Pérez Borges, Gewerkschafter und führender politischer Aktivist aus Venezuela. Auch erinnerte der Kongress an den Tod des bemerkenswerten Leitungsmitglieds der Vierten Internationale und marxistischen Ökonomen Ernest Mandel vor knapp dreißig Jahren.

Rund 150 Genossinnen und Genossen – Delegierte, Mitglieder der scheidenden Leitung, Vertreter:innen

von sympathisierenden Organisationen, von Organisationen mit dem Status „permanente Beobachter“ und Gäste – aus 42 Ländern und 60 Organisationen trafen sich zu fünfeneinhalb Tagen intensiver Diskussionen.² Sie alle beteiligten sich an den Diskussionen und ermöglichten eine breite Sicht der globalen Situation.

Unter den Teilnehmer:innen waren alle Altersgruppen vertreten. Nur 8 Prozent waren jünger als 30, knapp 50 % waren unter 50 Jahre. Gut die Hälfte der Anwesenden war seit weniger als 20 Jahren aktiv, ein Ausdruck der willkommenen Erneuerung unseres Stamms an Aktivist:innen.

Eine aktive Kampagne um das Manifest für eine ökosozialistische Revolution

Das wichtigste Ergebnis dieses Kongresses ist die Verabschiedung eines Manifests für die ökosozialistische Revolution. Es analysiert das Ausmaß der Systemkrise, begründet die antikapitalistischen Losungen, die es zu verfolgen gilt, um der sich anbahnenden Katastrophe zu begegnen, und es benennt die Elemente eines alternativen gesellschaftlichen Projekts. Das Manifest beleuchtet die gegenwärtige Sackgasse des Systems, in der Kriege und die Klimakrise die gesamte Welt in eine erschreckende, zerstörerische Lage versetzen, eine Entwicklung, der nur mittels einer Revolution, die die Produktionsweise umwälzt und gewaltige Veränderungen in allen Bereichen einleitet, Einhalt geboten werden kann. Insbesondere schlägt das Manifest vor, der Ausplünderung des Planeten und im Besonderen der Menschen entgegenzutreten. Das Manifest hebt deswegen die Tatsache hervor, dass das reichste 1 Prozent doppelt so viel CO₂ verbraucht wie die ärmsten 50 Prozent, was sowohl deutlich macht, wie umfangreich die Kapitalisten den Reichtum an sich reißen, als auch aufzeigt, dass die Menschen viel besser leben können, wenn insgesamt viel weniger verbraucht wird als heute. Das Manifest greift historische programmatische Dokumente wie das *Manifest der Kommunistischen Partei* oder das *Übergangsprogramm* auf und aktualisiert sie. Ziel ist es, das Privateigentum an Produktionsmitteln anzugreifen, die Arbeitszeit zu verkürzen, die Entfaltung aller Menschen zu fördern, den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr auszubauen und grundlegende Rechte wie den Zugang zu Wasser, Wohnraum und Gesundheit durchzusetzen. Im Rahmen eines politischen Projekts, das auf die Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der arbeitenden Klassen abzielt.

Das Manifest behandelt viele Themen. Umstritten war, ob der Begriff „Degrowth“ verwendet werden sollte oder nicht. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, dass wir uns auf einen „globalen Rückbau (Degrowth) im Kontext einer ungleichen und kombinierten Entwicklung“ hinarbeiten, was bedeutet, dass die Kohlenstoffemissionen weltweit drastisch reduziert werden müssen, da sonst das menschliche Leben in tödlicher Gefahr ist, und zwar für Hunderte Millionen Menschen, insbesondere in den beherrschten Ländern, wobei allerdings in diesen Ländern die Kapazitäten zur Befriedigung der Bedürfnisse – sei es auf der Ebene der Infrastruktur, sei es mit verschiedenen Gütern – ausgebaut werden müssen.

Eine aktive internationale Kampagne wird um dieses Manifest herum entwickelt werden, das wir weit verbreiten und bekannt machen wollen, damit es ein Werkzeug für die Kämpfe und für die Zusammenfassung der revolutionären Kräfte sein kann.

Eine höchst gewalttätige internationale Lage

In der Debatte über die internationale Lage wurde neben der globalen Krise des Kapitalismus auch die beschleunigte Veränderung globaler Kräfteverhältnisse erörtert, die sich auszeichnet durch eine Verstärkung des gewalttätigen und räuberischen Charakters der imperialistischen Herrschaft und eine Zunahme der Spannungen zwischen den imperialistischen Mächten. Zurzeit gibt es Kriege in etwa 30 Ländern der Welt, wir erleben den Diebstahl von Vermögen, einen Krieg gegen Migrant:innen, allgemeine Angriffe auf die arbeitenden Klassen. Der Aufstieg der extremen Rechten, die in vielen Ländern bereits an der Macht sind, ist ein Element dieser wachsenden Gefahren. Die Wahl von Trump bringt eine weitere Zuspitzung der Lage und der Bedrohungen für die Ausgebeuteten und Unterdrückten. Dies wurde ausführlich diskutiert, ebenso wie der Völkermord in Palästina und die Mobilisierungen dagegen, zu denen wir beitragen. Dies konnte insbesondere dank der Anwesenheit einer Delegierten der *Groupe communiste révolutionnaire* aus dem Libanon diskutiert werden.

Die Teilnahme von Genossen aus der Ukraine und Russland bereicherte die Diskussion über den Krieg in der Ukraine, zu dem es unterschiedliche Positionen gab. In der Resolution, die verabschiedet wurde, wird betont, dass es notwendig ist, den bewaffneten und unbewaffneten Widerstand des ukrainischen Volkes gegen den imperialistischen Angriff seitens des von

Putin beherrschten Russlands, aber auch gegen die neoliberalen Angriffe des ukrainischen Präsidenten Selenskyj zu unterstützen, ohne dabei den Imperialisten zu vertrauen, die in diesem Krieg ihre eigenen Interessen vertreten, wie die Kehrtwendungen der USA unter Trump zeigen. Wir unterstützen also den Widerstand von unten und fordern zum Beispiel den Schuldenerlass für die Ukraine als eines der Mittel, um dem russischen Angriff zu begegnen. Die alternative Resolution, die abgelehnt wurde, sah den aktuellen Krieg hauptsächlich als einen Krieg zwischen der NATO und Russland und argumentierte zwar ebenfalls für den Abzug der russischen Truppen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, lehnt es aber ab, den Kampf der Ukraine für die nationale Befreiung als Konfrontation mit Russland zu sehen.

Auf dem Kongress wurde keine campistische Position vertreten, d. h. keine Position, mit der Russland gegen die westlichen Imperialisten verteidigt wird; der Kongress beschloss allerdings, die Beziehungen zu Socialist Action, einer Organisation in den USA, die eine solche Position vertritt, abzubreaken.

Wir haben auch über unsere Position gegenüber den verschiedenen linken Regierungen (insbesondere den sogenannten „progressiven“ Regierungen in Lateinamerika) diskutiert und haben dabei betont, dass wir diese „Progressisten“ gegen die Angriffe der herrschenden Klassen verteidigen, insbesondere gegen die extreme Rechte, aber dass wir es auch für unabdingbar halten, von ihnen unabhängig zu bleiben, insbesondere wenn sie die Hoffnungen der Volksklassen und deren Forderungen verraten, indem sie eine wirtschaftsliberale Politik betreiben, wie es in vielen Ländern der Fall ist.

Eine gemeinsame Sichtweise entwickeln

Weiterhin wurde ein wichtiges Dokument über die Arbeit in sozialen Bewegungen und die Orientierung, die wir in ihnen vertreten, verabschiedet. Wir halten es für notwendig, sie aufzubauen, um dem Proletariat – im weitesten Sinne – zu helfen, sich durch Einheit als aktive Klasse zu konstituieren. Dies erfordert sowohl den Aufbau von Bewegungen – selbst wenn sie ihre Grenzen haben –, als auch von ihnen zu lernen und unsere eigenen Positionen auf respektvolle und demokratische Weise einzubringen. Insbesondere kämpfen wir gegen bürokratische Auswüchse und treten für Selbstorganisation ein, aber auch für die Unabhängigkeit vom Staat, eine inter-

nationalistische Vision und den Kampf gegen Unterdrückung, indem wir auf die Machtfrage verweisen.

Ein weiteres Dokument ist dem Parteiaufbau gewidmet und behandelt konkrete Aspekte des Aufbaus der Internationale und ihrer Organisationen. Es erinnert an das Ziel unserer Internationale, nämlich den „Aufbau revolutionärer Massenparteien und einer revolutionären Masseninternationale“. Angesichts des komplexen Zustands der Welt und der politischen Verfasstheit der Organisationen der Arbeiterbewegung sowie der Arbeit der Sektionen der Internationale entwickelt der Text Vorschläge, die unsere politische Kohärenz, unser Verständnis der Welt und damit unsere Fähigkeit stärken sollen, trotz unterschiedlicher Ansätze in die gleiche Richtung zu arbeiten. So planen wir, unsere Kapazitäten für Treffen und für die Veröffentlichung unserer Analysen und Positionen – insbesondere im Internet – auszubauen sowie unsere Bildungseinrichtungen (in Amsterdam, Manila, Islamabad) zu stärken. Wir stellen im Übrigen fest, dass die Notwendigkeit einer internationalen Organisation verspürt wird, und zwar sowohl aufgrund der schwierigen Situation als auch der immensen Mobilisierungen, die sehr regelmäßig weltweit stattfinden und an denen wir uns beteiligen, in Indien, Algerien, Europa, Brasilien, den USA, den Philippinen, der Ukraine und in vielen anderen Ländern.

Auf dem Kongress konnte eine substantielle Stärkung der Internationale verzeichnet werden. Zu Brasilien gab es zunächst aufgrund des Widerstands mehrerer Bestandteile der Sektion gegen den Beitritt der Bewegung der Sozialistischen Linken (MES) eine sehr harte Debatte. Wir werden weiter daran arbeiten, diese Spannungen zu überwinden, insbesondere im Zusammenhang mit dem Vorhaben, eine brasilianisch/portugiesische Ausgabe von *Inprecor* zu veröffentlichen. Wir haben die Anerkennung oder Erweiterung mehrerer Sektionen verzeichnet, was einem weltweiten Mitgliederzuwachs von etwa 27 Prozent in den Sektionen entspricht: Marabunta und Poder Popular in Argentinien bilden nun zusammen eine Sektion, MES ist in die brasilianische Sektion aufgenommen worden, Anti*Capitalist Resistance und ecosocialist.scot bilden nun zusammen die britische Sektion. Als Sektionen anerkannt wurden ferner Radical Socialist in Indien und Solidarity in den USA; hinzu kommt das Vorhaben der NPA-L'Anticapitaliste als Ganzer, der Sektion der Vierten Internationale in Frankreich beizutreten.

Trotz der schwierigen allgemeinen Lage kann diese Konvergenz von Kräften also als ein Indiz dafür gesehen werden, dass die Rolle der Revolutionär:innen im Kampf gegen die Krise des Systems gestärkt werden kann.

17. März 2025

Aus: <https://fourth.international/fr/congres-mondiaux/874/676>

Übersetzung: J. S.

1 Die Übersetzung der angenommenen Fassung des Manifests wird wahrscheinlich noch im Mai d. J. auf der Website der ISO nachzulesen beziehungsweise herunterzuladen sein. (Anm. d. Redaktion)

2 Folgende Länder waren vertreten – Afrika: Algerien, Marokko, Südafrika; Asien: China, Indien, Indonesien, Japan, Pakistan, Kaschmir, Philippinen, Sri Lanka; Europa: Belgien, Britannien (=England, Wales und Schottland), Dänemark, Frankreich, Griechenland (2 Delegationen), Irland, Italien (2 Delegationen), Niederlande, Österreich, Portugal (2 Delegationen), Russland, Spanischer Staat, Schweden, Schweiz (2 Delegationen), Türkei, Ukraine; Lateinamerika: Argentinien (2 Delegationen), Brasilien (9 Delegationen), Kolumbien, Mexiko (4 Delegationen), Panama (2 Delegationen), Paraguay, Peru, Puerto Rico, Uruguay, Venezuela; Naher Osten: Libanon; Nordamerika: Canada, USA (3 Delegationen). Organisationen aus Bangladesch, den Französischen Antillen, Ecuador und Australien waren nicht in der Lage zu kommen.



DIE MASSENBEBEWEGUNG IST ZURÜCK

Am 28. Februar d. J. wurde Griechenland von einem politischen Generalstreik lahmgelegt, wie ihn das Land seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat.

■ **Manos Skoufoglou**

Der 28. Februar war ein historischer Tag für Griechenland. Der Generalstreik war die größte Mobilisierung mindestens seit dem Sturz der Militärjunta 1974, wenn nicht überhaupt in der Geschichte Griechenlands. Unvergleichlich große Kundgebungen gab es in mehr als 260 Städten, darunter Dutzende im Ausland, bis nach Argentinien, Südkorea und Australien.

An dem nämlichen Tag zwei Jahre davor hatte ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und einem Güterzug den Tod von 11 Beschäftigten und 46 Passagieren, hauptsächlich Jugendlichen, zur Folge. Es war das Ergebnis eines langen Zerfallsprozesses, der mit dem Verkauf der staatlichen Eisenbahngesellschaft an die italienische Ferrovie di Stato Italiano zusätzlich Fahrt aufgenommen hatte. Die Privatisierungspolitik war Teil der wirtschaftlichen Anpassungsprogramme, die den griechischen Regierungen durch IWF und EU diktiert worden waren. Damals gab es ebenfalls große Demonstrationen und es wurden auch zwei massive Generalstreiks organisiert. Die Gewerkschaftsbürokratie, einschließlich der Kommunistischen Partei, weigerte sich jedoch, zu weiteren Streiks aufzurufen, woraufhin die Massenbewegung versackte. Wenige Monate später wurde die rechte Regierung mit einem überwältigenden Ergebnis von 41 % wiedergewählt, was in weiten Teilen der Linken zu erheblicher Frustration führte. Sie erkannten nicht, dass die Wut noch nicht so schnell im gesellschaftlichen Bewusstsein zum Ausdruck kam. Aber die Saat war gelegt worden.

Vor kurzem wurde ein eindeutiger Fall von Vertuschung aufgedeckt, einschließlich des Verschwindenlassens von Beweisen, die das Unternehmen und die Staatsbeamten bloßstellen könnten. Am 26. Januar rief die Vereinigung der El-

tern der Opfer zu einer Kundgebung vor dem Parlament auf, an der mehrere Tausend Menschen in mehr als 200 Städten in Griechenland und im Ausland teilnahmen. Damit wurde die politische Tagesordnung im Land durcheinandergewirbelt. Der Nationale Verband der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und radikale Gewerkschaftsgliederungen der unteren und mittleren Ebene in der Privatwirtschaft riefen zum Streik am Jahrestag des Unglücks auf. Zunächst weigerte sich die Bürokratie des Nationalen Gewerkschaftsbundes des Privatsektors, sich diesem Aufruf anzuschließen, doch der Druck von unten erwies sich bald als zu stark. Die Bürokraten waren gezwungen umzuschwenken, und so wurde der 28. Februar zu einem Tag des allgemeinen Generalstreiks.

Schon in der Vorbereitung des Streiks wurde klar, dass die Beteiligung außergewöhnlich hoch sein würde. Überhebliche und respektlose Äußerungen der Regierungsspitze machten die Situation noch explosiver. Der Vulkan brach aus. Fast niemand ging zur Arbeit, und fast nichts funktionierte. Die Beteiligung an den Demonstrationen in den großen Städten wird auf 25 bis 40 % der erwachsenen Bevölkerung geschätzt, mit einem sehr hohen Anteil an Jugendlichen. In Athen gelang es der massiven Polizeirepression stundenlang nicht, die Menge zu zerstreuen.

Für die demokratischen Forderungen nach Gerechtigkeit mobilisierten sich viele kleinbürgerliche Schichten. Eine wichtige Rolle spielte jedoch die Arbeiterklasse. Die meisten Opfer gehörten der Arbeiterklasse an, da angesichts des miserablen Zustands der Eisenbahn im Land vor allem Arbeiter:innen und Studierende mit dem Zug reisen. Die aufgestaute Wut über die Reallohnverluste der Arbeiterklasse hat die Explosion befördert. Die Gewerkschaften waren –

zusammen mit der Elternvereinigung – die Organisatoren, im Unterschied also zur Indignados-Bewegung [in Spanien], wo viel Mühe darauf verwendet werden musste, dass sie sich den organisierten Arbeiter:innen zuwandte. Hier gelang dies trotz der verräterischen Rolle der nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner, die vollständig von der Regierung kontrolliert wird, im Gegensatz zur Basisgewerkschaft der Lokführer, die von Anfang an zum Streik aufgerufen hatte.¹

In den letzten Tagen hat die Regierung von Mitsotakis ihren Kurs geändert. Sie bezeichnet den Streik als einen Tag der nationalen Trauer, der nicht von der Opposition ausgenutzt werden dürfe. Aber es ist zu spät. Die Regierung hält nur deswegen zusammen, weil es keine glaubwürdige Opposition gibt. Es wäre sehr schwierig, einen zweiten Streik zu überstehen.

Alle Oppositionsparteien, von der extremen Rechten bis zur Linken, unterstützen die Bewegung, zumindest in Worten. Die extreme Rechte profitiert zwar von der Regierungskrise, ist aber nicht in der Lage, eine aktive Rolle bei den Mobilisierungen zu spielen. Im Januar tauchten vor Beginn der Kundgebung einige rechtsextreme Transparente auf, verschwanden dann aber. Bei dem Streik war die extreme Rechte nicht dabei, es sei denn verdeckt. In einigen Fällen wurden Faschisten, die in der Menge erkannt wurden, von Aktivist:innen angegriffen. Nur wenn die Massenbewegung eine Niederlage erleidet, wird die extreme Rechte die Möglichkeit haben, die Wut in eine reaktionäre Richtung zu lenken.

Es waren also die Transparente und Fahnen der Linken, die man auf der Kundgebung sehen konnte. Aber es ist auch wahr, dass keine parlamentarische, Mitte-links- oder reformistische Partei den Anforderungen genügt. SYRIZA ist nicht glaubwürdig, denn es war die SYRIZA-Regierung, die die Eisenbahn privatisiert hat. Zwar hat sich die sozialdemokratische PASOK in den letzten Jahren etwas erholt, aber sie scheint nicht von der Bewegung zu profitieren. Außerdem ist sie die einzige Partei, die für jeden einzelnen Sparpakt in der griechischen Krise gestimmt hat. Die populistische Partei von Konstantopoulou, eine Abspaltung von SYRIZA, gewinnt in den Meinungsumfragen an Boden, hat aber absolut keine aktiven Kräfte in den Gewerkschaften und in der Massenbewegung. Die KP verfügt zwar über beträchtliche Kräfte, aber sie weigert sich, irgendeine radikale Forderung zu unterstützen, etwa den Rücktritt der Regierung (der sogar von der PASOK gefordert wird) oder die Verstaatlichung der Eisenbahnen.

Keine Partei führt wirklich die Opposition an. Die derzeitige Zersplitterung des politischen Systems, die an die ersten Jahre der Krise erinnert, birgt neue Chancen.

Unabhängige antikapitalistische und revolutionäre Organisationen haben zwar nur begrenzte Kräfte, sie spielen aber eine wichtige Rolle. Wichtig war vor allem ihr Druck auf die Gewerkschaften. Bei der Kundgebung standen sie gut platziert in der vordersten Reihe vor dem Podium. Sie betonen die Notwendigkeit, jetzt weiterzumachen, und vermeiden angesichts des großen Pluralismus der Mobilisierungen eine sektiererische Haltung. Sie behalten eine unabhängige Perspektive bei, indem sie versuchen, eine radikalere Ausrichtung in die Massenbewegung einzubringen und ihren Klassencharakter zu stärken sowie die Selbstorganisation zu befördern. Um diese Rolle zu spielen und den Reformist:innen die Führung streitig zu machen, müssen wir jedoch unsere eigene Beschränktheit, die programmatischen Unzulänglichkeiten, Zögerlichkeiten und Routinen überwinden.

Wir brauchen neue Meilensteine. Der erste ist der Frauentag², der diese Rolle bereits 2023 gespielt hat, als er die Gewerkschaften und die Massen mobilisiert hat. Sodann brauchen wir einen neuen Generalstreik. Anknüpfend an ähnliche Erfahrungen in der Vergangenheit geht es darum, lokale Volksversammlungen in den Stadtvierteln und Einheitsfrontkomitees der Arbeiter:innen in den Betrieben aufzubauen. Die Bewegung muss klare Forderungen aufstellen: Schluss mit der Regierung, Verstaatlichung der Eisenbahnen unter Arbeiterkontrolle, sichere öffentliche und billige Verkehrsmittel, Stopp der Privatisierungen. Und schließlich brauchen wir eine Orientierung, die dieses Mal weiter geht als das Setzen auf eine Regierung der institutionellen Linken, die nur zu Massenttäuschungen führen wird.

7.3.2025

Manos Skoufoglou ist Mitglied des Zentralkomitees von OKDE Spartakos und des Zentralen Koordinationskomitees des Bündnisses ANTARSYA

Übersetzung: J. S.

¹ Die Koordination der Basisgewerkschaften, gegründet Ende 2008, ist ein Zusammenschluss von Dutzenden von Gewerkschaften des privaten und öffentlichen Sektors. Ihr Ziel ist es, die bürokratische und sozialpartnerschaftliche Politik der Dachverbände GSEE und ADEDY zu überwinden und die jeweilige parteipolitische Ausrichtung abzuschütteln. Anm. d. Redaktion.

² Dieser Beitrag erschien vor dem 8. März [Anm. d. Red.]

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO ALS OBJEKT VIELER BEGIERDEN

Die Einnahme von Goma und Bukavu, den Provinzhauptstädten von Nord- bzw. Südkivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK), durch die Bewegung 23. März (M23), die maßgeblich von den ruandischen Verteidigungstreitkräften (FRD) unterstützt wird, wird erhebliche Auswirkungen für die DRK haben.

■ **Paul Martial**

Die Gründe für den Konflikt sind vielfältig und lassen sich nicht darauf reduzieren, den Zugriff auf die zahlreichen Gold-, Coltan-, Zinn- und Wolframminen der DRK zu sichern. Dieser Konflikt, der nun schon seit drei Jahrzehnten andauert, wird immer von denselben Akteuren betrieben, auch wenn die bewaffneten Gruppen immer mal wieder neue Namen annehmen. Eine weitere erschreckende Konstante ist das Leid, das der Zivilbevölkerung zugefügt wird, von der die große Mehrheit auf der Flucht vor Krieg, Plünderungen und Massakern von Flüchtlingslagern zu anderen humanitären Zufluchtsorten zieht. Dieser seit 20 Jahren währende Krieg hat einige Millionen Menschen das Leben gekostet, die entweder in den zahlreichen Gefechten oder infolge von Krankheiten und Unterernährung ums Leben kamen.

Bei diesen ständigen Kriegen geht es entweder um wirtschaftliche und geostrategische Interessen in der Region oder – das wird eher ausgeblendet – um Landbesitz. Dies ist eine zentrale Frage, die vor dem Hintergrund der

Kolonialherrschaft Belgiens über den Kongo, Ruanda und Burundi betrachtet werden muss.

Das Tauziehen um die regionale Vorherrschaft ...

Felix Tshisekedi, seit der zu Recht umstrittenen Wahl 2019 Präsident der DRK, setzte politisch auf eine diplomatische Verständigung mit Ruanda und Uganda. Diese beiden Länder, die an die östliche Region der DRK grenzen, haben in der Vergangenheit bewaffnete Aufstände gegen Kinshasa unterstützt. Obwohl Tshisekedi Ruanda enge wirtschaftliche Beziehungen versprochen hatte, gab er letztlich Uganda den Vorzug. Dieses Land investierte daraufhin in die Verkehrsinfrastruktur und errichtete Verbindungsstraßen auf den beiden Achsen Kasindi-Beni-Butembo und Bunagana-Goma, wodurch es von den wirtschaftlichen Aktivitäten in Nord- und Südkivu profitieren konnte. Paul Kagame, der Präsident Ruandas, war von dieser Entscheidung natürlich wenig angetan, die er als Benachteiligung seines Landes zugunsten des wenig geliebten Nachbarlandes Uganda empfand.

Einige Monate später wurde die bewaffnete Gruppe M23, deren sich Ruanda bereits 2012 bedient hatte, reaktiviert und um einen politischen Flügel, der Alliance du Fleuve Congo (AFC), ergänzt. Mit Unterstützung von der FRD konnte die M23/AFC im Laufe des zweijährigen Krieges einen Großteil von Nord- und Südkivu erobern. Die Streitkräfte der DRK (FARDC) sind sowohl aus militärtaktischen Gründen als auch wegen der Korruption von Offizieren nicht in der Lage, die Offensive einzudämmen. Hinzu kommt die mangelnde Homogenität der in der Vergangenheit aus verschiedenen bewaffneten Gruppen zusammengewürfelten Truppen – quasi das Gegenstück zu den verschiedenen Friedensabkommen, die im Laufe der Jahre unterzeichnet wurden. Die schlecht ausgerüsteten, schlecht bezahlten und logistisch schlecht versorgten kongolesischen Soldaten sind völlig demotiviert. De facto delegieren die FARDC den Krieg größtenteils an verschiedene Milizen, die sich unter dem Namen Wazalendo (Kiswahili für Patrioten) zusammengeschlossen haben.

Das berühmte Zitat von Marx „Die Geschichte wiederholt sich immer zweimal, das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce“ passt perfekt zu Tshisekedis Versuch, die Operation von 2013 zu wiederholen, als Truppen aus Südafrika, Tansania und Malawi vereint unter der Ägide der UN-Mission MONUSCO die M23 erfolgreich in die Flucht geschlagen hatten. Parallel dazu hatten damals die westlichen Länder finanziellen Druck auf Ruanda ausgeübt. Seitdem haben sich die politischen Bedingungen jedoch geändert und die verschiedenen Initiativen zur Stabilisierung blieben erfolglos.

... und die Suche nach Bündnispartnern

Tshisekedi hatte wiederholt den Abzug der MONUSCO wegen deren angeblicher Ineffizienz gefordert. Inzwischen besann er sich eines Besseren und bat darum, den Abzug aufzuschieben, da er sich von der UN-Mission gegen die M23/AFC Hilfe erhoffte.

Ruanda hat Beziehungen zu den wichtigsten europäischen Hauptstädten geknüpft. Es erklärte sich bereit, im Auftrag Großbritanniens als Aufnahmeland für Asylsuchende zu fungieren, auch wenn dieses Vorhaben nicht verwirklicht werden konnte. Daneben ist das Land einer der größten Beitragszahler für die UN-Friedenstruppen und beteiligt sich an der Sicherung der Ölförderanlagen im Norden Mosambiks, in Cabo Delgado. Es fungiert als stabiler Handelsplatz für den Verkauf von Mineralien, die für die Energiewende lebenswichtig sind, und Kagame ist

der einzige afrikanische Staatschef, der der Abwicklung der USAID durch Trump zustimmt.

Bei seiner Suche nach Ländern, die bereit sind, die FARDC zu unterstützen, fand Felix Tshisekedi in Kenia Hilfe, da er gute Beziehungen zum damaligen Präsidenten [Uhuru] Kenyatta unterhielt, der seine Kandidatur für 2018 mitfinanzierte. Die militärische Intervention durch das ostafrikanische Land erfolgte jedoch nicht uneigennützig, denn Kenyatta ist stark im Bankensektor vertreten und sah darin eine Gelegenheit, in einer Volkswirtschaft Fuß zu fassen, in der nur 10 % der Bevölkerung ein Bankkonto besitzen. Doch bereits zu Beginn des Einsatzes kenianischer Truppen wechselte Kenia seinen Präsidenten. Der neu gewählte William Ruto stand der Operation ablehnend gegenüber und setzte alle Verzögerungstaktiken ein, um eine militärische Konfrontation mit der M23/AFC und Ruanda zu vermeiden.

Der kongolesische Präsident wandte sich daraufhin an die südafrikanischen Länder und wurde fündig in Südafrika, das fast 3000 Männer schickte und dabei die Gelegenheit nutzte, um sich an den kongolesischen Minen zu beteiligen und zugleich seinen Führungsanspruch auf dem Kontinent zu unterstreichen. Dieser militärische Beistand hatte jedoch nur geringe Auswirkungen auf den Verlauf des Krieges. Nach dem Tod von 14 Soldaten rumorte es in Südafrika wegen dieser Entscheidung. Zudem kam es zu einem diplomatischen Zerwürfnis zwischen Kagame und dem südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa.

Tansania wiederum nimmt lieber eine Vermittlerrolle ein, indem es in Daressalam das letzte Gipfeltreffen mit allen Protagonisten veranstaltet. Für das Land steht wirtschaftlich viel auf dem Spiel, denn innerhalb der Ostafrikanischen Gemeinschaft ist die Demokratische Republik Kongo zu seinem wichtigsten Exportmarkt geworden.

Uganda spielt ein doppeltes Spiel. Nach außen verteidigt es die Souveränität der DRK, sichert aber gleichzeitig der M23/AFC eine wohlwollende Neutralität zu und unterstützt sie sogar, indem es der bewaffneten Gruppe die Nutzung seines Territoriums für logistische Operationen gewährt.

Lediglich Burundi steht der DRK mit allen Mitteln zur Seite, fast 10 000 Mann, aber das ist angesichts der kampferprobten Männer der M23/AFC und der hochgerüsteten Spezialeinheiten der ruandischen Armee unzureichend. Burundi ist vor allem über die bewaffneten Kräfte besorgt, die nur wenige hundert Meter von seiner Westgrenze entfernt stationiert sind, um Süd-Kivu und dessen Hauptstadt Bukavu zu erobern.

Die von Hutu geführte Regierung Burundis ist aus einer Art Staatsstreich hervorgegangen, der die Regierungsarchitektur, die nach dem Abkommen von Arusha im Jahr 2000 eine Teilung der Regierungsmacht zwischen Tutsi und Hutu vorsah, außer Kraft setzte. Evariste Ndayishimiye, der Präsident von Burundi, konnte mit der Unterstützung der kongolesischen Behörden die bewaffnete Opposition im Lande bekämpfen, insbesondere die RED-Tabara-Miliz, die für eine Demokratisierung kämpft, innerhalb der DRK operiert und eine Zeit lang von Ruanda unterstützt wurde. Die Einnahme von Süd-Kivu durch die M23/AFC, die sich selbst zu Verteidigern der Tutsi zählt, stellt eine potenzielle Gefahr für die burundische Diktatur dar.

Ruandas Interessen

Es besteht also eine regelrechte geostrategische und wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den Ländern um die Beteiligung am regionalen Markt im Osten der DRK. Dabei geht es um den Abbau von Mineralien, deren Transport und vor allem die Verarbeitung und den Verkauf. Ruanda versucht als Drehscheibe dieser Wirtschaft zu fungieren, aber andere Länder wie Uganda oder sogar Tansania bleiben ernsthafte Konkurrenten.

Neben dem wirtschaftlichen Aspekt kommt für Ruanda eine Besonderheit hinzu, die mit dem Völkermord an den Tutsi im Jahr 1994 zusammenhängt. Paul Kagame begründet seine Unterstützung für die M23/AFC mit seinem Wunsch, die Forces démocratiques de libération du Rwanda (FDLR) auszurotten, eine bewaffnete Hutu-Gruppe ehemaliger Völkermörder, die sich im Schatten der vorgeblich „humanitären“ Operation Turquoise der französischen Armee formieren konnte. Diese FDLR führte bewaffnete Übergriffe in Ruanda durch und war während des Völkermords durchaus eine Gefahr. Dies ist schon lange nicht mehr der Fall. Mit weniger als tausend Mann existieren sie noch im Osten der DRK, fungieren aber zumeist bloß noch als Stellvertreter der Streitkräfte der DRK. Dieser von Kagame kritisierte Fortbestand der FDLR ermöglicht ihm, die von ihm errichtete Diktatur als notwendige Abwehr einer äußeren Bedrohung zu rechtfertigen. Seit 30 Jahren ist er an der Macht und hat die letzten Wahlen mit einem Ergebnis von 99,15 % gewonnen. Oppositionelle werden entweder als Völkermörder bezeichnet oder sogar im Exil hingerichtet. Für Ruanda bietet der Osten der Demokratischen Republik Kongo nicht nur reale wirtschaftliche Chancen,

sondern auch einen Vorwand für die Militarisierung des Landes.

Das Erbe des Kolonialismus

Die innenpolitischen Faktoren der Krise in der Demokratischen Republik Kongo werden oft ignoriert, aber ohne sie lässt sich der Fortbestand der von Ruanda unterstützten bewaffneten Gruppen seit nunmehr drei Jahrzehnten nicht verstehen. Bei all diesen Gruppen ging es von Anfang an in erster Linie um den Zugang zu Land: die Alliance des forces démocratiques pour la libération du Congo (AFDL) im Jahr 1996, dann der Rassemblement congolais pour la démocratie (RCD) 1998, der Congrès national pour la défense du peuple (CNDP) 2006, die M23 2012 und jetzt die M23/AFC.

Diese Problematik hat ihre Wurzeln in der belgischen Kolonialpolitik. Belgien hat die traditionelle Häuptlingsherrschaft in Zentralafrika regelmäßig verändert. Entweder wurden Stämme zusammengewürfelt oder es wurden neue Entitäten geschaffen, je nach politischen Erfordernissen. Die Stammeshäuptlinge spielten eine wichtige Rolle, denn sie sind es, die Landparzellen vergeben.

Während des Zweiten Weltkriegs verfrachteten die Kolonialbehörden fast 100 000 Ruander, hauptsächlich Hutu, in den Kongo, um sie auf den dortigen Plantagen für sich arbeiten zu lassen. Um diese Bevölkerung besser kontrollieren zu können, wurde von den Kolonialherren eine Häuptlingsherrschaft eingerichtet, an deren Spitze ein Tutsi stand. Diese Häuptlingsherrschaft, die mitten im Buhunde-Gebiet eingerichtet wurde, führte immer wieder zu Spannungen. Sie wurde 1957 von den Belgiern abgeschafft, wodurch die ruandische Bevölkerung keinen Zugang mehr zu Land hatte.

Die Landfrage

Es kam zu einer zweiten Einwanderungswelle, diesmal von Tutsi, die vor der Verfolgung durch die neuen Hutu-Führer während des Unabhängigkeitsprozesses Ruandas flohen. Sie kamen in die DRK, inmitten der Querelen während des Befreiungskampfes im Jahr 1960. Diese Umstände führten letztlich 1963 zu dem drei Jahre dauernden Kanyarwanda-Krieg. Die indigenen Völker der Hunde und Nande, die sich selbst als die Ureinwohner betrachteten, standen den Hutu und Tutsi gegenüber. Mit der Machtübernahme Mobutus und seiner Nationalisierungspolitik gehörte das Land nun dem Staat. Dies eröffnete den Tutsi neue Möglichkeiten, da sie eine oft gut ausgebildete Bevölkerung repräsentierte, die wichtige Posten in der

Verwaltung besetzen und so durch ihre Funktion große Landgüter erwerben konnte, indem sie sie der Verfügung durch die traditionellen Häuptlinge entriss. Seitdem gibt es einen ständigen Streit über die Legitimität von Landtiteln, zumal derzeit zwei Arten von Gesetzgebung nebeneinander existieren, die staatliche und die gewohnheitsrechtliche. Obwohl sich die Umstände in der DRK verändert haben, geht es den verschiedenen von Ruanda unterstützten Gruppen weiterhin um Sicherung des umstrittenen Landbesitzes der Tutsi.

Auch wenn die Ausbeutung von Mineralien heute unbestreitbar im Mittelpunkt des bewaffneten Konflikts zwischen Ruanda und der DRK steht, war dies nicht immer der Fall. Nach der Eroberung von Kivu sorgten die Führer des Rassemblement congolais pour la démocratie (RCD) und des Congrès national pour la défense du peuple (CNDP) dafür, auf „offiziellen“ Wege Land für sich und ihre Angehörigen kaufen zu können, und sei es gegen den Willen der Besitzer.

Droht ein Flächenbrand?

Genau das ist wohl das derzeitige Anliegen der M23/AFC. Sie ersetzt die regionalen Behörden in Kivu durch eigene Leute, was auf eine dauerhafte Präsenz schließen lässt. Ruandische Truppen und die M23/AFC ignorierten die Waffenstillstandsaufrufe des Gipfeltreffens in Daressalam und eroberten Bukavu, die Hauptstadt von Südkivu.

In den eroberten Gebieten verfolgten die neuen Machthaber eine brutale „Konsolidierung“, indem sie den Flüchtlingen in den Lagern um Goma unabhängig von der Sicherheitslage 72 Stunden Zeit gaben, um in ihre Dörfer zurückzukehren. Wieder werden Hunderttausende geschwächte und kranke Menschen auf der Flucht sein.

Wird sich Ruanda mit einer starken Präsenz im Osten der Demokratischen Republik Kongo zufrieden geben und von den Bodenschätzen des Landes profitieren, oder wird das Endziel der Sturz Tshisekedis sein, indem es sich mit der Opposition verbündet? Eine Antwort könnte in der Gründung der AFC, die zumindest einen Teil der Gegner Tshisekedis vereinen soll, liegen. Ihr gelang es beispielsweise, die in Nord-Kivu vertretene Koalition der patriotischen Widerstandskämpfer Kongos (PARECO) in die Organisation zu integrieren. Oder die Twiraneho in Südkivu, eine Selbstverteidigungsgruppe der Banyamulenge, ebenso Tutsi, die schon lange vor der Kolonialzeit in der DRK lebten, die Patriotischen Widerstandskräfte von Ituri (FRPI), deren ehemalige Anführer vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlich-

keit verurteilt wurden, und viele andere kleinere Gruppen. Auch politische Persönlichkeiten wie Adam Chalwe, ehemaliger Führer der Partei des ehemaligen kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila, oder der ehemalige Sprecher der Bewegung von Jean-Pierre Bemba, haben sich der AFC angeschlossen.

Felix Tshisekedi ist politisch sehr geschwächt, nicht nur wegen der Geländegewinne der M23/AFC, sondern auch, weil er eine Verfassungsänderung benötigt, um für eine dritte Amtszeit als Präsident kandidieren zu können, und damit im Land auf breite Ablehnung stößt.

Corneille Nangaa, der Führer der AFC, bekräftigte erneut sein Ziel, „den gesamten Kongo befreien zu wollen“. Eine Neuaufgabe der Machtergreifung der von Ruanda und Uganda unterstützten AFDL von 1997, die Mobutu gestürzt und einen regionalen Konflikt auf kongolesischem Boden herbeigeführt hatte. Da nicht auszuschließen ist, dass es zu direkten Zusammenstößen zwischen Burundi und Ruanda kommen könnte, besteht die Gefahr, dass sich der Krieg ausweitet und erneut Hunderttausende Opfer unter der Zivilbevölkerung fordert.

Aus: *inprecor* vom März 2025

Übersetzung: *MiWe*



WOHIN FÜHREN DIE PROTESTE IN DER TÜRKEI?

Der Istanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu wurde am 19.03.2025 festgenommen. Das hat eine unerwartete und fast beispiellose Reaktion hervorgerufen.

■ **Serdar Kazak**

Es kam zu einer Protestwelle mit Millionen Menschen aus fast allen Teilen des politischen Spektrums. Eigentlich fingen die Proteste schon einen Tag früher an, als nämlich die Verwaltung der Istanbuler Universität am 18. März das Diplom von İmamoğlu annulliert hatte. Die akademischen Gremien der Universität hatten sich gegen diese Annullierung gestellt. Es ging um einen Universitätswechsel vor dreißig Jahren und der Wechsel war rechtmäßig. Die Regierung zwang trotzdem die Verwaltung der Universität, das Diplom des zukünftigen Präsidentschaftskandidaten für „nicht gültig“ zu erklären. (Um für das Präsidentenamt kandidieren zu dürfen, muss man in der Türkei einen Universitätsabschluss nachweisen).

Die Studierenden an der Universität Istanbul haben am ersten Tag ausschließlich innerhalb der Universität protestiert. Am nächsten Tag wurde İmamoğlu festgenommen und der studentische Protest hat sich qualitativ geändert. Protestierende Student:innen sind aus dem Campus geströmt. Studierende mehrerer anderer Universitäten sind dem gefolgt. Sie haben die Polizeisperren in relativ kleineren Auseinandersetzungen beiseitegeschoben und den Weg zum Rathaus mutig geöffnet. Damit war İmamoğlus Partei, die sozialdemokratische CHP, gezwungen, aus dem bequemen Parlament herauszukommen. Der Vorsitzende der Partei hat das Volk aufgerufen, auf die Straße zu gehen. Ausnahmslos alle sozialistischen Parteien und Gruppen haben den Aufruf unterstützt. Sogar einige oppositionelle nationalistische Grüppchen haben ihre

Unterstützung ausgesprochen. Noch am selben Abend standen mehr als 100 000 Menschen vor dem Rathaus von Istanbul.

In den folgenden Tagen strömten immer größer werdende Menschenmassen im ganzen Land auf die Straßen und Plätze. Sogar in den kleinen anatolischen Städten, die eigentlich Hochburgen der AKP sind, hat es Massenproteste gegeben. Brutale Polizeigewalt, der Einsatz von Tränengas, Knüppeln und Gummigeschossen konnten die Protestdemonstrationen nicht stoppen oder zurückdrängen. Das war ein breites Publikum, das weit über die Zahl der Unterstützer:innen der CHP oder İmamoğlus hinausging. Es ging nicht mehr um İmamoğlu oder die CHP, sondern um die Verteidigung des Rechts, über die eigene politische Zukunft zu bestimmen.

Ein historischer Vergleich

Die Erfahrung mit einer ähnlich starken Protestwelle hatten wir in der Türkei vor knapp zwölf Jahren. 2013 wollte die Stadtregierung von Istanbul einen relativ kleinen Park im Stadtzentrum abreißen und dort ein Einkaufszentrum bauen. Das verursachte zunächst eine unauffällige Protestaktion: Umweltaktivist:innen schlugen im Park auf. In den ersten Tagen sah die Aktion eher aus wie ein kreativer Protest der Grünen in den 80er Jahren in Deutschland. Am 26. Mai 2013 hatte ein Istanbuler Genosse die Situation beobachtet und mir geschrieben: „Es geht um buchstäblich drei Bäume im Park. Ein paar Hippies sitzen dort und spielen Gitarre. Es wird nichts daraus.“ Nach acht Stunden

waren Tausende Menschen in diesem Park. In den kommenden Tagen waren es Millionen in mehreren Städten. Und der Genosse hat später geschrieben, dass es die größte Fehleinschätzung seines Lebens war.

Der Juni-Aufstand vor zwölf Jahren entwickelte sich zu einem landesweiten Massenprotest von Millionen Menschen und dauerte über 6 Wochen. Es wurden Stadtzentren in mehreren Städten erobert, alternative Strukturen sowie lokale Gremien, Foren und Parlamente gegründet. Es gab aber ein großes Problem: Keiner wusste, wie es weitergehen sollte. Es gab kein Programm, keine Organisation. Man wollte einfach, dass die Bäume im Gezi-Park bleiben und die sind geblieben.

Kurioserweise waren 80 % der Protestierenden nie im Gezi Park. Sie lebten nicht mal in Istanbul. Und keiner war in der Lage, so eine spontane Massenbewegung zu führen. Eines Tages hat es plötzlich angefangen und eines anderen Tages ist es spurlos abgeklungen. Bei den jetzigen Protesten sehen wir sehr ähnliche Szenen wie vor zwölf Jahren. Wie lange die jetzige Protestbewegung dauert, und ob irgendetwas aus dieser Bewegung bleiben wird, werden wir sehen.

Einen Unterschied müssen wir aber feststellen: Die Menschen, die heute auf der Straße sind, verfolgen ein konkreteres Ziel als damals. Sie wollen Ekrem Imamoğlu aus dem Knast frei bekommen, auch wenn sie nicht viel von ihm halten. Die Menschen wollen eine Diktatur verhindern.

Zwillingsbrüder

Laut ARD ist Imamoğlu „der aussichtsreichste Kandidat gegen Erdoğan“. Das stimmt. Kein anderer Kandidat ist in der Lage, ein so ein breites Spektrum hinter sich zu sammeln. Er kann sowohl in nationalistischen Städten als auch in Kurdistan Menschen begeistern.

Wer ist er und was macht er anderes als Erdoğan? Erdoğan und Imamoğlu sind wie Yin und Yang zwar gegensätzliche aber sich ergänzende Teile einer Einheit. Beide pflegen enge Beziehungen zur Bauindustrie, Imamoğlu sogar mehr als Erdoğan, weil seine Familie dazu gehört. Sogar die Firmen, die sie bei der Auftragsvergabe (zum Beispiel beim U-Bahn-Bau) bevorzugen, sind die gleichen.

Es sind wirklich Teile des gleichen Bildes, doch mit einigen Unterschieden. Erdoğan kommt von einer extrem armen Familie an der Schwarzmeer-Küste. Imamoğlu kommt ebenfalls aus diesem Gebiet, aber als Sohn eines Bauunternehmers. Erdoğan hat ein Prediger-Gymnasium besucht, das die Kinder der ärmeren Familien frequentie-

ren. Eine universitäre Bildung kann er nicht nachweisen und deshalb ist eigentlich seine Präsidentschaft illegal. Ob er die Predigerschule erfolgreich beendet hat, weiß niemand. Bekannt ist allerdings, dass er beim Koranunterricht durchgefallen ist. Imamoğlu war auch ein schlechter Schüler. Er hat keinen Hochschulzugang in der Türkei geschafft und hat in Nordzypern an der privaten Amerikanischen Universität studiert, um später zur Istanbuler Universität zu wechseln. Das Studium an der Istanbuler Universität hat er aber erfolgreich abgeschlossen. Beider Familienverhältnisse stehen symbolisch für die unterschiedlichen Lebensweisen in der Türkei.

Erdoğan's Frau trägt von Kopf bis Fuß streng islamische Bekleidung und geht einen Schritt hinter ihrem Mann. Imamoğlu spielt vor den Kameras Tennis mit seiner leicht bekleideten Ehefrau. Beide Männer waren in ihren Jugendjahren talentierte Fußballspieler. Beide haben halbprofessionell Fußball gespielt, mit einem kleinen Unterschied: Erdoğan war Stürmer, Imamoğlu Torwart.

Stürmer und Torwart trafen bis jetzt viermal in unterschiedlichen Wahlen indirekt aufeinander und jedes Mal hat der Torwart mit Abstand gewonnen. Das ist ein „Zusammenstoß der Kulturen“ in einem Mikrokosmos. Welche davon eine größere Basis hat, werden wir sehen. Die Umfragen zeigen, dass 73 % der Bevölkerung die Proteste für richtig halten.

Wie aussichtsreich sind die Proteste?

Die Proteste haben auf jeden Fall größere Chancen als vor 12 Jahren. Es gibt eine konkrete Forderung und eine zentrale Organisation, auch wenn diese Organisation nicht optimal besetzt ist. Es gibt aber immer noch große Hindernisse. Die Türkei ist ein wirtschaftlich abhängiges Land. EU und USA haben große Möglichkeiten, in diesem Land Politik zu gestalten. Die Türkei hat unverzichtbare Beziehungen zu Russland. Das macht den großen Nachbarn ebenfalls zu einem Akteur, den man berücksichtigen muss.

Wenn wir diese Akteure kurz zusammenfassen: USA und Trump finden Erdoğan viel angenehmer als einen sozialdemokratischen Präsidenten, den sie nicht einmal kennen. Weder Trump noch Rubio haben ein Problem, ihre Sympathie mit Erdoğan zu äußern. Zum Beispiel hat die US-Regierung eine bitterböse Erklärung zum Gerichtbeschluss zu Marine Le Pen abgegeben und hat kein einziges Wort über die Verhaftung von Oppositionellen in der Türkei verloren.

Die EU braucht die Türkei, um die Flüchtlinge aus Europa fern zu halten. Hinzu kommt die Idee, eine europä-

ische Armee aufzubauen. Man spricht immer öfter über die Möglichkeit der Bildung von kostengünstigen aber schlagkräftigen türkischen Divisionen. Deshalb ist Europa eher ein Bündnispartner von Erdoğan als von der Opposition.

Russland möchte keine radikale Änderung beim südlichen Nachbarn am Schwarzen Meer, erst recht nicht mitten im Krieg. Kurz gesagt: Im Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung im Land möchte keine dieser Mächte einen Regierungswechsel in der Türkei.

Die Demonstrationen werden ihre Spuren hinterlassen. Genauso wie der Gezi-Aufstand oder die Generalstreiks und antifaschistischen Kämpfe der 1970er Jahre werden sie im kollektiven Gedächtnis als eine Erfahrung bleiben. Sie werden auch Erdoğan und die AKP schwächen. Aber für eine kurzfristige Freilassung von Imamoğlu oder für einen Sturz der Regierung muss man nicht nur die eigene Regierung, sondern auch die drei großen ausländischen Mächte besiegen. Ich glaube nicht, dass die Kraft und Motivation der Opposition in der Türkei dazu reichen werden. Ich hoffe, ich irre mich.

Hier müssen wir noch einen Punkt oder einen Hilferuf erwähnen. Die erste Welle der Proteste hat sieben Nächte gedauert. In dieser Zeit hat die türkische Polizei eine beispiellose Gewaltorgie ausgeübt. „Polizisten“, teilweise ohne Helmnummer, haben insbesondere junge Menschen brutal geschlagen. Viele bekannte linke Politiker wurden in den folgenden Tagen festgenommen. Man hat besonders die Student:innen – aus Platzmangel – in Sammelräumen untergebracht, zusammen mit „normalen Kriminellen“, die von Mord bis Vergewaltigung im Knast sind. Rund 300 junge Studierende, die zwischen 2004 und 2007 geboren wurden, mussten Nächte gemeinsam mit gefährlichen Kriminellen verbringen. Man hat von Folter und sexuellen Übergriffen berichtet. Eine Rechtsanwältin konnte ihre Tränen nicht stoppen, als sie ihre Beobachtungen erzählt hatte.

Russland und die USA lassen wir beiseite. Aber wenigstens die sogenannten „demokratischen“ europäischen Politiker:innen müssten eigentlich zugeben, dass man weder im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsstrom noch wegen einer möglichen Bereitstellung „billiger“ Soldaten die Zusammenarbeit mit einer solchen Regierung rechtfertigen kann. Diese Regierungen werden vor der Geschichte Verantwortung tragen, unabhängig davon, ob der Flüchtlingsdeal oder die „billigen“ Soldaten aus der Türkei zu teuer werden.



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

Komm mit uns zum Sommercamp der Jugend der IV. Internationale

Wir leben in Zeiten, in denen sich die Klimakrise verschärft, Reiche sich immer mehr aus dem kollektiv erwirtschafteten Vermögen bedienen, während Reallöhne sinken und ein globaler Rechtsruck solidarische Strukturen und Gesellschaften zerstört. Diese ganzen Probleme und Belastungen verschärfen den Alltag von Arbeiter*innen, Jugendlichen, Migrant*innen, FLINTA und LGBTQI+* und weiteren unterdrückten Gruppen.

Vonseiten der herrschenden Klasse wird immer wieder versucht, die Alternativlosigkeit des Kapitalismus zu begründen, doch dieses System ist nicht alt und steht bereits am Ende. Ein System, was so viele Menschen unterdrückt, kann nicht ewig bestehen. Solidarität weltweit bedroht dieses System. Es ist jetzt Zeit, radikale Antworten zu finden auf die großen Fragen. Auf dem Sommercamp der IV. Internationalen soll es genau darum gehen:

Antikapitalismus, feministische Bewegung, Antifaschismus, Ökosozialismus, Kampf für die Rechte von LGBTQI+* und unser Einsatz für ein gutes Leben. Es wird dazu unterschiedliche Thementage geben.

Vor allem soll es aber auch um Austausch, gemeinsames Lernen und Vernetzung von unterschiedlichen Menschen aus der ganzen Welt gehen. Am Ende entscheidest du, was für dich die Priorität auf dem Camp ist.

Ein detailliertes Programm, auch mit geplanten Workshops, gib es demnächst online.

Wann? 19. Juli – 26. Juli 2025

Wo? In Virton, Belgien

Camping la Colline

Clos des Horlées 1, 6760 Virton, Belgien

Kosten

Die Kosten sind für Teilnehmer*innen aus Deutschland mit 150 € für Übernachtung und Verpflegung eher hoch. Der Preis für das Camp wird je nach durchschnittlichem Einkommen in den jeweiligen Ländern errechnet. Die höheren Preise in reicheren Ländern ermöglichen Jugendlichen aus ärmeren Ländern die Teilnahme.

Falls du dir den Betrag nicht leisten kannst, wende dich bitte an uns, wir finden eine Lösung.

An-, Abreise

Wir werden eine möglichst kostengünstige gemeinsame Reise organisieren.

Möchtest du teilnehmen oder hast noch Fragen?

Mail an: sommercamp@intersoz.org

oder schreib uns über Insta: [intersoz_org](https://www.instagram.com/intersoz_org)